



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Austeritätspolitik und Armut – die Auswirkungen
austeritätspolitischer Maßnahmen als
Krisenbekämpfungsmittel“

verfasst von / submitted by

Oliver Böck, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ. Prof. Dr. Dr. Kunibert Raffer

Abstract (deutsch)

Austeritätspolitik ist im Rahmen der gegenwärtigen Staatsverschuldungskrise südeuropäischer Staaten, insbesondere Griechenlands, zu einem scheinbar dogmatischen Handlungsinstrument geworden, um wirtschaftspolitische Krisenbekämpfungsmaßnahmen einzuleiten. Die vorliegende Arbeit gibt dabei einen Überblick, was genau unter Austeritätspolitik verstanden wird, welche historischen Erfahrungswerte – mit besonderem Augenmerk auf die SAPs in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten – in Verbindung mit dieser Politik existieren und welche Auswirkungen die gegenwärtig unter diesem Schlagwort exerzierten Maßnahmen auf Krisenstaaten wie Griechenland haben. Eine vorherrschende Stellung kommt dabei der Betrachtung der Entwicklung von Armutszahlen, die mit anerkannten Indikatoren gemessen werden, zu. Die Arbeit geht der Frage nach, welche Auswirkungen Austeritätspolitik einerseits auf die Armutsentwicklung der betroffenen Bevölkerung und andererseits auf verschiedene sozio-ökonomische Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheit hat. Die Ergebnisse lassen konkludierend den Schluss zu, dass austeritätspolitische Maßnahmen inmitten konjunktureller Rezessionsphasen aufgrund einer Wirtschaftskrise ohnehin bereits auftretende negative Vorgänge zu verstärken scheinen. In besonderem Maße sind in sämtlichen untersuchten Fallbeispielen die unteren Einkommensgruppen negativ von den Folgewirkungen austeritätspolitischer Maßnahmen betroffen. Dies umfasst in sämtlichen Studien primär eine Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie der Armutsraten.

Abstract (englisch)

Within the scope of the current debt crisis concerning several Southern European countries, especially Greece, austerity policy has become a seemingly dogmatic instrument in order to carry out crisis management. This thesis provides an overview regarding a definition of austerity, its historical examples – with special attention on SAPs in Latin American countries – and effects on economies that are currently impacted by austerity, primarily Greece. A prevalent focus is set on the evolution of poverty, which is measured with approved indicators, induced by the implementation of austerity measures.

The thesis deals with the question of arising consequences of austerity policy on the population and further on socio-economic indicators like unemployment and income inequality. The results lead to the conclusion that austerity measures amidst recessions tend to intensify already existing negative effects. Within the case studies, primarily lower income groups have been negatively affected by austerity measures. This especially includes a rise of unemployment as well as an increase of poverty rates.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis.....	6
1 Einleitung.....	7
1.1 Themenstellung und deren Relevanz	7
1.2 Aufbau der Arbeit	8
1.3 Forschungsfrage	8
1.4 Methodologie und Problematik	9
2 Austeritätspolitik.....	10
2.1 Definition des Begriffs „Austeritätspolitik“	10
2.2 Grundlegende Idee von Austerität als Krisenbekämpfungsmittel	10
2.3 Historischer Abriss	12
2.3.1 Liberalismus und Aufklärung.....	12
2.3.2 “The dilemma of saving”	14
2.3.3 Verdrängung und Wiedererstarken von Austeritätspolitik	16
3 Austeritätspolitik im Rahmen der SAPs in Lateinamerika	18
3.1 Konzeption der SAPs.....	19
3.2 Ursachen der Verschuldung	20
3.3 Maßnahmen und Wirkung	22
3.3.1 Verringerung der Staatsausgaben und Durchführung von Privatisierungen.....	23
3.3.2 Arbeitsmarktreformen und Lohnreduktionen	27
3.3.3 Liberalisierung von Handel und Finanzsektor	30
3.4 Entwicklung sozio- und makroökonomischer Kennzahlen.....	35
3.5 Armutsentwicklung und betroffene Gruppen	40
3.6 Fazit.....	46
4 Der Fall Griechenland	50
4.1 Abriss der Krisensituation.....	50
4.2 Maßnahmen und Wirkung von Austeritätspolitik.....	52
4.2.1 Kürzung von Staatsausgaben	52

4.2.2	Arbeitsmarktreformen und Lohnkürzungen	54
4.2.3	Privatisierungen.....	56
4.2.4	Steuer- und Strukturreformen	58
4.2.5	Pensionsreformen	61
4.3	Entwicklung sozio- und makroökonomischer Kennzahlen.....	62
4.3.1	Arbeitslosigkeit	62
4.3.2	Ungleichheit	65
4.3.3	Wirtschaftswachstum.....	67
4.3.4	Inflation	67
4.3.5	Staatsverschuldung	68
4.3.6	Handels- und Leistungsbilanz	69
4.4	Betroffene Gruppen	71
4.5	Entwicklung der Armutssituation	73
4.5.1	Verwendete Indikatoren zur Messung von Armut	73
4.5.2	Armutskonzepte angewandt auf den Fall Griechenland	75
4.6	Fazit.....	80
5	Conclusio und Limitationen	82
5.1	Limitationen der Arbeit	82
5.2	Conclusio.....	82
	Literaturverzeichnis	87

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Änderung der Einkommensrate nach Dezilen im Rahmen der SAPs.....	41
Abbildung 2: BIP/Kopf, GINI-Koeffizient und Armutsraten in LAC 1970-95	44
Abbildung 3: Urbane und rurale Armut in LAC 1986-96	46
Abbildung 4: (Geplante) Privatisierungen in Griechenland	57
Abbildung 5: Steuerbelastung nach Einkommensklassen	58
Abbildung 6: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach Altersgruppen.....	64
Abbildung 7: Beschäftigungsraten nach Ausbildungsgrad.....	64
Abbildung 8: Veränderung des Gini-Koeffizienten in europäischen Staaten	66
Abbildung 9: Im- und Exporte Griechenlands 1995-2013.....	70
Abbildung 10: Veränderung der Haushaltseinkommen in GRE zwischen 2008 und 2012	72
Abbildung 11: Veränderung der "anchored poverty rate" in europäischen Staaten	76
Abbildung 12: Severe material deprivation rate in europäischen Staaten.....	78
Abbildung 13: Kriterien zur Berechnung von material deprivation	78

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IWF	Internationaler Währungsfonds
LAC	Latin American countries
NGO	Non-Governmental Organization
PPP	Power purchasing parity
SAP	Strukturanpassungsprogramm

1 Einleitung

1.1 Themenstellung und deren Relevanz

Die Thematik rund um die Wirkungsweise von austeritätspolitischen Maßnahmen als Krisenbekämpfungsmittel stellt durch die immense Verschuldung südeuropäischer Staaten wie Spanien und Italien, im Besonderen aber durch Griechenland, einen öffentlich intensiv geführten Diskurs dar.

Die Diskussion rund um die Staatsverschuldungskrise wurde in den vergangenen Jahren immer wieder von der alternativlosen Notwendigkeit des Sparens seitens des Fiskus dominiert. Löhne sollten gesenkt werden, um den Ländern wieder zu Wettbewerbsfähigkeit und der Anziehung von Investoren zu verhelfen. Um eine Konsolidierung des Haushaltsbudgets mittelfristig zu erreichen, seien zudem Staatsausgaben zu kürzen, Privatisierungen umzusetzen und Steuern zu erhöhen.

Die nachfolgende Arbeit hat das Ziel, die Wirkungsweise solcher als Austeritätspolitik bezeichneten Maßnahmen inmitten wirtschaftlicher Krisen bzw. konjunktureller Abschwünge mit besonderem Augenmerk auf sozio-ökonomische Bereiche wie die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit darzustellen. Darüber hinaus soll insbesondere untersucht werden, ob eine Korrelation zwischen der Anwendung von Austeritätspolitik und der Verstärkung von Armut der Bevölkerung existiert, was anhand der Miteinbeziehung von Datenbanken, wissenschaftlichen Artikeln, Sachbüchern sowie Berichten von Nichtregierungsorganisationen erfolgen wird.

Weiters soll untersucht werden, welche Gruppen der Bevölkerung in verstärktem Maße von den Auswirkungen austeritätspolitischer Maßnahmen betroffen sind und welche Sektoren einer Volkswirtschaft im Zuge solcher Programme am stärksten erfasst werden.

Im Vordergrund der Arbeit steht eine Grundsatzdiskussion rund um die Frage, ob Austeritätspolitik historisch betrachtet die gewünschten Ergebnisse in Form einer Rehabilitation der jeweiligen Volkswirtschaft erreichen konnte bzw. welche Resultate seit der Umsetzung von Reformen im gegenwärtigen Fallbeispiel Griechenland heute bereits ersichtlich sind.

1.2 Aufbau der Arbeit

Ausgehend von einer Begriffsdefinition und einem kurzen historischen Abriss von Austeritätspolitik in Kapitel 2 wird die Arbeit auf konkrete Fallbeispiele eingehen, bei denen austeritätspolitische Maßnahmen als Strategie zur wirtschaftlichen Krisenbekämpfung angewandt wurden.

Diese historischen Fallbeispiele werden in Kapitel 3 detailliert ausgeführt und umfassen die im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) durchgeführten austeritätspolitischen Maßnahmen in Lateinamerika. Dabei wird einerseits darauf eingegangen, aus welchen Gründen eine solche Wirtschaftspolitik implementiert wurde und andererseits, welche sozio-ökonomischen Auswirkungen aus den einzelnen Maßnahmen resultierten. Die Ländergruppe lateinamerikanischer Staaten wurde einerseits gewählt, um eine gewisse Abgrenzung der Thematik zu schaffen, da eine Behandlung sämtlicher SAP-Staaten weltweit im Rahmen dieser Arbeit zu komplex wäre. Andererseits stellt die Gruppe Lateinamerika aufgrund gewisser Ähnlichkeiten der Verschuldungsursachen, der sozio-ökonomischen Indikatoren und des Entwicklungsstandes ein geeignetes Forschungsobjekt dar, um die Wirkungsweise der implementierten Austeritätspolitik genauer zu analysieren.

Kapitel 4 stellt den Fall Griechenland, das seit 2009 austeritätspolitische Maßnahmen nach Vorgaben der Troika, bestehend aus IWF, EZB und Europäischer Kommission umzusetzen hat, in den Fokus. Hierbei werden erneut die Auswirkungen einerseits auf sozio-ökonomische Bereiche wie Arbeitslosigkeit und Ungleichheit gelegt und andererseits die Entwicklung von Staatsverschuldung, Wirtschaftswachstum in Inflation betrachtet. Ein eigenes Unterkapitel wird in der Folge der Entwicklung der Armutssituation Griechenlands im Zuge der Austeritätspolitik gewidmet, das mithilfe verschiedener Messkonzepte Ursachen, Ausprägung der Armut und besonders betroffene Gruppen zu eruieren versucht.

Kapitel 5 formuliert abschließend ein Conclusio der gesammelten Ergebnisse und gibt eine Antwort auf die im Folgenden formulierte Forschungsfrage.

1.3 Forschungsfrage

Die Forschungsfrage der Arbeit lautet:

Welche sozio-ökonomischen Auswirkungen resultieren aus der Umsetzung austeritätspolitischer Maßnahmen als Strategie zur Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen?

Ein besonderer Schwerpunkt innerhalb der sozio-ökonomischen Effekte wird auf die Untersuchung einer möglichen Korrelation zwischen Austeritätspolitik und Armut gelegt.

1.4 Methodologie und Problematik

Die Arbeit bedient sich einer umfangreichen Literaturrecherche. Dabei wird ein Schwerpunkt auf komparatives Arbeiten gelegt, sodass gesamtheitliche Schlüsse zur Entwicklung der Armutssituation und anderer sozio-ökonomischer Indikatoren aus dem Vergleich mehrerer Fallbeispiele gezogen werden können.

Es erscheint dabei klar, dass in verschiedenen Ländern und Krisensituationen unterschiedliche Hintergründe, Ausgestaltungen und politische Systeme vorherrschen. Die Arbeit geht der Frage nach, welche Parallelen sich im Rahmen der verschiedenen Anwendungsfälle von Austeritätspolitik ziehen lassen bzw. welche möglicherweise häufiger auftretenden Auswirkungen sich aus den gesetzten Maßnahmen ableiten lassen.

Grundsätzlich stellt sich bezüglich der Beantwortung der obigen Forschungsfrage eine relativ selbstverständliche Problematik. Es ist schwierig zu beantworten, welche Effekte auf soziale und ökonomische Kennzahlen bzw. Problemfelder durch eine wirtschaftliche Rezession selbst eintreten und welche im Speziellen auf die Anwendung von Austeritätspolitik zurückzuführen sind.¹

Aus diesem Grund wird – sofern möglich – versucht, die Zeitleisten unmittelbar nach Ausbruch einer wirtschaftlichen Krisensituation und nach Implementierung austeritätspolitischer Maßnahmen miteinander zu vergleichen.

¹ Vgl. Borooah (2014), S. 109.

2 Austeritätspolitik

Insbesondere im europäischen Raum hat sich der Begriff „Austeritätspolitik“ zu einem – zumeist negativ behafteten – Terminus entwickelt, der die Diskussionen rund um wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Entgegenwirken der Finanz- und Staatsschuldenkrise dominiert.

Dieses Kapitel soll der Frage der Ursprünge und typischer Komponenten von Austeritätspolitik nachgehen und leitet diese Thematik mit einer Begriffsdefinition ein.

2.1 Definition des Begriffs „Austeritätspolitik“

Blyth definiert den Begriff Austerität in seinem Essay „The Austerity Delusion“ mit den Worten

“...the deliberate deflation of domestic wages and prices through cuts to public spending. (...) is designed to reduce a state’s debts and deficits, increase its economic competitiveness, and restore what is vaguely referred to as “business confidence”.”²

Die Reduktion eines Haushaltsdefizits bzw. das Anstreben eines ausgeglichenen Staatshaushalts sind merklich das vordergründige Ziel. Dabei steht die Strenge (lat. *austeritas*) im Fokus, mit der ein Staatshaushalt auf das Nötigste reduziert werden soll – ein Aspekt, der auch die für Austeritätspolitik typischen Kürzungen der staatlichen Sozialleistungen erklärt.³

Hinter dieser Verschlankung des Staates steht „mehr Raum für Privatinitiativen“, die zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums führen sollen. Ziel der Austeritätspolitik seien „niedrigere Kosten für Unternehmen, sodass das Land wettbewerbsfähiger wird“ und somit auch eine teilweise Verschiebung der Machtposition vom Staat zur Privatwirtschaft.⁴

2.2 Grundlegende Idee von Austerität als Krisenbekämpfungsmittel

Das bereits im Definitionsbegriff angesprochene Ziel von Austeritätspolitik ist es, durch das Zurückfahren staatlicher Ausgabenprogramme eine Budgetkonsolidierung zu erreichen.

² Vgl. Blyth (2013): online.

³ Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon (2015): online.

⁴ Vgl. Schui (2015): online.

Dabei sind zumeist Kürzungen der Transfergeldzahlungen wie Arbeitslosengelder und Sozialhilfe, der Renten, im Gesundheitssektor, im öffentlichen Dienst sowie eine Absenkung der gesetzlichen Mindestlöhne und die Privatisierung zuvor staatlicher Unternehmen gemeint.

Die grundlegende Idee zur Wiederbelebung der Konjunktur mithilfe von austeritätspolitischen Maßnahmen ist ein Rückgang der Reallöhne. Dieser kann beispielsweise durch die Flexibilisierung des Lohnsystems wie der Reduktion oder Abschaffung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der zunehmenden Auflösung von Flächentarifverträgen realisiert werden. Auch gesetzliche Eingriffe in das Streikrecht oder die Erschwerung der Bildung von Gewerkschaften können dafür sorgen, dass die Position der ArbeitnehmerInnen geschwächt wird und diese in der Folge in Verhandlungen geringere Löhne durchsetzen können.⁵ Durch den Rückgang der Löhne bzw. in weiterer Folge der Lohnstückkosten sollen Unternehmen dazu angehalten werden, Investitionen zu tätigen und in weiterer Konsequenz den Export anzukurbeln. Eine Niedrigzinspolitik soll parallel dazu die Investitionsbereitschaft von Unternehmen zusätzlich verstärken. Der Fokus auf den Exportsektor ist hier besonders entscheidend, da der Binnenkonsum aufgrund der gesunkenen Löhne sich zunächst nur unzureichend für eine Erholung der Volkswirtschaft entwickeln könne.

Ist die Möglichkeit einer Währungsabwertung aufgrund einer gemeinsamen Währung wie etwa dem Euro in Griechenland nicht möglich, verbleiben dem Staat die Möglichkeiten fiskalpolitischer Maßnahmen wie Steuersenkungen bzw. Steuererhöhungen zur Setzung von Anreizen oder eine so genannte innere Abwertung, sohin eine Absenkung des Lohn- und Preisniveaus, um einer wirtschaftlichen Krisensituation entgegenzuwirken.

An anderer Stelle wird zur Legitimierung einer derartigen Politik auch auf die Wahrung der Generationengerechtigkeit verwiesen. Demnach solle Austeritätspolitik betrieben werden, um eine etwaige Verschuldung nicht lediglich auf zukünftige Generationen abzuwälzen, sondern bereits in der Gegenwart eine Trendwende zur Haushaltskonsolidierung einzuleiten. Diese Maßnahmen beträfen sowohl die Ausgaben- (Personalabbau, Lohnkürzungen) als auch die Einnahmenseite (Steuererhöhungen).⁶

⁵ Vgl. Bofinger (2011), S. 167.

⁶ Vgl. Haushaltssteuerung (2015): online.

Im Vordergrund der wissenschaftlichen Diskussion rund um die Frage, ob Austeritätspolitik positiv wirkt, steht vor allem die Rolle des Multiplikatoreffekts, den fiskalische Maßnahmen zur Folge haben. Dieser gibt die Änderung des BIP auf bestimmte Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben des Fiskus an und ist ein für die Wirkungsweise wirtschaftspolitischer Maßnahmen entscheidender Faktor. IWF und Europäische Kommission gingen bislang stets von einem niedrigen Multiplikator aus, demnach sich wirtschaftspolitische Maßnahmen nur in geringem Maße auf das BIP auswirkten.⁷

Im Falle der gegenwärtigen Finanzkrise seien jedoch gleich mehrere Faktoren erfüllt, die auf einen hohen Fiskalmultiplikator hinweisen. Dazu zählt etwa die Tatsache, dass die derzeitige Krise unter anderem eine Unterproduktionskrise ist. Das gegebene Produktionsniveau liegt hierbei aufgrund mangelnder Nachfrage deutlich unter dem möglichen Outputlevel.

Darüber hinaus verharret die Kreditvergabe trotz geringer Zinsen auf einem niedrigen Niveau, da private Investitionen aufgrund mangelnder Nachfrage nur unzureichend getätigt werden.⁸

2.3 Historischer Abriss

Um die Anwendung austeritätspolitischer Maßnahmen als Bekämpfungsmittel wirtschaftlicher Rezessionen besser verstehen zu können, erscheint es hilfreich, einen kurzen historischen Blick auf die Herausbildung von Austerität ausgehend von den Strömungen des Liberalismus bis zu den Entwicklungen des 20. Jahrhunderts zu werfen.

2.3.1 Liberalismus und Aufklärung

Die Wurzeln der Idee von Austerität liegen über weite Teile im Liberalismus des 17. Jahrhunderts verankert. Die Schriften von VertreterInnen der Aufklärung wie John Locke und David Hume sowie später der Ökonomen Adam Smith und David Ricardo trugen maßgeblich zur Weiterentwicklung der austeritätspolitischen Idee bei. Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass der Begriff „Staat“ im Rahmen eines aristokratischen Herrschaftssystems mit einer starken Machtposition des Königs verbunden war. Ein schlanker Staat bedeutete sohin gehend eine schwächere Position der Aristokratie und eine Stärkung der aufstrebenden Klasse der Kapitalisten. Der Idee zahlreicher Liberalisten nach sollten dem Staat zunehmend weniger Handlungskompetenzen zukommen, stattdessen sollte dieser sich weitgehend auf

⁷ Vgl. Heimberger (2014): online.

⁸ Vgl. Heimberger (2014): online.

die Sicherung der Eigentumsrechte beschränken, um Innovation der aufstrebenden Klasse der KapitalistInnen zu fördern und zu sichern.

Insbesondere die Entrichtung von Steuern, die zumeist nicht sozialstaatlichen Leistungen, sondern der Mehrung persönlichen Reichtums der aristokratischen Elite dienten, stellte für zahlreiche VertreterInnen des Liberalismus einen starken Kritikpunkt dar.

Die Erfolge des Kapitalismus im späten 18. und 19. Jahrhundert führten zu sozialen Bewegungen, die politische Mitsprache sowie ökonomische und soziale Absicherung forderten. Diese Bewegungen führten dazu, dass sich auch der Liberalismus weiterentwickelte, etwa gemäß John Stuart Mill, der in seinem Werk "On Liberty" einen Brückenschlag zwischen den sozialen Bedürfnissen der Massen und der Sicherung der individuellen Eigentumsrechte im liberalen Sinne als notwendig erachtete.⁹

Die Entwicklung der liberalen Strömungen splittete sich schließlich gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in zwei Richtungen auf: die britische Schule des Neuen Liberalismus und die österreichische Schule des Neoliberalismus.

Die britische Schule, initiiert durch die British Liberal Party, die den Ideen Mills anhing, forderte für den Staat eine Rolle des Managements und der Reformierung des herrschenden kapitalistischen Systems. Die österreichische Schule mit Vertretern wie Friedrich Hayek plädierte hingegen für eine vollkommene Loslösung des Staates von den Agenden der Ökonomie. Der Kapitalismus wurde nicht von sich aus als ein instabiles System angesehen, sondern erst durch die regulierenden Eingriffe des Staates instabil gemacht.

Blyth fasst die Entstehung von Austerität im Kontext des Liberalismus wie folgt zusammen:

"(...) liberal dilemma about the state: can't live with it, can't live without it, don't want to pay for it".¹⁰

Dies lässt sich insofern damit begründen, dass auch VertreterInnen des Liberalismus sich durchaus der Tatsache bewusst waren, dass ein ordnungshütender Staat benötigt werde, jedoch oftmals ein Innovationshindernis darstellt und überdies Agenden finanziert, für die der Großteil der Bevölkerung keine Steuern entrichten möchte.

⁹ Vgl. Blyth (2013), S. 116.

¹⁰ Vgl. Blyth (2013), S. 105ff.

2.3.2 “The dilemma of saving”

Das Grundprinzip des Sparens wurde bis zum Auftreten der Großen Depression in den späten 1920er- und 1930er-Jahren in der öffentlichen Diskussion weitgehend nicht in Frage gestellt, galt es doch als moralisch hochwertig und ökonomisch notwendig.¹¹

Bereits in den 1890er-Jahren erkannte der britische Ökonom *John Mackinnon Robertson* das sich stellende Problem des Sparens auf mehreren Ebenen, insbesondere mehreren Staaten, zugleich und schrieb in seinem 1892 erschienenen Werk “Fallacy of Saving”

“Had the whole population been alike bent on saving, the total saved would positively have been much less...”.¹²

Robertson stand mit seiner These, die zudem kein formelles Gegenargument lieferte, warum die Gesamtersparnis einer Volkswirtschaft nicht durch gesunkenes Einkommen und höhere Arbeitslosigkeit, sondern wie in der orthodoxen Lehre durch einen Rückgang der Zinsrate, zum Absinken gebracht wurde, zunächst ziemlich isoliert da.

Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde die Idee des “Dilemma of Saving” durch die beiden US-amerikanischen Ökonomen Trufant Foster und Waddill Catchings, die in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts gemeinsam an der Harvard University studierten und ab Mitte der 1920er-Jahre Schriften zu dieser Thematik verfassten. Ihre Ideen fanden einerseits Eingang in die öffentliche Lehrmeinung und waren andererseits maßgeblich an der Implementierung des New Deals unter dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt beteiligt.¹³

Eine Erweiterung der Theorie, die sich in den folgenden Jahren zu einem Grundpfeiler der Ökonomie entwickeln sollte, war jene von *John Maynard Keynes* und seiner 1936 veröffentlichten “General Theory”. Darin konnte er erstmals auch eine Erklärung für das bereits von *Robertson* beobachtete Phänomen bereitstellen, aus welchem Grund es sich ökonomisch unmöglich gestaltet, Wachstum zu erreichen, wenn alle Individuen gleichzeitig sparen. In diesem Zusammenhang griff *Keynes* das “Fable of the Bees”, ein Gedicht von Bernard Mandeville aus dem Jahr 1705 auf. Dieser hatte in seinem Werk bereits den Umstand festgehalten, dass eine mangelhafte Konsumneigung in direktem Zusammenhang mit der Zunahme von Arbeitslosigkeit einhergehe. Die Steigerung des Wohlstands eines

¹¹ Vgl. Schui (2014), S. 87.

¹² Vgl. Robertson (1892), S. 131.

¹³ Vgl. Schui (2014), S. 90ff.

Individuums oder eines Haushalts infolge des Sparens sei nicht auf eine solche Vorgehensweise einer gesamten Volkswirtschaft umzulegen. Mit anderen Worten: In einem Zustand, in dem eine Vielzahl an potenziellen KonsumentInnen zur selben Zeit nicht konsumiert, sondern spart, nehme die Arbeitslosigkeit zu.¹⁴

Im aktuellen Diskurs erläutert *Krugman* diesen Ansatz am Beispiel der Sparpolitik Deutschlands, das ab Mitte der 1990er-Jahre ebenfalls kontinuierliche und teilweise drastische Kürzungen im Staatshaushalt vornahm, um einem erhöhten Budgetdefizit entgegenzuwirken.¹⁵ Dass solche Maßnahmen nicht zu einer Rezession führten, lag vor allem am hohen Exportanteil Deutschlands, der wiederum nur dadurch zustande kam, dass sich gleichzeitig andere Staaten wie Spanien oder Portugal verschuldeten, um Produkte aus Deutschland importieren zu können. Hätten diese Länder zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls Austeritätspolitik betrieben und etwa Löhne gekürzt, um ihre Lohnstückkosten abzusenken, wären die deutschen Exporte in dieser Höhe nicht möglich gewesen. *Blyth* argumentiert in diesem Zusammenhang wie folgt:

“(...) that made Germany rich was only possible precisely because other countries were not doing the same at the same time.”¹⁶

Im Gegensatz zur neoklassischen Ansicht sah *Keynes* den Zinssatz nicht als “reward for not-spending“, sondern vielmehr als “reward for not-hoarding“.¹⁷ In Zeiten extremer Unsicherheit seien die Individuen nämlich dazu verleitet, verfügbares Geld so anzulegen, dass sie möglichst raschen Zugang darauf haben können (high liquidity preference). Politische Maßnahmen, welche die Ersparnisse erhöhen sollten, um letztlich verstärkt Investitionen zu schaffen, sind nach *Keynes* nicht zwangsläufig zielführend, da eine Investition nur dann getätigt wird, wenn einerseits eine ausreichende Nachfrage vorhanden ist und andererseits Wirtschaftssubjekte in Zeiten von Unsicherheit eben nicht zur Hortung von Reserven neigen. In Erwartung einer Deflation werden die Wirtschaftssubjekte überhaupt nicht investieren, da sich ihr Kapital alleine durch die Hortung vermehrt.¹⁸

Für *Keynes* stellten sich demnach zwei politische Handlungsmöglichkeiten, um der

¹⁴ Vgl. *Keynes* (1949), S. 359ff.

¹⁵ Vgl. *Krugman* (2015): online.

¹⁶ Vgl. *Blyth* (2013), S. 7ff.

¹⁷ Vgl. *Keynes* (1949), S. 174.

¹⁸ Vgl. *Schui* (2014), S. 98.

wirtschaftlichen Rezession gegenzusteuern. Zum einen habe die Politik die Möglichkeit, den Zinssatz so weit zu senken, dass UnternehmerInnen adäquaten Zugang zu Krediten erhalten, bei denen die getätigte Investition Renditen verspricht, die über jenem Zinssatz liegen. Ist die gegenwärtige “liquidity preference” hoch, so muss die Zentralbank die Geldmenge erhöhen, um den Zinssatz zu senken.¹⁹

Es kann jedoch auch der Fall eintreten, dass die Geldpolitik selbst nicht in der Lage ist, in Zeiten einer Rezession erfolgreich zu intervenieren, da vermehrte Investitionen trotz extrem niedriger Zinsen ausbleiben. Dieses Phänomen wird auch als Liquiditätsfalle bezeichnet und war gerade in den vergangenen Jahren im Euro-Raum zu beobachten. Trotz wiederholter Senkungen des Leitzinses durch die EZB ist ein Konjunkturaufschwung durch verstärkte Kreditaufnahme und Investitionen der Wirtschaftssubjekte bislang ausgeblieben.

Tritt dieser Fall ein, so spricht sich *Keynes* für eine direkte Intervention des Staates aus, um die Konjunktur wieder anzukurbeln, somit eine Erhöhung der staatliche Nachfrage, und verweist auf einen geeigneten Zeitpunkt für restriktive Fiskalpolitik.

“The boom, not the slump, is the right time for austerity at the Treasury.” (John Maynard Keynes)²⁰

2.3.3 Verdrängung und Wiedererstarken von Austeritätspolitik

Die wirtschaftspolitischen Theorien von *Keynes* verankerten sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst fest in der westeuropäischen und US-amerikanischen Politik. Massiv geprägt von keynesianischen Strömungen war etwa der Marshall-Plan (1948-52), der mithilfe US-amerikanischer Gelder, Rohstoffe und Waren die Grundlage für den Wiederaufbau des infolge des Krieges größtenteils zerstörten und überdies hoch verschuldeten Europas darstellte.

Der Idee von Austerität war auch in dem von keynesianischer Politik dominierten Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erloschen, jedoch aus der Mainstream-Ökonomie größtenteils verschwunden und trat erst durch das Zusammenwirken mehrerer Faktoren wieder in der politischen Anwendung zutage.²¹ Dazu zählten ein Abflachen des Wirtschaftswachstums, stagnierende Realeinkommen und ein defizitärer

¹⁹ Vgl. Keynes (1949), S. 165ff.

²⁰ Vgl. Keynes (1982), S. 390.

²¹ Vgl. Streeck / Mertens (2010), S. 10f.

Staatshaushalt in den USA. Letzterer bewirkte zunehmend die Ansicht, dass ein ständig nur durch neue Kredite zu finanzierender Haushalt langfristig nicht tragbar und insbesondere der sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs ständig ausdehnende Wohlfahrtsstaat dafür verantwortlich sei und deshalb gekürzt werden müsse. Eine entscheidende Folge dieser Entwicklung war, dass der Staat aufgrund geringerer Bereitstellung von Leistungen auch zunehmend an Fähigkeit verlor, gesellschaftliche und politische Probleme zu bekämpfen bzw. zu beeinflussen. Als Folge dessen schwand das gesellschaftliche Vertrauen in die Politik fortlaufend, womit sich der Staat wiederum mit geringerer demokratischer Legitimität ausgestattet sah.²²

So erlebte Ende der 1970er-Jahre mit dem Neoliberalismus eine Modifizierung der neoklassischen Theorie ihren Aufschwung und führte zur Ablösung des Keynesianismus als Mainstream-Lehrmeinung der Ökonomie. Neoliberalismus vollzog sich nicht nur in den westlichen Industriestaaten unter Regierungen wie Thatcher und Reagan, sondern auf finanziellen Druck der Bretton Woods-Institutionen IWF und Weltbank auch in Entwicklungsländern wie jenen Lateinamerikas.

Die in Kapitel 3 in weiterer Folge näher beschriebene durch IWF und Weltbank verordnete Austeritätspolitik in Form von Strukturanpassungsprogrammen baut ebenfalls auf jener Ideologie auf. Dem neoliberalen Entwicklungsmodell verpflichtet setzten die beiden Institutionen bei ihren Reformprogrammen, die als Gegenleistung für finanzielle Zuwendungen fungierten, vor allem auf die Verschlankung des Staates und somit einhergehend einen drastischen Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Gleichzeitig erfolgten eine Öffnung der Märkte für ausländische Unternehmen, eine Kürzung der Löhne sowie staatliche Deregulierung. Die seitens IWF und Weltbank propagierten Reformen standen unter den wirtschaftspolitisch hegemonialen Doktrin des "Washington Consensus", der Handelsliberalisierung als Kernpunkt auf dem Weg zu wirtschaftlichem Wachstum und Prosperität definiert.²³

²² Vgl. Streeck / Mertens (2010), S. 14.

²³ Vgl. Bonciu (2013), S. 264.

3 Austeritätspolitik im Rahmen der SAPs in Lateinamerika

Wenn von der insbesondere durch IWF und Weltbank suggerierten Politik im Rahmen der Verschuldungskrise zahlreicher lateinamerikanischer Staaten gesprochen wird, so dient zumeist der Begriff „Strukturanpassungsprogramme“, kurz SAPs, als zentrale Umschreibung der politischen Maßnahmen. In diesem Kapitel soll gezeigt werden, dass auch die SAPs eine Form verordneter Austeritätspolitik darstellen, da sie ebenfalls massive Kürzungen der Staatsausgaben, Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie den Fokus auf eine Konsolidierung des Staatshaushalts legen.

Da die Einzelabhandlung sämtlicher lateinamerikanischer Staaten, die SAPs umzusetzen hatten, den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde, werden in der Folge Fallbeispiele einzelner Maßnahmen und deren Auswirkungen auf das jeweilige SAP-Land behandelt.

Die in Kapitel 2 erläuterten Komponenten von Austeritätspolitik lassen den Schluss zu, dass eine solche Politik unter weiten Teilen der Bevölkerung wenig bis keine Popularität genießen wird. Nicht überraschend mutet daher die Tatsache an, dass sich – vor allem in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte – in einer wirtschaftlichen Krisensituation bislang nur wenige Staaten selbst ein Austeritätsprogramm auferlegt haben, obwohl auch hierzu Ausnahmen vorliegen. Zu nennen wäre an dieser Stelle etwa die Politik Deutschlands unter Reichskanzler Heinrich Brüning in der Endphase der Weimarer Republik, gleichwohl betont werden muss, dass durchgeführte austeritätspolitische Maßnahmen ebenfalls auf eine immense Verschuldungssituation, insbesondere auf Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg beruhend, zurückzuführen waren.

Lag die Zahl der Länder mit IWF-basierten SAPs in den 1970er-Jahren durchschnittlich noch bei 10 bis 15 pro Jahr, erhöhte sich der Schnitt im Zeitraum 1980 bis 1985 auf 47, was insbesondere auf die immer stärker zunehmende Verschuldung zahlreicher Entwicklungsländer, darunter einige lateinamerikanische, zurückzuführen war.²⁴

²⁴ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 288.

3.1 Konzeption der SAPs

Innerhalb des IWF wurde in den 1950er-Jahren das Polak-Modell entwickelt, das zukünftig als Basis der Bedingungen für die Vergabe von IWF-Krediten diene. Für die Analyse, ob und unter welchen Umständen ein Land mit hohen Defiziten, das um einen Kredit ansuchte, kreditwürdig war, wurde die aus Leistungs- und Kapitalbilanz bestehende Zahlungsbilanz herangezogen, wodurch die Ursachen des Defizits und zu implementierende politische Maßnahmen abgeleitet wurden. Das Polak-Modell und in weiterer Folge die SAPs legten hierbei besonderen Fokus auf die Regulierung der Kreditvergabe im jeweiligen Bankensystem und eine Abwertung der Landeswährung.²⁵

Die Bekämpfung enorm hoher Inflationsraten war darüber hinaus eines der Hauptziele, denen sich der IWF bei der Gestaltung der SAPs widmete. *Dell* kritisiert in diesem Zusammenhang die Einseitigkeit und das Ausmaß, mit dem die Inflationsreduktion verfolgt wurde. Auswirkungen der zu implementierenden Maßnahmen auf andere sozio-ökonomische Indikatoren wurden weitgehend vernachlässigt, "(...) so that monetary restriction has almost become an end in itself."²⁶

Khan argumentiert dagegen, dass der monetaristische Ansatz der 1950er- und 60er-Jahre zwar eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung der SAPs darstellte, das Design der Programme sich jedoch weitaus komplexer gestaltete. So zählten neben einer Verbesserung der Zahlungsbilanz auch die Ziele Wachstum, Inflationsbekämpfung zu den wichtigsten Punkten der Agenda. Durch fiskalpolitische Maßnahmen wie Steuererhöhungen, Staatsausgabensenkungen, Lohnrepression und Handelsliberalisierung sollte die Struktur verschuldeter Staaten umgestaltet werden.²⁷

Green & Faber weisen darauf hin, dass die Ausgestaltung der Programme sich im Laufe der Jahre stets veränderte und benennen diesen Prozess treffend "the structural adjustment of structural adjustment". In diesem Zusammenhang verwiesen sie darauf, dass in späteren SAPs etwa der Aufbau sozialer Sicherungsnetze verankert wurde, um armutsgefährdete Gruppen zu schützen.²⁸ Dieser Punkt war in den Programmkonzeptionen des IWF zu Beginn der 1980er-Jahre noch nicht enthalten. Die teils inkonsistente Vorgehensweise der beiden

²⁵ Vgl. IWF (2008): online.

²⁶ Vgl. *Dell* (1983), S. 18.

²⁷ Vgl. *Khan* (1990), S. 197.

²⁸ Vgl. *Green / Faber* (1994), S. 4.

Bretton Woods-Institutionen kann einerseits als Verbesserung fehlgeschlagener oder wenig funktionierender Programme angesehen werden, hinterlässt jedoch auch einen Eindruck der Willkür der Institutionen nach dem von den Autoren zitierten Ausspruch:

“Words mean what I say they mean.” (Red Queen, Alice im Wunderland)²⁹

Polak verweist ebenfalls auf sich stets verändernde Konditionalitäten, die der IWF für eine Kreditgewährung an Entwicklungsländer stellte und streicht dabei die „autoritärste Publikation betreffend Konditionalitäten“ hervor.³⁰

“Fund members have agreed that the Fund's financial assistance should be conditional on the adoption of adjustment policies.” (Manuel Guitián, IWF)³¹

In diesem Sinne war die Gewährung weiterer Kredite an Entwicklungsländer fortan fest an strukturelle Anpassungen wirtschaftlicher und politischer Belange geknüpft.

3.2 Ursachen der Verschuldung

Der Schritt zum Ansuchen um Hilfe bei IWF und Weltbank erfolgte durch zahlreiche lateinamerikanische Staaten aus einer massiven Auslandsverschuldung heraus.

Obwohl die Krisenursachen in verschiedenen Ländern im Einzelnen variieren, haben die größten SAP-Staaten wie Brasilien, Mexiko und Argentinien mehrere Nenner gemein:

Zur Finanzierung des Ausbaus des industriellen Sektors und immenser Infrastrukturprojekte wurden Kredite bei ausländischen Bankinstituten im großen Stil aufgenommen. Ab den 1970er-Jahren begannen internationale Banken zunehmend aggressiver, Geld an Entwicklungsländer, unter anderem nach Lateinamerika, zu leihen.³² Durch die Entstehung der von der Kontrolle der Zentralbanken ausgeklammerten Euro-Dollarmärkte in den 1960er- und frühen 70er-Jahren entstand eine Akkumulation großer Kapitalmengen bei diesen Geldinstituten, die auf der Suche nach rentablen Investitionen Kredite zu geringen Zinsen an Entwicklungsländer vergaben, die wachsende Schuldenzahlungen und steigende Handelsbilanzdefizite mit diesen Geldern zunächst bedienten. Gleichzeitig wurden immer mehr kurzfristige Kredite mit variablen Zinssätzen vereinbart. 1982 betrug die kumulierte

²⁹ Vgl. Green / Faber (1994), S. 1.

³⁰ Vgl. Polak (1991), S. 4.

³¹ Vgl. Guitián (1981), S. 2.

³² Vgl. Raffer (1994), S. 433.

Auslandsverschuldung der Länder Brasilien, Argentinien, Mexiko, Chile und Venezuela rund 268 Mrd. \$ und der Anteil der Schulden gegenüber Banken belief sich auf etwa 70%.³³

Ein Faktor, der die Misere zahlreicher lateinamerikanischer Staaten wesentlich beschleunigt hat, war die immer rascher zunehmende Kapitalflucht reicherer AnlegerInnen, die ihr Kapital mit steigender Verschuldung der Länder ins Ausland transferierten. Schätzungen gehen davon aus, dass im Zeitraum von 1976 bis 1985 zwischen 120 und 130 Milliarden Dollar aus den lateinamerikanischen Staaten ins Ausland abgeflossen sind, was im Jahr 1986 rund einem Drittel der Auslandsverschuldung Lateinamerikas entsprach.³⁴

Die für zahlreiche reiche KapitalanlegerInnen beliebteste Transferroute wurde jene von Mexiko in die USA, wo in südlichen Bundesstaaten wie Texas und Florida durch die Anschwemmung von Geld- und Sachvermögen neue Finanzzentren entstanden. Diese Regionen hatten im Gegensatz zu jenen lateinamerikanischen Staaten bereits eine Deregulierung erfahren, wodurch Investitionen in den Finanzsektor dort lukrativer wurden.³⁵

Zu den Ursachen der massiven Kapitalflucht zählten zum einen Zinssätze, die deutlich unter den teils hohen lateinamerikanischen Inflationsraten lagen, wodurch eine Investition unrentabel wurde und zum anderen eine gegenüber dem US-Dollar hoch bewertete Währung, deren befürchtete Abwertung zahlreiche AnlegerInnen zu einem Transfer der Gelder ins Ausland veranlasste.

Zudem führte die Rezession in den Industriestaaten zu Beginn der 1980er-Jahre aufgrund der geringeren Nachfrage zu einem Rückgang der Rohstoffpreise, dem wichtigsten Exportgut der meisten lateinamerikanischen Staaten.³⁶

Obwohl die Verschuldung vorwiegend aus den oben genannten Gründen resultierte, muss an dieser Stelle ebenfalls erwähnt werden, dass die ersten SAPs unter Leitung des IWF bereits vor dem Höhepunkt der Schuldenkrise 1982 implementiert wurden. Wohl waren die seitens des IWF auferlegten Bedingungen für finanzielle Unterstützung zu diesem Zeitpunkt noch etwas milder, wodurch die mangelnde Wirkung der Programme für BefürworterInnen auf eine laxen Kontrolle und mangelhafte Ausführung seitens der Regierungen schließen ließ. Jedoch kann festgestellt werden, dass einzelne erfolglose SAPs bereits vor dem Schulden-

³³ Vgl. Tausch (2006), S. 6ff.

³⁴ Vgl. Spiegel Online (1986): online.

³⁵ Vgl. World Bank (1993), S. 11.

³⁶ Vgl. Griffith-Jones / Sunkel (1986), S. 98f.

Climax mit ähnlichen Maßnahmenpaketen durchgeführt wurden und den finanziellen Crash dieser Staaten nicht verhindern konnten. Ebenso war neben dem IWF auch die Weltbank dazu verleitet, verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländern weiterhin eine massive Kreditaufnahme auf internationalen Märkten zu empfehlen, was bekanntlich ein entscheidender Faktor für die Zuspitzung der Verschuldungskrise darstellte.³⁷

Als erster lateinamerikanischer Staat erklärte Mexiko im August 1982 seine Zahlungsunfähigkeit. Argentinien noch im selben Jahr und Brasilien ein Jahr später mussten Umschuldungsabkommen mit den Gläubigern einleiten.³⁸ Während Mexiko ebenfalls 1982 mit der großflächigen Implementierung von SAPs begann, setzte der Anpassungsprozess in Brasilien bereits 1980 ein, ab 1983 sodann mit Assistenz des IWF.³⁹

Als Konsequenz der prekären finanziellen Lage dieser Staaten finden sich in den ausgearbeiteten SAPs primär Maßnahmen zur Stabilisierung wirtschaftspolitischer Belange: Ein Entgegenwirken der infolge massiver Kapitalflucht negativen Zahlungsbilanz sowie die Bekämpfung hoher Inflationsraten, die als ausreichend für die Wiederherstellung zufriedenstellender Wachstumsraten angesehen wurden.⁴⁰

3.3 Maßnahmen und Wirkung

Wie bereits angesprochen unterscheiden sich die verschiedenen SAPs für die einzelnen Länder in manchen konkreten Ausgestaltungen voneinander, jedoch lassen sich einige Punkte finden, die einen größeren gemeinsamen Nenner darstellen.

Dazu zählen⁴¹:

- Verringerung der Staatsausgaben
- Einführung von Steuern bzw. Steuererhöhungen
- Liberalisierung des Handels (Abschaffung von Importkontrollen und Implementierung einer exportorientierten Volkswirtschaft)
- Lohnreduktion bzw. Verhinderung einer Lohnerhöhung und Arbeitsmarktflexibilisierung

³⁷ Vgl. Raffer (1994), S. 433f.

³⁸ Vgl. Munk (2004), S. 450.

³⁹ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 107.

⁴⁰ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 132.

⁴¹ Vgl. Havlik (2012), S. 33.

Die Ausgestaltungen und sozio-ökonomischen Auswirkungen dieser Maßnahmen werden im Folgenden anhand lateinamerikanischer Fallbeispiele untersucht.

Insbesondere der erste, zweite und vierte Punkt erscheinen als typische Merkmale von Austeritätspolitik, die auch schon im vorgehenden Fall der Weimarer Republik unter Brüning zum Einsatz kamen. Auch die Exportorientierung mitsamt dem wirtschaftspolitischen Dogma der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit zählt dabei zu den wichtigsten austeritätspolitischen Instrumenten.

Zu den weiteren Merkmalen von SAPs zählen

- Gewährleistung von Preisstabilität und somit Bekämpfung hoher Inflationsraten,
- Abschaffung staatlicher Preiskontrollen,
- Abwertung der Landeswährung mit dem Ziel der Exportverbesserung,
- Privatisierung zahlreicher Staatsunternehmen.⁴²

3.3.1 Verringerung der Staatsausgaben und Durchführung von Privatisierungen

Botchwey et al. kommen in einer Evaluierung der Enhanced structural adjustment facility (ESAF), dem Nachfolgeprogramm der SAPs, zu dem Schluss, dass jene Staaten, die ein solches Programm implementierten, gewisse Gemeinsamkeiten mit Volkswirtschaften, die sich in einer Phase der gesellschaftlichen und politischen Transition befinden, aufweisen. Dazu zählen Charakteristika wie das Fehlen eines sozialen Sicherungsnetzes, insbesondere mangelnder Schutz für arbeitslose Personen und kaum Möglichkeiten des raschen Wiedereintritts ins Erwerbsleben für Menschen, die ihre Arbeitsstelle verloren hatten.⁴³ Jene Merkmale waren bei SAPs vor allem aus jenem Grund vorherrschend, da die Staatsausgaben als Bedingung für IWF-Kredite drastisch verringert wurden.

Dies lässt sich etwa anhand des folgenden Beispiels verdeutlichen: Im Durchschnitt wurden in Lateinamerika zwischen Anfang und Mitte der 1980er-Jahre die Staatsausgaben für den Gesundheitssektor um 60% gesenkt, jene für Bildung um 59%.⁴⁴

Das vordergründige Ziel der Verminderung der Staatsausgaben war die Reduzierung der Staatsverschuldung. Parallel zur Kürzung des Staatsetats ging infolge des

⁴² Vgl. Bello (2002), S. 191f.

⁴³ Vgl. Botchwey et al. (1998), S. 27.

⁴⁴ Vgl. Hakkert / Goza (1987), S. 69.

Deregulierungsprozesses auch der staatliche Einflussbereich zurück, der Verkauf zahlreicher Staatsunternehmen bei gleichzeitiger Förderung der Privatinvestitionen verstärkte diesen Vorgang.

Mexiko, das bereits 1982 erste SAPs umsetzte, reduzierte seine Ausgaben für den Gesundheitssektor auf 2,7% der gesamten staatlichen Ausgaben. Die Weltbank sah die daraus resultierende Unterinvestition durchaus und proklamierte „alternative Finanzierungsmodelle“ wie etwa Teilprivatisierungen des Gesundheitsbereichs. Die Konsequenz der Einsparungen war unter anderem eine Säuglingssterblichkeitsrate, die sich zwischen 1980 und 1992 nahezu verdreifachte.⁴⁵ Einem großen Teil der mexikanischen Bevölkerung wurde der Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung durch derartige Kürzungsmaßnahmen verwehrt. Aufgrund der Einführung von Gebühren bei Krankenhausbesuchen waren zahlreiche Personen gezwungen, Krankheiten nicht oder nur mittels unzureichender Selbstmedikation zu behandeln. Neben den Gebühren nannten gemäß Mexican Foundation for Health 44% der befragten MexikanerInnen die sich verschlechternde Qualität der Leistungen im Gesundheitsbereich als Hauptproblem.⁴⁶

Cornia et al. kommen zu dem Schluss, dass der Gesundheitssektor in manchen lateinamerikanischen Staaten dennoch von schweren Einschnitten geschützt werden konnte, wohingegen der Bereich Bildung mitunter am gravierendsten von den staatlichen Kürzungsmaßnahmen betroffen war.⁴⁷ Bereits 1983 wurden die realen Ausgaben für den Bildungsbereich verglichen mit dem Vorjahr um nahezu 41% gekürzt. Ein ähnlicher Trend lässt sich in Ecuador feststellen, wo die Ausgaben für diesen Sektor ausgehend von 1980 bei 4,3% des BIP liegend bis 1983 und somit nach Implementierung der SAPs auf nur 2,1% fielen.⁴⁸ Neben einer Verringerung der Einschulungsrate in mehreren SAP-Staaten wiegt ebenso die Tatsache schwer, dass die Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten in den 1980er-Jahren durchschnittlich weniger Geld pro SchülerIn als in der Dekade zuvor ausgab, was einerseits unter anderem auf gesunkene Löhne für LehrerInnen zurückzuführen ist, andererseits aber auch auf eine schlechtere Qualität des Bildungsangebots schließen lässt.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. Heredia / Purcell (1995): online.

⁴⁶ Vgl. SAPRIN (2002), S. 164.

⁴⁷ Vgl. Pinstrup-Andersen et al. (1987), S. 77.

⁴⁸ Vgl. SAPRIN (2002), S. 151f.

⁴⁹ Vgl. Stewart (1994), S. 147.

In Argentinien wurden zahlreiche ehemals gesamtstaatliche Aufgaben der öffentlichen Versorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt an die Provinzen ausgelagert, um den Staatshaushalt zu entlasten. Dieses Phänomen war ebenfalls in Mexiko zu beobachten und hatte zur Folge, dass die Ausgaben aus dem Gesamtstaatsaushalt outgesourct wurden, die lokale Ebene weiterführend aber nicht adäquat finanziert wurde. Die Provinzen hatten nun eine größere Verantwortung in den Sozialbereichen zu tragen, gleichzeitig aber weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um dies zu bewerkstelligen. Die logische Konsequenz war die Verschlechterung der Gesundheitssituation bzw. die Einstellung mancher Bildungsprogramme.⁵⁰

Die Einführung von Schulgebühren in vielen SAP-Staaten führte zu einer geringeren Einschulungs- und Abschlussrate. Waren die Grundschulen in Mexiko theoretisch gebührenbefreit, waren Familien aufgrund der zunehmend schlechteren Arbeitsmarkt- und ökonomischen Situation oftmals nicht in der Lage, Uniformen, Schulbuchgebühren sowie Transportkosten zu übernehmen. *SAPRIN* berichtet von höheren Drop-out-Quoten sowie weniger Besuchen einer weiterführenden Schule und einer geringeren Anzahl an UniversitätsabsolventInnen. Die wesentlichsten Folgen der gekürzten Bildungsbudgets lagen in einer Kürzung der Gehälter von Lehrkräften, einer Verschlechterung der schulischen Infrastruktur und einer deutlichen Zunahme des SchülerInnen-Lehrkräfte-Verhältnisses.⁵¹

Ähnlich gestaltete sich die Situation in Brasilien, wo die Implementierung staatlicher Kürzungsmaßnahmen im Gesundheits- und Bildungsbereich etwa eine deutliche Zunahme an Krankheitsfällen und eine höhere Kindersterblichkeitsrate einerseits sowie eine gesteigerte Zahl an Schulabbrüchen andererseits zur Folge hatte.⁵²

In Ecuador wurden ab den 1990er-Jahren staatliche Subventionen für niedrige Einkommensgruppen im Bereich der Haushaltskosten zunehmend gestrichen und durch ein neues, kosteneffizienteres soziales Sicherungsprogramm ersetzt wurde, das wiederum nur rund 20% der in Armut lebenden Personen erreichte. In ähnlichem Maße waren die ärmeren Bevölkerungsteile Mexikos betroffen, die sich im Zuge der SAPs mit dem Abbau der Zuschüsse für den Erwerb von Grundnahrungsmitteln konfrontiert sahen. An dieser Stelle muss jedoch erwähnt werden, dass staatliche Subventionen nicht pauschal abgebaut

⁵⁰ Vgl. *SAPRIN* (2002), S. 155.

⁵¹ Vgl. *SAPRIN* (2002), S. 157ff.

⁵² Vgl. Cornia et al. (1987), S. 109.

wurden. Für eine Vielzahl privater Investoren wurden Steueranreize gesetzt, Kreditgarantien übernommen und gar Bailouts aufbereitet.⁵³

Problematisch gestaltete sich überdies die Kürzung bzw. Abschaffung staatlicher Subventionen für kleine AgrarproduzentInnen. Die Streichung der Bereitstellung finanzieller Ressourcen bei gleichzeitiger Importöffnung verunmöglichte es zahlreichen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, selbst Agrarprodukte für die Versorgung auf lokaler Ebene zu produzieren, wodurch eine Vielzahl an Personen sich gezwungen sah, importierte Nahrungsmittel zu deutlich höheren Preisen zu kaufen, was wiederum eine verringerte Ernährungssicherheit in einigen Regionen der SAP-Länder mit sich brachte.⁵⁴

Um Geld in die Staatskasse zu spülen, wurden darüber hinaus zahlreiche sich in Staatshand befindliche Unternehmen privatisiert. Allein im Jahr 1992 wurden in Mexiko mehr als 1.000 Staatsunternehmen der verschiedensten Branchen verkauft oder einem Merger unterzogen. Seit den SAPs ab den frühen 1980er-Jahren waren davon etwa eine halbe Million Menschen, die einst bei diesen Staatsbetrieben beschäftigt waren, von Entlassungen betroffen. Für zahlreiche Personen war in den nun privatisierten Unternehmen kein Platz mehr, sodass im Zuge der SAP-Privatisierungsmaßnahmen nicht von Arbeitsplatzschaffung, sondern eher von Arbeitsplatzvernichtung gesprochen werden muss.⁵⁵

Die Privatisierungen geschahen offiziell meist vor dem Hintergrund, dass ein Unternehmen des privaten Sektors für Wachstum, Produktivität und Effizienz stehe und somit die vorhandenen Ressourcen deutlich besser nutzen könne als ein sich in Staatshand befindendes Unternehmen. Höhere Gewinnmargen privatisierter Unternehmen waren jedoch oftmals auf Preiserhöhungen zurückzuführen, etwa bei Sektoren der Grundversorgung, wodurch grundlegende Güter wie Wasser oder Strom für eine zunehmende Anzahl an Menschen nicht mehr finanzierbar wurde.⁵⁶ In den veranschlagten SAPs wurde der Fokus vordergründig auf den Verkauf von Staatsunternehmen gelegt, nicht aber auf die tatsächliche Effizienz und mögliche langfristig entgangene Gewinne für eine Volkswirtschaft Bedacht genommen. Die Kosten-Nutzen-Abwägung bei der SAP-

⁵³ Vgl. SAPRIN (2002), S. 183.

⁵⁴ Vgl. SAPRIN (2002), S. 178f.

⁵⁵ Vgl. SAPRIN (2002), S. 82.

⁵⁶ Vgl. SAPRIN (2002), S. 186.

Ausarbeitung zwischen kurzfristig erfolgversprechenden Maßnahmen und langfristig negativen Konsequenzen wurde hierbei mangelhaft durchgeführt.⁵⁷

Kontrastierend zum Monitoring der Entwicklung der Sozialausgaben von SAP-Staaten wird argumentiert, dass die Heranziehung anderer Werte und präzisere Analysen die Folgen der Staatsausgabensenkung für die Bevölkerung deutlicher machen können. So sei das bloße Monitoring der Entwicklung des Anteils der Sozialausgaben am BIP weit weniger aussagekräftig als etwa die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit und Bildung in einem SAP-Land – auch um die Ursache eines möglichen Rückgangs zu untersuchen und alternative Maßnahmen einzuleiten.⁵⁸

3.3.2 Arbeitsmarktreformen und Lohnreduktionen

SAPs in hoch verschuldeten Ländern Lateinamerikas lagen wie bereits erwähnt inmitten des Zeitgeists des freien, möglichst deregulierten Marktes. Höhere Investitionen und damit einhergehend höhere Beschäftigung bedinge flexiblere Arbeitsverträge und Entlassungsmöglichkeiten sowie eine verringerte Möglichkeit für ArbeitnehmerInnen, sich in Gewerkschaften zu organisieren und daraus resultierend geringe Löhne. Vor diesem Hintergrund standen die SAPs im Rahmen von Gesetzesbeschlüssen der verschuldeten Staaten, die auf genau diese Agenda der Arbeitsmarktflexibilisierung abzielten.⁵⁹

Ein erklärtes Ziel war eine Budgetkonsolidierung bzw. eine mögliche zukünftige Rückzahlung der gegenwärtig angehäuften Schulden. Neben dem Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst waren auch jene Personen, die ihren Arbeitsplatz behielten, von den Sparprogrammen betroffen, nämlich in Form von Reallohnsenkungen.

Vor allem, aber bei weitem nicht ausschließlich, sanken die Reallöhne in Lateinamerika im ruralen Raum. Mit wenigen Ausnahmen waren nahezu alle Staaten zwischen 1981 und 1990 von dieser Maßnahme betroffen, Mexiko mitunter am gravierendsten.⁶⁰ Studien zeigen einen immensen Verlust der realen Kaufkraft im Laufe der 1980er-Jahre und nochmals deutlich zwischen 1987 und 1994.⁶¹ Zwischen 1982, dem Beginn der mexikanischen SAPs, und 2000 verlor der Mindestlohn insgesamt 69% seines Kaufkraftwerts. Die Gehälter waren

⁵⁷ Vgl. Botchwey et al. (1998), S. 30.

⁵⁸ Vgl. Botchwey et al. (1998), S. 29.

⁵⁹ Vgl. SAPRIN (2002), S. 83f.

⁶⁰ Vgl. Mesa-Lago (1997), S. 499.

⁶¹ Vgl. Heredia / Purcell (1995): online.

festgeschrieben und wurden nicht erhöht, um das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden.⁶²

Dieser Sachverhalt ist unter anderem auf die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und die neue Exportorientierung im Rahmen der SAPs zurückzuführen. In so genannten "maquiladoras", vergleichbar mit Sweatshops, wurden fortan einfache Fließbandprodukte für den Export erzeugt, die mittels komparativer Kostenvorteile äußerst rentabel wurden. Zu diesen Kostenvorteilen zählten niedrige Löhne, unsichere Arbeitsverhältnisse wie mangelhaft ausgeprägter Kündigungsschutz, kaum vorhandene Umwelt- und Gesundheitsschutzkontrollen sowie steuerliche Begünstigungen für derartige Betriebe. Insbesondere Frauen, die einen Großteil der Beschäftigten in den "maquiladoras" ausmachen, erhielten wenig Schutz vor Diskriminierung oder sexuellen Übergriffen. Das Mexican National Forum beschrieb jene Betriebe in diesem Zusammenhang als „ausbeuterische Arbeitsstätten“.⁶³

Die massiven Lohnreduktionen führten letztlich zu einem deutlich geringeren Konsumniveau und machten in vielen Fällen selbst den Erwerb von Grundnahrungsmitteln schwierig. Die Ernährungssituation der ärmeren Bevölkerungsschichten verschlechterte sich sowohl in urbanen als auch ruralen Gebieten Mexikos.⁶⁴ Legitimiert wurden die Reallohnsenkungen in einer Rezession einerseits mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen, da Unternehmen bei zu hohen Reallöhnen zwangsläufig mehr Stellen abbauen würden und andererseits mit der Bekämpfung einer Hyperinflation wie etwa im Falle Argentiniens.⁶⁵

Auch wurden keine Lohnerhöhungen aufgrund von Produktivitätsfortschritten eingeführt, was neben der Erschwerung der gewerkschaftlichen Organisation auch auf die Befürchtung zahlreicher ArbeitnehmerInnen zurückzuführen war, dass diese ihre Arbeitsstelle verlieren könnten, würden sie für eine Lohnerhöhung eintreten. Aufgrund des Überhangs des Arbeitsangebots in arbeitsintensiven Sektoren und jenen mit geringer Beschäftigungsqualifikation erschien die leichte Ersetzbarkeit – ebenfalls flexible

⁶² Vgl. SAPRIN (2002), S. 86.

⁶³ Vgl. SAPRIN (2002), S. 79.

⁶⁴ Vgl. Hellman (1997), S. 3.

⁶⁵ Vgl. Schedler (1991), S. 156.

Arbeitsverträge und mangelnden Kündigungsschutz in Betracht ziehend – der ArbeitnehmerInnen gegeben.⁶⁶

Jenkins berichtet in seinem ausführlichen Werk zu SAPs in Bolivien von einem stark reduzierten Schutz der ArbeitnehmerInnen, sodass Kündigungen für Unternehmen vereinfacht wurden. VertreterInnen der Weltbank konstatierten diesem Schritt einen verstärkten Anreiz der ArbeitnehmerInnen zu härterer Arbeit und den Unternehmen eine größere Flexibilität beim Einsatz von Arbeitskräften. Die Folgen waren jedoch zahlreiche Generalstreiks der bolivianischen Arbeiterschaft und nachhaltig prekäre Arbeitsverhältnisse.⁶⁷

Das ab 1991 in Ecuador durchgesetzte, marktbasierte Anpassungsprogramm zur Arbeitsmarktflexibilisierung hatte ähnliche Auswirkungen zur Folge. Die Position von Gewerkschaften wurde drastisch geschwächt und zunehmend unsichere Arbeitsverträge ohne Kündigungsschutz implementiert. Etwa wurde die Anzahl der ArbeitnehmerInnen, die nötig waren, um eine Gewerkschaft formen zu können, verdoppelt. Rund 72% der Groß- und Mittelunternehmen haben seit der Arbeitsmarktflexibilisierung LeiharbeiterInnen beschäftigt und im Gegenzug die Anzahl der fest angestellten Personen reduziert. Die ArbeitnehmerInnenrechte in Ecuador haben sich im Zuge dessen ebenso verschlechtert wie die Möglichkeit, diese Rechte durchzusetzen oder sich gegen Diskriminierung und schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen.⁶⁸

Die Position von Gewerkschaften wurde in sämtlichen SAP-Ländern deutlich geschwächt, sodass Forderungen nach Lohnerhöhungen weitgehend im Keim erstickt wurden.⁶⁹

Neben der Lohnreduktion war auch die Einführung bzw. Erhöhung der regressiv wirkenden Umsatzsteuer ein weiteres Hemmnis der Kaufkraft für die BezieherInnen mittlerer und kleiner Einkommen. Gleichzeitig wurde die Einkommensteuer für hohe Einkommen in sämtlichen lateinamerikanischen Staaten, für die Daten aufliegen, gesenkt.⁷⁰

Letztlich wurde eines der als vordergründig ausgegebenen Austeritäts- und SAP-Ziele, nämlich die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, im vorliegenden Beispiel erreicht. Dies

⁶⁶ Vgl. SAPRIN (2002), S. 89.

⁶⁷ Vgl. *Jenkins* (1997), S. 111ff.

⁶⁸ Vgl. SAPRIN (2002), S. 85.

⁶⁹ Vgl. *McCutchan* (2010), S. 37.

⁷⁰ Vgl. *Morley* (2001), S. 22.

jedoch nicht aufgrund steigender Produktivität durch die Verbesserung technologischer Entwicklungen, sondern durch Lohnkürzungen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse.⁷¹

Die negativen sozialen Konsequenzen für zahlreiche Gruppen sowie die Zunahme der Armut, mit ausgelöst durch einen drastischen Rückgang der Reallöhne, wurden vonseiten des IWF oftmals nicht in Programmanalysen mit eingerechnet und bereits bei der Ausgestaltung der Programme vernachlässigt. Dem IWF wird dabei das Zeugnis ausgestellt, nicht über die nötige Expertise betreffend die Themen Armut und soziale Effekte der Programme zu verfügen.⁷²

3.3.3 Liberalisierung von Handel und Finanzsektor

In gegenwärtigen austeritätspolitischen Programmen innerhalb der EU aufgrund bereits vorhandener Grundfreiheiten des Binnenmarkts nicht mehr nötig, stellte die Liberalisierung des Handels, insbesondere der Abbau von Zöllen und der Eintritt ausländischer Unternehmen im Zuge der SAPs der 1980er-Jahre in Lateinamerika einen Grundpfeiler der implementierten Politik dar.

Die Liberalisierung des Handels und zunehmend auch der Finanzmärkte entwickelte sich zum wirtschaftspolitischen Dogma, was sich deutlich in der Gestaltung der SAPs niederschlug. Importsubstituierende Industrialisierung (ISI) mit Importrestriktionen und Schutzzöllen nach *List* und *Prebisch* wurden gänzlich verworfen, stattdessen setzte sich der Freihandel als bestimmende Ideologie durch.⁷³

Durch die Durchsetzung der Handelsliberalisierung, so die neoliberale Argumentationslinie, könnten selbst kleine und wenig wohlhabende Staaten zu Wohlstand gelangen, wobei sich insbesondere eine verbesserte Situation für KonsumentInnen einstellen sollte, da diese aufgrund der Marktöffnung von einer größeren Auswahl – und teils billigeren Importprodukten – profitieren können, wodurch eine Absenkung der Armutsrate erwartet werde. Zu den wichtigsten Punkten der Agenda der Handelsliberalisierung zählen folgende:⁷⁴

- Eliminierung von Importquoten
- Reduktion und Vereinheitlichung von Zöllen

⁷¹ Vgl. Jenkins (1997), S. 119.

⁷² Vgl. Botchwey et al. (1998), S. 28.

⁷³ Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon (2015): online.

⁷⁴ Vgl. SAPRIN (2002), S. 27.

- Abschaffung von Exportsubventionen
- Erhöhung der Effizienz sowie Mehrung von Einnahmen von und durch Handel

Erklärtes Ziel der Handelsliberalisierung war die Integration auch kleinerer bzw. weniger leistungsstarker Volkswirtschaften in den Weltmarkt und ein genereller Fokus auf eine Stärkung der Exportwirtschaft. Wie Forschungserkenntnisse zeigen, konnten die Exporte zwar in einer Vielzahl von Staaten, die eine Handelsliberalisierung durchführten, gesteigert werden. Allerdings war diese Steigerung einerseits auf eine Zunahme arbeitsintensiver Erzeugnisse und den stärker voranschreitenden Abbau natürlicher Ressourcen, der auch ökologische Konsequenzen mit sich brachte, zurückzuführen.⁷⁵ Konnten Brasilien und Mexiko in den ersten Jahren der SAPs bis Mitte der 1980er-Jahre ihre Handelsbilanz durch eine Zunahme der Exporte verbessern, geschah dies in zahlreichen anderen SAP-Ländern lediglich aufgrund einer Verringerung der Importe.⁷⁶

Rodrik sieht die Schuldenkrise diverser lateinamerikanischer Länder als Anker, der zur Durchsetzung der völligen Handelsliberalisierung im Rahmenprogramm neoliberaler Politik verwendet wurde, obwohl die makroökonomische Stabilisierung dieser Staaten dadurch sogar verkompliziert wurde.⁷⁷

In Mexiko begann die Liberalisierung mit der Verminderung von Handelsbarrieren und Protektionismus und wurde durch den GATT-Beitritt des Landes 1987 weiter verstärkt. Der dadurch ausgelöste Anstieg importierter Produkte führte zur Verringerung nationaler Erzeugnisse, da diese vor dem Hintergrund der wegfallenden Schutzzölle nicht mehr konkurrenzfähig waren.⁷⁸ Dies insbesondere deshalb, da der Liberalisierungsprozess gleichzeitig keine Maßnahmen zur Modernisierung oder finanzieller Hilfestellung der heimischen Produktionsstätten einleitete.⁷⁹ Im Gegenteil wurden die Folgen 1994 durch das Inkrafttreten von NAFTA noch deutlicher spürbar, im Falle Mexikos vor allem bei kleinen Unternehmen im Bereich der Landwirtschaft. Konnte Mexiko etwa vor der Implementierung

⁷⁵ Vgl. SAPRIN (2002), S. 37.

⁷⁶ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 63.

⁷⁷ Vgl. Rodrik (1996), S. 27.

⁷⁸ Vgl. Heredia / Purcell (1995): online.

⁷⁹ Vgl. SAPRIN (2002), S. 35.

von NAFTA den heimischen Bedarf an Mais decken, werden landwirtschaftliche Produkte, überwiegend hochgradig subventionierte Erzeugnisse aus den USA, nun importiert.⁸⁰

Der Niedergang zahlreicher klein- und mittelständischer Betriebe lässt sich etwa daran ablesen, dass in Mexiko im Jahr 2002 nur noch rund 25-30% jener Unternehmen auf dem Markt aktiv waren, die schon 1982 operierten. Die folgende ökonomische Krise Mexikos und der zunehmende Markteintritt multinationaler Korporationen ließ zahlreiche kleinere Unternehmen in den Konkurs schlittern. Die mittels SAPs verfolgte Strategie der Exportförderung war für kleinere Unternehmen aufgrund begrenzter Ressourcen kaum umzusetzen, was sich auch anhand der Tatsache erkennen lässt, dass 2002 nur 1% der mexikanischen Unternehmen am internationalen Handel teilnahm und gleichzeitig 75% des Exports von 700 Unternehmen kontrolliert wurden.⁸¹

Die Handels- und Kapituliberalisierung Brasiliens ab den frühen 1980er-Jahren traf vor allem jene Menschen mit geringer oder keiner Ausbildung. Hingegen profitierten qualifizierte Arbeitskräfte tendenziell von der Öffnung der Märkte.⁸² *Rodrik* sieht bei einer abrupten Marktöffnung und massiver Kürzung der staatlichen Befugnisse, wie dies in Brasilien geschah, die Gefahr negativer Konsequenzen für die Arbeiterklasse.⁸³

Der Abbau des sozialen Sicherungsnetzes bei gleichzeitiger Handelsliberalisierung stelle somit eine soziale Problemlage dar, die *Rodrik* wie folgt charakterisiert:

" (...) societies that expose themselves to greater and greater amounts of external risk demand a larger government role as shelter from the vicissitudes of global markets."⁸⁴

Die Tatsache, dass ein Staat, der seine Märkte ausländischer Konkurrenz gegenüber öffnet, stärkere soziale Netze zur Absicherung jener Menschen, die im Zuge der Öffnung zu den VerliererInnen zählen, bräuchte, wurde im Rahmen der SAPs nicht beachtet.⁸⁵ Stattdessen wurde ein schlichtes Gesamtwachstum mittels Trickle-down-Theorie als für alle Bevölkerungsteile wohlstandsförderndes Szenario suggeriert.

⁸⁰ Vgl. Eisenmann (2014): online.

⁸¹ Vgl. SAPRIN (2002), S. 77f.

⁸² Vgl. Arbache (2006), S. 332.

⁸³ Vgl. Rodrik (1997), S. 2.

⁸⁴ Vgl. Rodrik (1997), S. 53.

⁸⁵ Vgl. Rodrik (1997), S. 53f.

Ebenfalls sei an dieser Stelle auf die ökologischen Konsequenzen verwiesen, die im Zuge der Handelsliberalisierung und Exportfokussierung im Agrarbereich auftraten. Der für den Export in großen Mengen effizientere Anbau von Monokulturen sowie die Überbeanspruchung der Böden hatten einen Verlust der Biodiversität und die Gefahr von Bodenerosion zur Folge.⁸⁶

Zudem wird im Rahmen der Handelsliberalisierung die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für den Anbau von Exportprodukten kritisiert, da diese in massivem Ausmaß die Ernährungssicherheit der ansässigen Bevölkerung gefährden kann, wie dies beispielsweise am ausufernden Agrobusiness in Brasilien bis heute zu beobachten ist.⁸⁷

Interessant gestaltet sich die Entwicklung, betrachtet man die Erhöhung der Exporte nach einer Differenzierung der Produkte. So war in Ecuador eine Verminderung der Exportzahlen von Fertigwaren und Industriegütern zwischen 1980 und 1990 um etwa 40% zu verzeichnen, obwohl der Welthandel mit diesen Waren in jener Dekade deutlich rascher wuchs als jener mit Primärgütern. Der Export an Primärerzeugnissen stieg in Ecuador im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 2,7% im Jahr, was den Schluss zulässt, dass die mittels SAPs durchgeführte Handelsliberalisierung nicht den gewünschten Effekt einer Modernisierung der verarbeitenden Industrie und damit einhergehend mehr Arbeitsplätze in diesem Sektor schaffen konnte.⁸⁸

Neben der abrupten und für zahlreiche KleinunternehmerInnen folgeschweren Handelsliberalisierung war auch die im Rahmen der SAPs durchgeführte Deregulierung des Finanzsektors der Staaten für negative Entwicklungen verantwortlich. Liberalisierung der Zinsraten, ein steiler Anstieg der Finanzspekulation, die wiederum Kapital aus produktiven Sektoren abzog und leichter Kreditzugang nur für große Unternehmen hinterließen ihre negativen Folgen für die Beschäftigungsrate und Ungleichheit.⁸⁹

Eine positive Auswirkung politischer Natur hätte die rasche Handelsliberalisierung für die meisten Staaten Lateinamerikas dennoch gehabt, wie *Weyland* konstatiert. Durch die Marktöffnung und stark zunehmende Zahl ausländischer Investitionen wäre das Interesse an einer politischen Stabilisierung bzw. Aufrechterhaltung des demokratischen Systems in

⁸⁶ Vgl. SAPRIN (2002), S. 124f.

⁸⁷ Vgl. arte (2015): online.

⁸⁸ Vgl. SAPRIN (2002), S. 38.

⁸⁹ Vgl. SAPRIN (2002), S. 187.

Lateinamerika gestiegen, wodurch diktatorische Tendenzen abgeschwächt wurden.⁹⁰

Auch hierbei muss auf anders gerichtete Fälle wie die Militärdiktatur Pinochets in Chile verwiesen werden, der seit seinem gewaltsamen Putsch 1973 das Land im Sinne des “Washington Consensus” regierte und dabei zahlreiche Menschenrechtsverletzungen beging, wie Untersuchungsberichte klar belegen.⁹¹ Nach der Durchsetzung einer Vielzahl neoliberaler Reformen über nahezu eine Dekade hinweg schlitterte Chile 1982 zudem in die schwerwiegendste ökonomische Krise, die das Land seit den 1930er-Jahren erfahren hatte. Die radikale Deregulierung des Bank- und Finanzsystems nach der Übernahme Pinochets führte zu einer massiven Bankenkrise, die 1982 das BIP um rund 14% schrumpfen und die Arbeitslosigkeit auf beinahe 24% ansteigen ließ.⁹²

Schon anhand dieses Auswuchses neoliberaler Politik, der unmittelbar vor der Etablierung zahlreicher SAPs in Lateinamerika seinen Höhepunkt fand, hätten mögliche Konsequenzen derartigen wirtschaftspolitischen Handelns deutlich werden können. Im Gegenteil wurde jene strikte Deregulierungspolitik in den folgenden Jahren auch in anderen lateinamerikanischen Staaten mit den obig beschriebenen Folgen durchgesetzt.

Ein Aspekt, der an dem einseitig gelagerten Ansatz der Notwendigkeit der Reduktion der Handelsbilanzdefizite der SAP-Länder zu kritisieren ist, liegt darin, dass Staaten, die bereits seit Jahren massive Handelsbilanzüberschüsse – die für etwaige Ungleichgewichte ebenso verantwortlich sind – einführen, nicht belangt wurden, ihr Surplus zu reduzieren.⁹³ Bereits 1973 konstatierte der Economic Report of the President die Notwendigkeit, sowohl massive Defizite als auch Überschüsse in den Handelsbilanzen zu verringern:

“Deficit countries would in any case be unable to restore equilibrium unless surplus countries at least followed policies consistent with a reduction of the net surplus in their payments positions.”⁹⁴

Die vorliegenden Strukturanpassungen in lateinamerikanischen Staaten zeigen, dass Freihandel nicht zwangsläufig positive Auswirkungen auf die Gesamtheit der Bevölkerung haben muss. *SAPRIN* kommt konkludierend zu dem Schluss, dass in der Mehrheit der

⁹⁰ Vgl. Weyland (2004), S. 135f.

⁹¹ Vgl. Klein (2003), S. 108ff.

⁹² Vgl. Auerbach (2009): online.

⁹³ Vgl. Dell (1983), S. 22.

⁹⁴ Vgl. Economic Report of the President (1973), S. 124f.

untersuchten Staaten primär transnationale Unternehmen finanzielle Gewinne aufgrund der Handelsliberalisierung einführen und diese oftmals zulasten kleiner inländischer ProduzentInnen erlangt wurden.⁹⁵

3.4 Entwicklung sozio- und makroökonomischer Kennzahlen

Im Folgenden wird die Entwicklung der wichtigsten sozio-ökonomischen und makroökonomischen Zahlen nach Implementierung der Austeritätspolitik in lateinamerikanischen Staaten, wiederum anhand exemplarischer Fallbeispiele, untersucht.

Arbeitslosigkeit

In Argentinien zeigte sich zu Beginn der 1980er-Jahre trotz immenser Verschuldung eine mit 2,3% noch sehr niedrige Arbeitslosenrate. Bis Ende der 1980er-Jahre stieg der Wert jedoch auf 7,3% und erreichte bis Ende der 1990er-Jahre rund 15%.⁹⁶ Dies kann einerseits als Auswirkung der Krise, andererseits als Folge massiven Stellenabbaus im staatlichen Bereich im Rahmen der zu implementierenden SAPs gewertet werden.

Mexiko erreichte Mitte der 1980er-Jahre ebenfalls Arbeitslosenraten von rund 15%. Viele als Arbeitende erfasste Personen hatten aber entweder keine volle Stelle bzw. verdienten nicht genug, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. *DePalma* beschreibt zudem die Erfassung der mexikanischen Arbeitslosenrate, deren Berechnungsmethode sich auch auf andere lateinamerikanische Staaten umlegen lässt, in der New York Times wie folgt:

"(...) the official figures are unreliable because virtually anyone who earns anything is counted as employed, even someone who sells gum at a traffic light."⁹⁷

Demnach kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Arbeitslosenrate noch um einiges höher lag, da auch Personen mit Mini-Jobs sowie jene Beschäftigten im informellen Sektor scheinbar nicht als arbeitslos erfasst wurden. Der *SAPRIN*-Report geht etwa davon aus, dass noch im Jahr 2000 rund neun Millionen MexikanerInnen in prekären

⁹⁵ Vgl. SAPRIN (2002), S. 37.

⁹⁶ Vgl. Oliver (2006), S. 219.

⁹⁷ Vgl. Hellman (1997), S. 6.

Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren und etwa 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung einer Tätigkeit im informellen Sektor nachgingen.⁹⁸

Edwards merkt an, dass gerade eine immens rasche Handelsliberalisierung, wie sie in einigen lateinamerikanischen Staaten veranschlagt wurde, die Arbeitslosigkeit massiv in die Höhe trieb. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, dass heimische Unternehmen infolge des Produktivitätsdrucks konkurrierender Betriebe zu Massenentlassungen gezwungen gewesen wären. Eine graduelle Handelsliberalisierung dagegen hätte diesen Effekt deutlich verringern können.⁹⁹

Die größten Zuwächse an arbeitslosen Personen hatte Ecuador – wie zahlreiche andere lateinamerikanische Staaten – in den unteren Einkommensschichten zu verzeichnen. Vor allem das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit trat nach der Arbeitsmarktflexibilisierung, wie sie Ecuador 1991 im Rahmen eines SAPs erlebte, immer häufiger auf. Ausgehend von einem Wert von etwa 6% stieg die Arbeitslosenrate des Landes bis 1999 stetig an und erreichte schließlich etwas mehr als 14%.¹⁰⁰

Insgesamt ist über den Untersuchungszeitraum 1981 bis 1990 in nahezu allen lateinamerikanischen Ländern ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten gewesen, wenn auch in äußerst unterschiedlichem Ausmaß. War die offizielle Arbeitslosenzunahme in Mexiko etwa über die 1980er-Jahre hinweg noch gering, lagen Chile und Uruguay in diesem Zeitraum an der Spitze.¹⁰¹

Brasilien, das SAPs ab 1980 bzw. ab 1983 auf Assistenzbasis des IWF einführte, wies in den ersten Jahren der Anpassung steigende Arbeitslosenraten auf, vor allem in urbanen Räumen. Allein zwischen 1981 und 1983 vergrößerte sich der informelle Sektor um 1,8 Mio. Personen, was infolge diverser staatlicher Ausgabenkürzungen auf massiv anwachsende Unterbeschäftigung schließen lässt. Die sozialen Folgen waren hierbei wiederum für die ärmsten Bevölkerungsteile am deutlichsten spürbar und trugen sukzessive zu einer Verarmung urbaner Räume bei.¹⁰²

⁹⁸ Vgl. SAPRIN (2002), S. 82.

⁹⁹ Vgl. Edwards (1989), S. 39.

¹⁰⁰ Vgl. SAPRIN (2002), S. 50.

¹⁰¹ Vgl. Mesa-Lago (1997), S. 499.

¹⁰² Vgl. Cornia et al. (1987), S. 108.

Ungleichheit

Obwohl das genaue Ausmaß, mit dem sich SAPs auf die Entwicklung der Ungleichheit in Lateinamerika auswirkten, schwer zu erörtern ist, zeigen verschiedene Studien einen Zusammenhang zwischen Handels- und Finanzmarktliberalisierung und zunehmender Einkommensungleichheit auf.¹⁰³

So erhöhte sich die Einkommensungleichheit in Chile im Zuge der an die wirtschaftspolitischen Reformen der University of Chicago angelehnten Diktatur Pinochets bis zum Ende dessen Regierungszeit 1990 drastisch. Der Anteil am Nationaleinkommen des reichsten Dezils stieg von 35 auf 47%, wohingegen die ärmere Hälfte der Bevölkerung einen Rückgang von 20,4% auf 16,8% zu verzeichnen hatte.¹⁰⁴

Dieses Fallbeispiel lässt sich auch auf den lateinamerikanischen Durchschnitt umlegen, demnach im Zeitraum 1980 bis 1990 nur das reichste Dezil einen 10,6%igen Einkommensanstieg erfuhr und alle anderen Bevölkerungsdezile – teils massive – Verluste einstecken mussten.¹⁰⁵

Ein international anerkanntes Maß zur Messung der Ungleichheit stellt der Gini-Koeffizient dar. Je höher der Wert, desto größer auch der Grad der Ungleichverteilung der Einkommen innerhalb einer Volkswirtschaft. Die Skala, auf der sich Gini-Koeffizienten bewegen, liegt zwischen 0 und 1.

Der Gini-Koeffizient Argentiniens und damit die volkswirtschaftliche Ungleichheit stiegen von 1980 bis 1990 in Argentinien von 0,37 auf 0,42 und bis 1997 nochmals auf 0,44. Verdeutlicht wird die Zunahme der Ungleichheit Argentiniens durch den sinkenden Einkommensanteil des ärmsten Viertels der Bevölkerung (von 9,3% in 1980 auf 7,5% in 1987).¹⁰⁶ Ähnlich gestaltete sich die Situation in Ecuador, wo der Koeffizient ausgehend von einem zwischen Mitte der 1970er- und Ende der 1980er-Jahre relativ gleichbleibenden Wert von 0,44 bis ins Jahr 2000 auf 0,57 verschlechterte.¹⁰⁷

Die Zunahme der Ungleichheit im ruralen Raum Mexikos nach Implementierung der SAPs liegt auf der Hand, wie folgendes Beispiel veranschaulicht: Im Rahmen der SAPs wurden

¹⁰³ Vgl. Walton (2004), S. 171.

¹⁰⁴ Vgl. Brunelli (2007), S. 8.

¹⁰⁵ Vgl. Londoño / Székely (1997), S. 10.

¹⁰⁶ Vgl. Oliver (2006), S. 219.

¹⁰⁷ Vgl. SAPRIN (2002), S. 54.

staatliche Subventionen des Agrarsektors, von denen insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern abhängig waren, abgeschafft. Der gleichzeitige Eintritt großer internationaler Agrarkonzerne spaltete die Regionen in zwei Teile auf: In jene Vielzahl von kleinen LandwirtInnen, die nun auf der Strecke blieben und in jene kleine Gruppe der großer ProduzentInnen, die von der Exportorientierung profitieren konnten, da sie besseren Zugang zu Ressourcen, Technologien sowie Vertriebswegen hatte und darüber hinaus nicht in jenem Maß auf staatliche Subventionierung angewiesen war.¹⁰⁸

Die Zunahme der Einkommensungleichheit im Zuge der Implementierung von SAPs ist vordergründig darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Handelsliberalisierung ehemals dem Mittelstand zugehörige Bevölkerungsteile eine ökonomische Schlechterstellung erfuhren. Breite Teile des Mittelstandes zählten zu den Verlierern der SAPs. Die in zahlreichen lateinamerikanischen Staaten durchgesetzte Arbeitsmarktflexibilisierung sorgte zudem dafür, dass Löhne einfacher gesenkt werden konnten, wodurch ein Großteil der Bevölkerung negativ betroffen war und eine zunehmende Polarisierung der Einkommen eine logische Konsequenz darstellten.¹⁰⁹

Das bereits vor den SAPs ohnehin hohe Gesamtmaß an Ungleichheit ließ Lateinamerikas Staaten zu jenen mit der größten Ungleichheit werden. Dies wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass bis Ende der 1990er-Jahre insgesamt 13 der 18 untersuchten Länder einen Gini-Koeffizienten von über 0,50 aufwiesen.¹¹⁰

Der gewichtete Durchschnitt des Gini-Koeffizienten lag 1996 in Lateinamerika bei 0,56 und damit eindeutig höher als noch vor Durchführung der SAPs.¹¹¹ Die Polarisierung der Einkommen im Zuge von Lohnreduktionen bei einer gleichzeitigen Handelsliberalisierung, von der wenige profitierten und viele eine Schlechterstellung erfuhren, zählen zu den wesentlichsten Ursachen für die Änderung der Gini-Werte.

Inflation

Studien weisen vor, dass niedrigere Inflationsraten tendenziell Ungleichheit in der Verteilung reduzieren. Von hoher Inflation seien sämtliche Teile der Bevölkerung negativ betroffen, die

¹⁰⁸ Vgl. SAPRIN (2002), S. 121.

¹⁰⁹ Vgl. SAPRIN (2002), S. 53f.

¹¹⁰ Vgl. Morley (2001), S. 10.

¹¹¹ Vgl. Wodon (2000), S. 1.

wohlhabenderen Gesellschaftsteile hätten jedoch bessere Möglichkeiten, ihr Vermögen in nicht-inflationsbetroffene Güter zu reinvestieren.¹¹²

Die Erfahrungen aus Lateinamerika zeitigen unterschiedliche Ergebnisse betreffend die Entwicklung der Inflation. In Brasilien betrug die Inflation Mitte der 1980er-Jahre bis zu 230% jährlich.¹¹³ Die Hyperinflation zeichnete ebenfalls dafür verantwortlich, dass Armut und Ungleichheit in den 1980er-Jahren deutlich anstiegen.

Ebenfalls einen teils steilen Anstieg hatte Mexiko wegen der SAP-Implementierung bei seinen Inflationsraten zu verzeichnen. Ähnliches gilt für Bolivien und Brasilien.¹¹⁴

Vergleicht man die Inflationswerte einiger lateinamerikanischer Staaten in den 1980er- mit jenen der 1990er-Jahre, so wird jedoch deutlich, dass die Inflationsraten zum Teil deutlich gesenkt werden konnten, was im Rahmen der SAPs auch als eines der Kernziele zu wirtschaftlicher Stabilität verankert wurde.¹¹⁵

Wirtschaftswachstum

Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums zeigt etwa in Brasilien schwankende Ergebnisse. Gab es 1983 noch einen Einbruch des BIP um 2,5%, erwirtschaftete das Land für die Jahre 1984 und 1985 ein Wachstum von 5,7 bis 8,3%.¹¹⁶ Diese Zahlen lagen deutlich besser als die Wachstumsraten, die Brasilien nach 1990 und somit nach Implementierung der ersten SAPs vorweisen konnte. 1990 und 1992 befand sich das Land jeweils in einer Rezession.¹¹⁷

Mexiko wies mit Fortdauer der 1980er-Jahre immer wieder niedrige Wachstumsraten auf, hatte 1986 aber auch einen 3,8%igen BIP-Rückgang zu verzeichnen. Ähnliche Werte weist in diesem Betrachtungszeitraum Bolivien auf.¹¹⁸

Im Querschnitt Lateinamerikas betrachtet sank das BIP im Laufe der 1980er-Jahre, in besonderem Ausmaß in Peru und Argentinien, wobei letztgenanntes zu Beginn der 1990er-

¹¹² Vgl. Oberdabernig (2012), S. 3.

¹¹³ Vgl. Taylor (1988), S. 127f.

¹¹⁴ Vgl. World Bank (2015): online.

¹¹⁵ Vgl. Walton (2004), S. 170.

¹¹⁶ Vgl. Taylor (1988), S. 127.

¹¹⁷ Vgl. World Bank (2015): online.

¹¹⁸ Vgl. World Bank (2015): online.

Jahre nach drei Rezessionsjahren zwischen 1985 und 1989 einen kurzen Aufschwung des Wirtschaftswachstums verzeichnen konnte.¹¹⁹

Khan kommt in einer Studie, in der die Wachstumszahlen von Ländern mit und ohne SAPs zwischen 1973 und 1988 miteinander verglichen werden, zu dem Schluss, dass jene Staaten, die sich keinem SAP unterwarfen, teils ein höheres Wachstum aufweisen konnten. Zumindest auf kurze Sicht hat sich das Wirtschaftswachstum in der Mehrheit der SAP-Staaten verringert. Eine genaue Aussage über die langfristigen Auswirkungen der SAPs auf das Wachstum seien jedoch schwer zu treffen.¹²⁰

Konkludierend zur Entwicklung makroökonomischer Kennzahlen kann gesagt werden, dass auch das Hauptziel – nämlich vermehrter Wohlstand durch Wirtschaftswachstum – seitens der Bretton Woods-Institutionen nicht erreicht werden konnte und die Austeritätspolitik somit sozio- und makroökonomisch weitgehend als gescheitert betrachtet werden muss.

3.5 Armutsentwicklung und betroffene Gruppen

Zu jenen Gruppen, die im Rahmen der SAPs am stärksten von den Kürzungen der Sozialausgaben betroffen waren, zählten primär die ärmeren Bevölkerungsschichten. Innerhalb dieser Gruppe war vor allem die ländliche Bevölkerung in noch stärkerem Maße von Armut betroffen.¹²¹

Auch wenn – wie im Falle Brasiliens – eine möglicherweise grassierende Hyperinflation gedämpft werden konnte, so förderte die sinkende Kaufkraft infolge gesunkener Löhne die Zunahme der in Armut lebenden Menschen sowie soziale Ungleichheit.¹²² Auch rutschten viele Personen, die einst dem Mittelstand angehörten oder zumindest über der Armutsgrenze lebten, unter diese Grenze.

Die Kosten der durch Austeritätspolitik verlängerten Rezession bekam somit die Mehrheit der Bevölkerung zu spüren, nur die reichsten 25% konnten infolge der SAPs Einkommensgewinne verzeichnen.¹²³

¹¹⁹ Vgl. Mesa-Lago (1997), S. 499.

¹²⁰ Vgl. Khan (1990), S. 201ff.

¹²¹ Vgl. Hakkert / Goza (1987), S. 91.

¹²² Vgl. Fineder (2009), S. 17.

¹²³ Vgl. Nohlen / Thibaut (1995), S. 52.

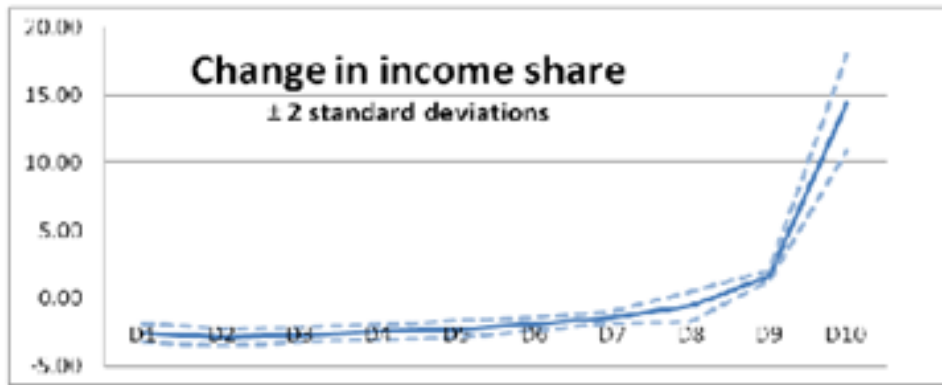


Abbildung 1: Änderung der Einkommensrate nach Dezilen im Rahmen der SAPs

Eine von *Oberdabernig* durchgeführte Studie mittels Heckman-Regression bestätigt diesen Sachverhalt. Demnach hätten die unteren sieben Dezile der Einkommenspyramide tendenziell einen Teil ihres Einkommens verloren. Jene Personengruppe im 8. Dezil erfuhr durchschnittlich keine signifikanten Änderungen, wohingegen die obersten beiden Dezile eine deutliche Einkommenszunahme verzeichnen konnten.¹²⁴

Ein Paradebeispiel negativer sozialer Folgen der Austeritätspolitik konnte in Chile beobachtet werden, einem Land, das unter der Diktatur Pinochet mit am längsten SAPs durchführte und als eine Art Versuchslabor der neoliberalen Doktrin der University of Chicago fungierte. Zwischen 1980 und 1990 stieg der Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen von 12 auf 15%.¹²⁵

In Mexiko konnten Studien insbesondere die Gruppe der Selbstständigen, darunter zahlreiche KleinunternehmerInnen, die immerhin ein Drittel der Beschäftigten ausmachen, als eine der am stärksten von SAPs betroffenen Bevölkerungsteile identifizieren. Diese waren besonders in den Jahren nach der Handelsliberalisierung und später nochmals nach Ausbruch der Tequila-Krise stark negativ betroffen, was sich in steigenden Armutszahlen innerhalb dieser Gruppe manifestierte. Zwischen 1984 und 2002 war unter den Selbstständigen insgesamt ein Anstieg der Armutsrate von 21 auf 40% zu beobachten.¹²⁶ Zahlreiche Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die auf die nunmehr nicht mehr ausgegebenen staatlichen Subventionen angewiesen waren, konnten die zunehmenden Produktionskosten nicht auffangen und gerieten in Armut. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die plötzliche

¹²⁴ Vgl. Oberdabernig (2012), S. 9.

¹²⁵ Vgl. Bello (2002), S. 199.

¹²⁶ Vgl. Nissanke (2010), S. 799.

Konkurrenz größerer internationaler Agrarkonzerne sowie die im ruralen Gebiet weiterhin mangelhaft ausgeprägte Infrastruktur, welche die neue Exportorientierung Mexikos im Zuge der SAPs für zahlreiche LandwirtInnen stark erschwerte oder verunmöglichte. Das Resultat daraus war eine stark gestiegene Anzahl an in extremer Armut lebenden Personen.¹²⁷

1998 wurde in einer Schätzung davon ausgegangen, dass etwa 17.000 bis 20.000 Kleinunternehmen durch die abrupte Handelsliberalisierung in Mexiko in den Bankrott getrieben wurden – ein Faktor, der auf die Verdrängung dieser Unternehmen durch größere, internationale Korporationen zurückzuführen ist und neben einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auch die Armutsgefährdung dieser aus dem Markt gedrängten Gruppe erhöhte. Der rurale Sektor war insbesondere durch eine Verfassungsänderung, welche den Verkauf von "ejidos", gemeinschaftlicher Farmen, an größere ausländische Unternehmen ermöglichte, betroffen. Die Neuausrichtung des Agrarsektors auf den Exportsektor hatte zur Folge, dass der eigene Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen trotz höherer Profitabilität teils nicht mehr gedeckt werden konnte. Zahlreiche Kleinbäuerinnen und Kleinbauern migrierten aus ökonomischen Gründen von ihrem ehemals eigenen Land in größere Städte, wo viele nur noch in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigung fanden.¹²⁸

Ungleichheit und Armut wirkten sich auf manche Regionen Mexikos derart drastisch aus, dass es 1994 zu einem überwiegend von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern getragenen Widerstand in Form des Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) kam.¹²⁹

Studien belegen, dass zudem indigene Gruppen in Lateinamerika oftmals in besonderem Maße von den austeritätspolitischen Maßnahmen betroffen waren. So wurden seitens der brasilianischen Regierung sämtliche Hilfsprogramme, medizinische Versorgung inkludierend, gestrichen.¹³⁰ Folgeeffekte davon waren jene wie etwa eine Maserneepidemie in 1984 in São Paulo, die insbesondere die Kindersterblichkeitsrate drastisch erhöhte.¹³¹

Zu den ebenfalls besonders von den Auswirkungen der SAP-Maßnahmen betroffenen Gruppen zählten wie bereits erwähnt jene Personen, die in Billigjobs arbeiteten. Ein großer Anteil dieser Gruppe waren Frauen, die sich durch die Arbeitsmarktflexibilisierung ebenfalls

¹²⁷ Vgl. SAPRIN (2002), S. 117f.

¹²⁸ Vgl. SAPRIN (2002), S. 78ff.

¹²⁹ Vgl. Brunelli (2007), S. 9.

¹³⁰ Vgl. Brunelli (2007), S. 10f.

¹³¹ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 109.

mit einer Verschlechterung ihrer sozialen und ökonomischen Situation konfrontiert sahen. In manchen Fällen wurden etwa der Kündigungsschutz aufgrund einer Schwangerschaft sowie die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Karenz aus den Arbeitsverträgen entfernt.¹³² Frauen waren durch die zuvor erwähnten Privatisierungsmaßnahmen insofern in besonderem Maße negativ betroffen, als sie meist zu den ersten zählten, die im Zuge von Massenentlassungen nach der Übertragung eines Unternehmens an die private Hand ihren Arbeitsplatz verloren. Vor allem schwangere Frauen oder Mütter mit kleinen Kindern wurden in großer Anzahl von ihrer Arbeitsstelle entlassen.¹³³

Auch Kinder zählten in einigen der SAP-Staaten zu den mitunter am gravierendsten betroffenen Bevölkerungsteilen. In mindestens acht lateinamerikanischen Staaten, die SAPs durchführten, verschlechterte sich die Lebenssituation für Kinder. Die Bereiche Ernährung und Bildung stellen hierbei die Speerspitze der negativen Entwicklung dar, mit besonderem Augenmerk auf die dauerhaft wirkenden Folgen einer großen Zahl unterernährter Kinder in besonders jungem Alter.¹³⁴

Die Betroffenheit der Bevölkerung in ruralen Gebieten von Kürzungen im Bereich staatlicher Versorgung lässt sich etwa an der Armutsentwicklung der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires verdeutlichen. Lebten 1980 etwa 11,5% der dortigen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, waren es 1995 nach Entfaltung der SAPs 25,8%. Gemäß Weltbank lebten im Jahr 2000 etwa 33% der ArgentinierInnen in Armut.¹³⁵ Vor allem Menschen, die einst der Mittelklasse angehörten und in den 1990er-Jahren in die Arbeitslosigkeit gerieten, waren in den folgenden Jahren immer stärker von Armut betroffen. 2002 erhöhte sich der Armutsanteil der argentinischen Bevölkerung, auch im Zuge des Staatsbankrotts 2001, noch einmal deutlich auf 57,5%. 27% der Bevölkerung lebten zu diesem Zeitpunkt in extremer Armut.¹³⁶

Mejía & Vos kommen zu dem Schluss einer positiven Korrelation zwischen negativem Wirtschaftswachstum und der Zunahme von Armutsraten. Aufgrund zahlreicher Rezessionen in den 1980er-Jahren war in Lateinamerika weitgehend eine Verschlechterung der

¹³² Vgl. SAPRIN (2002), S. 89.

¹³³ Vgl. SAPRIN (2002), S. 181.

¹³⁴ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 287.

¹³⁵ Vgl. Grugel / Riggirozzi (2007), S. 92.

¹³⁶ Vgl. Grugel / Riggirozzi (2007), S. 94.

Armutssituation zu beobachten. Der kurze Zeitraum wirtschaftlicher Erholung zu Beginn der 1990er-Jahre zeigt jedoch auch ein anderes Bild: Trotz solider positiver Wachstumsraten nahm die urbane Armut in Bolivien gar zu und stagnierte zu gleicher Zeit in Argentinien.¹³⁷

Noch 1996 lebte rund ein Sechstel der lateinamerikanischen Bevölkerung in extremer Armut (weniger als \$ 1 in PPP), womit zwar ein leichter Fortschritt gegenüber dem Beginn der 1990er-Jahre erzielt wurde, der Wert verglichen mit jenem Mitte der 1980er-Jahre und teils vor zentralen Eingriffen durch SAPs aber immer noch deutlich höher liegt, was nochmals durch die folgende Grafik verdeutlicht wird.¹³⁸

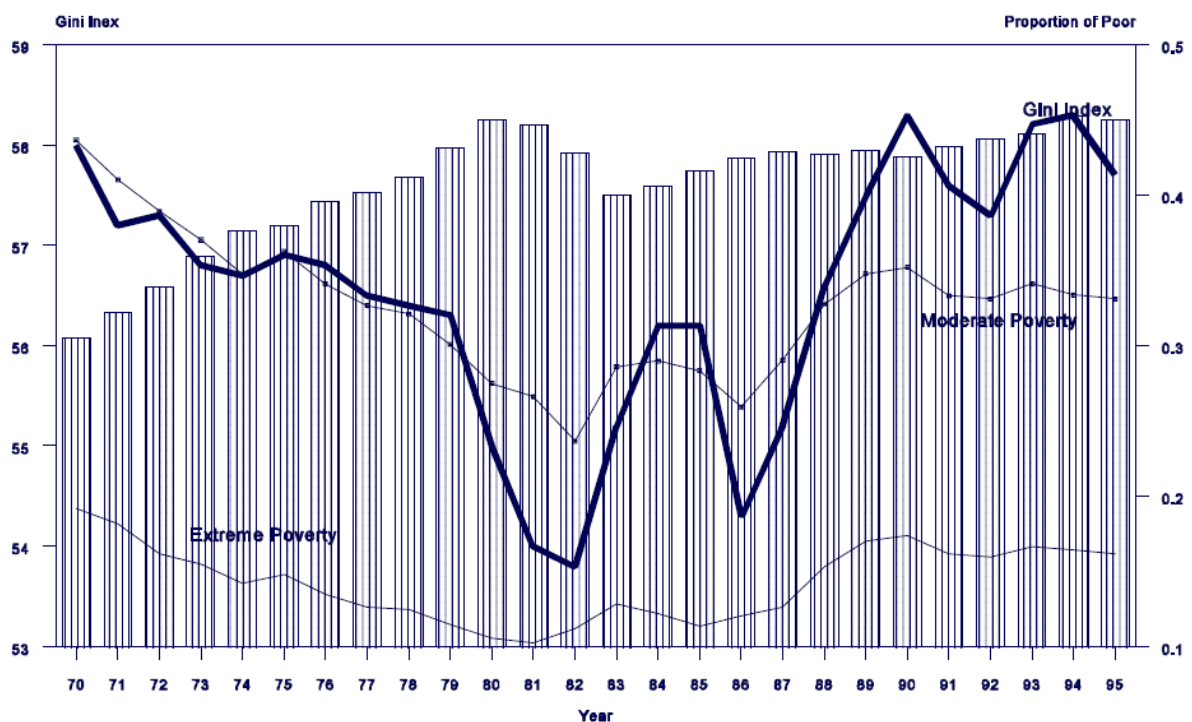


Abbildung 2: BIP/Kopf, GINI-Koeffizient und Armutsraten in LAC 1970-95

Die Darstellung zeigt, dass die Armutsraten der Länder Lateinamerikas zwischen 1970 und 1995 durchaus große Schwankungen erfuhren, gerade in der Phase der SAP-Implementierungen ab Mitte der 1980er-Jahre bis zum Beginn der 1990er-Jahre aber wiederum einen Anstieg zu verzeichnen hatten. Auch der die Ungleichheit messende Gini-Index stieg in diesem Zeitraum besonders steil an, was als weiteres Indiz einer Korrelation

¹³⁷ Vgl. Mejía / Vos (1997), S. 46.

¹³⁸ Vgl. Wodon (2000), S. 1.

zwischen der mittels SAPs betriebenen Austeritätspolitik und zunehmender Verarmung breiterer Bevölkerungsschichten anzusehen ist.¹³⁹

Oberdabernig stellt fest, dass SAPs negative Effekte auf die Armutsentwicklung sowie die Einkommensverteilung zu haben scheinen. Von einem starken Anstieg der Armut sowie ebenfalls der Ungleichheit der Einkommen sei vor allem die rurale Bevölkerung in SAP-Ländern betroffen gewesen.¹⁴⁰

Die Interamerikanische Entwicklungsbank konstatierte ein ähnliches Ergebnis. So „entfiel der Großteil der Anpassungskosten disproportional auf die mittleren und unteren Einkommensgruppen, während bei den obersten 5 Prozent der Bevölkerung der Lebensstandard gleich blieb oder sich in manchen Fällen sogar noch verbesserte“.¹⁴¹

In ihrem umfassenden Werk greifen *Londoño & Székely* auf zwei auch von der Weltbank verwendete Konzepte zur Armutsmessung zurück, nämlich jenen Prozentsatz der Bevölkerung, der unter \$ 1 (extreme Armut) und unter \$ 2 (moderate Armut), jeweils in Kaufkraftparitäten, lebt. Dabei stellen sie einen steilen Anstieg der Armutsraten während der 1980er-Jahre fest. Der Wert für moderate Armut erhöhte sich von 1982 bei 23,7% liegend auf 1990 35,2% sowie jener für extreme Armut von 11,2% auf 17,4% der Bevölkerung Lateinamerikas. Auch während des kurzen wirtschaftlichen Aufschwungs zu Beginn der 1990er-Jahre ist sodann keine signifikante Abnahme, sondern vielmehr nahezu eine Stagnation der Armutsraten zu beobachten.¹⁴² Dies legt den Schluss nahe, dass die ärmeren Bevölkerungsteile zunächst in stärkerem Ausmaß von den Wohlfahrtsverlusten, mit ausgelöst durch die ab 1982 in immer größerem Umfang implementierten SAPs, betroffen waren und im Rahmen des Aufschwungs nur in geringem Maße profitieren konnten. Dass kaum Maßnahmen eingeleitet wurden, um etwaige negative Konsequenzen für ärmere Bevölkerungsschichten abzufedern, verwundert nicht, lautete der Konsens der Bretton Woods-Institutionen, SAPs hätten positive Effekte und seien im Interesse der Armen

¹³⁹ Vgl. Londoño / Székely (1997), S. 7.

¹⁴⁰ Vgl. Oberdabernig (2012), S. 20.

¹⁴¹ Vgl. Bello (2002), S. 200.

¹⁴² Vgl. Londoño / Székely (1997), S. 16.

gestaltet.¹⁴³ Besondere Maßnahmen zu deren Schutz wären überflüssig oder könnten sogar den Erfolg der SAPs zum Scheitern bringen, so die Auffassung der Institutionen.¹⁴⁴

Daten aus dem Untersuchungszeitraum 1986-96 zeigen auch, dass die Bevölkerung im ruralen Raum Lateinamerikas durchschnittlich deutlich stärker von Armut betroffen war als jene in urbanen Gebieten.¹⁴⁵

	Urban areas		Rural areas	
	Share (%) of population extremely poor	Share (%) of population poor	Share (%) of population extremely poor	Share (%) of population poor
1986	9.52	25.51	25.93	57.43
1989	12.77	30.62	31.16	59.79
1992	13.46	32.01	37.64	67.58
1995	11.65	30.14	33.30	64.14
1996	11.83	30.03	33.01	63.33

Abbildung 3: Urbane und rurale Armut in LAC 1986-96

Obwohl Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern innerhalb des IWF immer wieder thematisiert wurde, dauerte es bis 1986, ehe ein offizieller Vorschlag einherging, Maßnahmen zur Reduzierung von Armut zu unterstützen, falls dies von einem SAP-Land gewünscht würde.¹⁴⁶ Zu jenem Zeitpunkt waren SAPs in den meisten lateinamerikanischen Staaten schon vollends in Kraft getreten und hatten negative Zahlen betreffend die Armutsentwicklung generiert.

3.6 Fazit

Die verschiedenen Fälle lateinamerikanischer Staaten, die eines oder mehrere SAPs durchführten, zeigen in einigen Bereichen wie Arbeitslosen- und Armutsstatistiken teilweise unterschiedliche Ergebnisse. Während in Chile etwa trotz Rezession eine deutliche Absenkung der Kindersterblichkeitsrate zu erkennen ist, hat sich diese in Brasilien erhöht. Dies könnte insbesondere mit der historischen Tradition von Ernährungshilfsprogrammen zusammenhängen, die etwa in Staaten wie Chile oder Costa Rica zu diesem Zeitpunkt bereits

¹⁴³ Vgl. Raffer (1994), S. 436.

¹⁴⁴ Vgl. Jolly (1991), S. 1811.

¹⁴⁵ Vgl. Wodon (2000), S. 3.

¹⁴⁶ Vgl. Polak (1991), S. 25.

seit Jahren Bestand hatten, in Ländern wie Brasilien aber deutlich schwächer ausgeprägt waren.¹⁴⁷

Obwohl die Auswirkungen der SAPs von Land zu Land aufgrund verschiedener Faktoren durchaus unterschiedlich sind, so kann für den Großteil der lateinamerikanischen Fallbeispiele gesagt werden, dass SAPs das weitere Schuldenwachstum eingedämmt und Hyperinflationen weitgehend vermieden haben. Jedoch wurden durch die Beschneidungen staatlicher Befugnisse Sozialleistungen weitgehend ausgehöhlt. Aufgrund der Privatisierungen und zahlreicher Stellenreduktionen nahm auch die Arbeitslosigkeit und einhergehend die Armut in einer Vielzahl von Staaten massiv zu.¹⁴⁸

Für konkludierende Belange von Interesse gestaltet sich auch die Evaluierung von *Mohsin Khan* aus dem Jahr 1990, zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Direktor der Forschungsabteilung des IWF. In einer Analyse kommt er zu dem Schluss, dass in jenen lateinamerikanischen Staaten eine Verbesserung der Handelsbilanz im Vergleich zu Nicht-SAP-Staaten zu beobachten war.¹⁴⁹ Andererseits stellte sich in den untersuchten Ländern – zumindest auf kurze Sicht – eine Verringerung der Wachstumsraten ein, was vor allem auf die nachfragereduzierenden Maßnahmen der SAPs zurückzuführen war.¹⁵⁰

Toye verweist auf die Schwierigkeiten der Evaluierung der Programme aufgrund der Problematik, ein Modell zu konstruieren, das Programm- und Nicht-Programm-Staaten adäquat miteinander vergleicht bzw. ableiten kann, welche Entwicklung sozio-ökonomische Indikatoren genommen hätten, wäre ein – möglicherweise anders konstruiertes – SAP implementiert worden.¹⁵¹

Botchwey et al. argumentieren, dass die sozialen Kosten der SAPs weitaus niedriger gehalten hätten werden können, wäre bei der Ausgestaltung der Programme größere Bedacht auf sozio-ökonomische Indikatoren gelegt worden.¹⁵² Die Betrachtung der Auswirkungen von SAPs in Lateinamerika macht den Schluss deutlich, dass eine übereilte Handelsliberalisierung und der analytische Fokus auf bloßes Wirtschaftswachstum negative Konsequenzen für zahlreiche Personengruppen mit sich brachte.

¹⁴⁷ Vgl. Hakkert / Goza (1987), S. 80ff.

¹⁴⁸ Vgl. Welch (2005): online.

¹⁴⁹ Vgl. Khan (1990), S. 203.

¹⁵⁰ Vgl. Khan (1990), S. 222.

¹⁵¹ Vgl. Toye (1994), S. 126.

¹⁵² Vgl. Botchwey et al. (1998), S. 28.

In Brasilien konnten mit der Abkehr von der importsubstituierbaren Industrialisierung und dem Fokus auf Exporten Produktivitätsfortschritte und ein deutliches Plus der Exportbilanz erreicht sowie durch den Plano Real 1994 die Armutsraten reduziert werden.¹⁵³ Dennoch kommt *Arbache* konkludierend zu dem Schluss, dass die Wachstumsraten und sozialen Indikatoren deutlich besser hätten ausfallen müssen, um die Wirtschaftspolitik des “Washington Consensus“ in diesem Zusammenhang als erfolgreiches Vorgehen bezeichnen zu können.¹⁵⁴

Bedeutend bei den Auswirkungen der SAPs auf zahlreiche sozio-ökonomische Indikatoren erscheint die Schnelligkeit und Härte, mit der die Sparprogramme in den Ländern Lateinamerikas durchgesetzt wurden. Dies ist etwa im Vergleich der makroökonomischen Daten Argentiniens, wo infolge der raschen Eingriffe deutlich negative Konsequenzen zu ersehen waren, mit jenen Uruguays, wo die SAP-Implementierung wesentlich geringer und mäßiger stattfand, ersichtlich.¹⁵⁵

Wirtschaftswachstum konnte in diesem Zeitraum in der Mehrheit der Länder nicht generiert werden, ebenso lassen die gesammelten Ergebnisse lateinamerikanischer Fallbeispiele den Schluss zu, dass die durchgeführte Austeritätspolitik Armut weitgehend vertieft hat, vor allem für jene Menschen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit zusätzlich die Ausdünnung des ohnehin oftmals nur spärlich vorhandenen sozialen Sicherungsnetzes zu spüren bekamen. Gerade in den Jahren nach Implementierung der SAPs sind in mehreren Fällen markante Anstiege der Armutsraten zu erkennen. *Cornia et al.* führen zwei wesentliche Gründe für den Mangel an Wirtschaftswachstum und die Zunahme von Armut, insbesondere betreffend die Lebenssituation für Kinder, an. So haben die größtenteils deflationären SAP-Maßnahmen einerseits Armut durch mangelnde Beschäftigung und sinkende Reallöhne hervorgerufen. Andererseits hätten direkte Effekte makroökonomischer Maßnahmen wie eine Streichung staatlicher Subventionen sowie ein Abbau der Staatsausgaben in wesentlichen Sozialbereichen zu einer Verschlechterung der Lebenssituation verschiedener Bevölkerungsgruppen beigetragen.¹⁵⁶

¹⁵³ Vgl. *Arbache* (2006), S. 342.

¹⁵⁴ Vgl. *Arbache* (2006), S. 342f.

¹⁵⁵ Vgl. *Oliver* (2006), S. 219f.

¹⁵⁶ Vgl. *Cornia et al.* (1987), S. 288.

Ebenso lässt sich ein Trend zwischen SAPs und zunehmender Ungleichheit in zahlreichen, wenn auch nicht in allen, lateinamerikanischen Staaten feststellen, wie anhand der Analyse der Gini-Koeffizienten ersichtlich ist.

Eine wesentliche Erkenntnis verschiedener SAPs ist, dass Wirtschaftswachstum und eine strukturelle Veränderung des wirtschaftlichen Systems dieser Länder durchaus notwendig sind, dass die durchgeführte Agenda die sozialen Auswirkungen auf breite Bevölkerungsschichten jedoch teils völlig außer Acht ließ und dadurch statt einer Armutsreduzierung und Kaufkraftsteigerung vielmehr das Gegenteil bewirkte.¹⁵⁷ Bereits 1983 charakterisierte *Dell* die vom IWF propagierte Wirtschaftspolitik als drohenden "overkill". Ausmaß und Charakter der Anpassung würden weit über jenen Grad hinausgehen, der von Nöten wäre, um eine Stabilisierung der kriselnden Staaten zu erreichen. Stattdessen proklamierte der IWF in einem einseitigen Machtgefälle eine Reihe teils schwerwiegender Anpassungsmaßnahmen.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Vgl. Cornia et al. (1987), S. 289.

¹⁵⁸ Vgl. Dell (1983), S. 44.

4 Der Fall Griechenland

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit Austeritätspolitik in Griechenland, die seit 2009 infolge einer massiven Staatsverschuldungskrise des Landes betrieben wird. Dabei werden jene Auswirkungen untersucht, die gegenwärtig nach sechs Jahren Austerität bereits ersichtlich sind.

4.1 Abriss der Krisensituation

Griechenland wurde 1967 von einem Militärputsch erfasst und fand nach einigen Jahren der diktatorischen Regierung erst Mitte der 1970er-Jahre wieder den Weg zu Stabilisierung und Demokratie. 1981 wurde Griechenland in die damalige EWG aufgenommen, die folgenden Jahre waren von der PASOK-Regierung unter Andreas Papandreou geprägt.¹⁵⁹

Die PASOK-Regierung wurde für ihre expansive Fiskalpolitik bekannt, die einerseits armutsverringend, einkommenssteigernd und nachfrageorientiert wirkte, auf der anderen Seite aufgrund geringer Produktivitätszuwächse in Griechenland aber auch Schulden und ein gesteigertes Haushaltsdefizit mit sich brachte. So überschritten die Staatsschulden im Jahr 1994 den Wert von 100% des BIP und verblieben in den folgenden Jahren in etwa in diesem Bereich.¹⁶⁰

Eine veränderte Situation für Griechenland, aber auch für zahlreiche andere Staaten der EU-Peripherie wie Spanien, Portugal und Italien, stellte sich ein, als diese 2001 den Euro als Währung einführten. Durch den Umstand, dass diese Länder nun plötzlich Teil einer großen Währungsunion geworden waren, konnten sie sich Geld zu weit günstigeren Zinskonditionen leihen, als dies zuvor der Fall gewesen war. Die Folge in Griechenland war, dass sowohl Investitionen als auch Konsum massiv in die Höhe getrieben wurden. Bereits bei Einführung des Euros war die Handelsbilanz Griechenlands leicht negativ. Durch die zusätzlichen zinsgünstigen Kredite vergrößerte sich die Lücke zwischen Im- und Exporten, das Handelsbilanzdefizit stieg in den folgenden Jahren rapide an und erreichte 2008 einen

¹⁵⁹ Andreas Papandreous Vater war der griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou (1944-45 und 1964-65) und sein Sohn ist Giorgos A. Papandreou, ebenfalls griechischer Ministerpräsident und Außenminister, der 2011 von seinem Amt zurücktrat.

¹⁶⁰ Vgl. Blyth (2013), S. 62.

Rekordstand von 66,2 Mrd. US-Dollar.¹⁶¹

Infolge des billigen Geldes entwickelte sich ein Nachfrageboom, das griechische Wirtschaftswachstum zog stark an und betrug bis zu 6,6% (2003) jährlich.¹⁶²

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wie Spanien, Irland oder Portugal, deren Probleme aufgrund der Niedrigzinskredite infolge des Euro-Eintritts eher im Bankensektor zu verorten waren, kam im Falle Griechenlands staatliche Misswirtschaft im großen Stil hinzu. Massive Korruptionsskandale innerhalb der beiden langjährigen Regierungsparteien PASOK und Nea Dimokratia, die sich die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft im Land seit der Re-Demokratisierung in gewisser Weise aufteilten, ein ineffizientes Steuersystem, das regelmäßig zu geringe Steuereinnahmen lieferte und ein aufgeblähter Staatsapparat sorgten dafür, dass der griechische Staatshaushalt zunehmend immer höher verschuldet war.¹⁶³

Griechenland ist demnach gewissermaßen als Sonderfall der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise anzusehen, da die Krise ihre Wurzel nicht primär im heimischen Bankensektor hatte, wo spekulative Investitionen der Geldinstitute fehlschlügen und die „Bad Bank-Schulden“ durch die öffentliche Hand aufgefangen wurden. Somit ist die Ansicht, unverhältnismäßige staatliche Ausgabenprogramme hätten die hohe Verschuldung und Krise überhaupt erst herbeigeführt, für den Fall Griechenland durchaus korrekt. Für Staaten wie Spanien, Irland oder Portugal, denen ein ähnlich strenger Austeritätskurs verordnet wurde, trifft dies weitestgehend nicht zu.¹⁶⁴

Griechenland hätte formal betrachtet nicht in die Eurozone aufgenommen werden dürfen, verstieß das Land mit einer Staatsschuldenquote von rund 100% im Verhältnis zum BIP doch deutlich gegen die Maastrichter Konvergenzkriterien, die einen maximalen Verschuldungswert von 60% vorschreiben.

Nachdem Griechenland erstmals nach Ausbruch der Finanzkrise in eine Rezession geschlittert war, wurde 2010 das erste Memorandum mit der Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, vereinbart, 2012 folgte ein zweites.¹⁶⁵ Nach der Wahl von Alexis Tsipras (Syriza) zum

¹⁶¹ Vgl. Statista (2015): online.

¹⁶² Vgl. Schrader (2015), S. 242.

¹⁶³ Vgl. Blyth (2013), S. 63.

¹⁶⁴ Vgl. Bonciu (2013), S. 261f.

¹⁶⁵ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 15.

griechischen Premierminister im Februar 2015 wurde ein drittes Paket geschnürt, das zu einer Spaltung der Syriza-Partei und der Ausrufung von Neuwahlen führte, aus denen wiederum Tsipras und seine Partei als Sieger hervorgingen.

Als Gegenleistung für weitere finanzielle Hilfen, die Griechenland vor einem drohenden Bankrott bewahren sollten, mussten seitens der griechischen Entscheidungsträger massive Zugeständnisse zu Strukturreformen gemacht werden. Diese umfassen austeritätspolitische Maßnahmen wie sie in sehr ähnlichen Ausgestaltungen bereits im Rahmen der beschriebenen historischen Fallbeispiele ersichtlich waren.

4.2 Maßnahmen und Wirkung von Austeritätspolitik

Das folgende Kapitel wird die im Rahmen der von der Troika verordneten Programme umzusetzenden austeritätspolitischen Maßnahmen darstellen und gleichzeitig die wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennzahlen vor dem ersten Memorandum mit aktuellen Daten vergleichen.

Dabei können aufgrund des massiven Umfangs nicht sämtliche Maßnahmen der Austeritätspolitik einzeln beschrieben werden, weshalb eine viergeteilte Gruppierung der wohl entscheidendsten Segmente analysiert wird:

- Kürzung von Staatsausgaben
- Arbeitsmarktreformen und Lohnkürzungen
- Privatisierungen
- Steuer- und Strukturreformen
- Pensionsreformen

4.2.1 Kürzung von Staatsausgaben

Wie bereits anhand der lateinamerikanischen Fallbeispiele zu Austeritätspolitik dargestellt, stellte auch in Griechenland die drastische Senkung der Staatsausgaben einen Grundpfeiler des sparpolitischen Programms dar. In besonderem Maße wurden dabei Einsparungen im Sozial- und Gesundheitssektor beschlossen.

Neben der Kürzung zahlreicher Stellen im öffentlichen Sektor und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit waren die Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen merklich und unmittelbar spürbar. So wurden die Budgets von Krankenhäusern bis 2011 um etwa 40% – verglichen mit

dem Budget vor dem ersten Memorandum – gekürzt, was neben der Schließung zahlreicher Kliniken auch zu massiver Unterbesetzung mit ärztlichen Fachkräften in den bestehen bleibenden Einrichtungen führte.¹⁶⁶

Aufgrund finanzieller Engpässe wurde bereits 2012 von teils massiven Versorgungsschwierigkeiten bei der Behandlung von KrebspatientInnen, die auf spezielle Medikamente angewiesen sind, berichtet.¹⁶⁷ Da aufgrund der Kürzungsmaßnahmen manche Medikamente kaum oder nur zu erhöhten Preisen verfügbar waren, wandten sich zunehmend mehr Menschen an nicht-staatliche Organisationen, bei denen sie um medizinische Hilfe ansuchten, so etwa bei Grassroots-Organisationen wie der „Klinik der Solidarität“ und zahlreiche anderen NGOs.¹⁶⁸

Allein zwischen Mai 2010 und April 2011 wurden die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit um 30% gekürzt.¹⁶⁹

Ein im Jahr 2010 verabschiedetes Gesetz sorgte dafür, dass arbeitslose und selbstständige Personen keine staatliche Krankenversicherung mehr erhielten. So belaufe sich die Zahl jener Menschen ohne Krankenversicherung in Griechenland auf rund drei Millionen, was mehr als einem Viertel der Gesamtbevölkerung entspricht.¹⁷⁰

Programme zur Prävention vor ansteckenden Krankheiten wie HIV/AIDS wurden drastisch zurückgefahren, um zusätzliches Geld im griechischen Staatshaushalt einzusparen. Eine der Konsequenzen daraus war, dass die Rate der Neuinfizierungen mit HIV/AIDS 2011 verglichen mit dem Vorjahr um 50% gestiegen ist.¹⁷¹

Berichten zufolge ist ein wesentlicher Anteil der höheren HIV-Infektionsrate auf einen Anstieg des intravenösen Drogenkonsums und der Prostitution zurückzuführen.¹⁷²

Die Anzahl an Menschen, die laut eigenen Angaben auf medizinische Hilfe angewiesen wären, diese jedoch aber aufgrund verschiedener Gründe wie stark verlängerter Wartezeiten aufgrund von Engpässen, zu langen Anfahrtszeiten aufgrund von Klinikschließungen oder eben aufgrund der Kostenbürde infolge des Verlusts der

¹⁶⁶ Vgl. Kentikelenis et al. (2011), S. 1457.

¹⁶⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (2012): online.

¹⁶⁸ Vgl. Ifanti et al. (2013), S. 11.

¹⁶⁹ Vgl. Borooah (2014), S. 102.

¹⁷⁰ Vgl. Mathé (2015): online.

¹⁷¹ Vgl. Ifanti et al. (2013), S. 11.

¹⁷² Vgl. Kentikelenis et al. (2011), S. 1458.

Krankenversicherung nicht in Anspruch nahmen, stieg zwischen 2006 und 2011 drastisch an.¹⁷³

4.2.2 Arbeitsmarktreformen und Lohnkürzungen

Eine der naheliegenden Kürzungsmaßnahmen wurde im Zuge der Memoranden in der Lohnpolitik durchgeführt. Am stärksten betroffen von den Gehaltskürzungen waren Angestellte in öffentlichen Versorgungsunternehmen (public utilities), die zwischen 2009 und 2013 kumulierte Gehaltseinbuße von durchschnittlich 25,2% hinnehmen mussten. Ebenfalls überdurchschnittlich von Kürzungen betroffen waren Angestellte im privaten Non-banking-Sektor mit einer Verminderung des Lohneinkommens um 19,1% im selben Zeitraum. Die durchschnittlichen Kürzungen über die gesamte griechische Wirtschaft betrachtet betrugen kumuliert 14,8% zwischen 2009 und 2013, wobei 2012 und 2013 jene Jahre darstellten, in denen die Löhne am stärksten zusammengestrichen wurden.¹⁷⁴

Eine der ersten Maßnahmen im Bereich der Lohnkürzungen war die Verminderung der auf Basis von Gesetzen und nicht auf Tarifverträgen beruhenden Löhne im öffentlichen Sektor. Gleichzeitig sollte diese Maßnahme bereits eine Art Signalwirkung auf den privaten Sektor bezwecken, um dort ebenfalls eine Lohnsenkung zu bezwecken. Seit Einführung des Euro-Plus-Pakts ist die EU mit der Aufgabe betraut, sicherzustellen, „dass die Tarifabschlüsse im öffentlichen Sektor den auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind“.¹⁷⁵ Mit dem Ziel jener Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit wurden seitens der Troika auch die Lohneinschnitte im privaten Sektor, mittels einer Absenkung des Mindestlohns, gerechtfertigt. Im Gegensatz zu anderen Staaten wie Spanien und Portugal, die ebenfalls austeritätspolitische Maßnahmen implementierten, ist der Mindestlohn in Griechenland nicht gesetzlich festgesetzt, sondern wird durch nationale Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ausverhandelt. Seitens der Troika wurde 2012 eine Kürzung des Mindestlohns um 22%, für Personen unter 25 Jahren gar um 32% verordnet. In diesem Zusammenhang sprachen sich

¹⁷³ Vgl. Karanikolos et al. (2013), S. 1327.

¹⁷⁴ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 35.

¹⁷⁵ Vgl. Europäischer Rat (2011), S. 16.

sogar die Arbeitgeberverbände gegen eine derartige Maßnahme aus, die letztlich auf Druck der Gläubiger von der griechischen Regierung dennoch umgesetzt wurde.¹⁷⁶

Giannitsis & Zografakis zeigen in ihrer Studie auf, dass die griechischen Lohneinkommen zwischen 2008 und 2012 um 27,4% gesunken sind. Zurückzuführen ist dies neben einer Senkung des Mindestlohns im Privatsektor um 22% vor allem auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, wodurch der Kündigungsschutz aufgeweicht und Abfindungen gestrichen wurden.¹⁷⁷¹⁷⁸

Dass die Löhne in den Jahren vor Ausbruch der Krise höher stiegen als die Produktivität, sollte eine gewisse Reduktion zwar nötig machen, jedoch gestaltete sich diese derartig exzessiv, dass die private Nachfrage völlig zusammenbrach und zahlreiche negative sozio-ökonomische Folgen hinterließ, auf die in Kapitel 4.3 näher eingegangen wird.

Im Zentrum der austeritätspolitischen Argumentation stand die Wiederherstellung der griechischen Wettbewerbsfähigkeit aufgrund geringerer Löhne und damit einhergehend einem Anschub der Exportkraft. Dass dies im Zuge der Memoranden nicht zutraf, lässt sich anhand der Tatsache ablesen, dass die griechischen Exporte im Jahr 2014 um 11,9% geringer als 2008 lagen.¹⁷⁹

Ein Grundpfeiler der neoklassischen Wirtschaftstheorie ist die Annahme, dass die Arbeitsnachfrage negativ vom Reallohn abhängig ist. Das Arbeitsangebot sinke hingegen mit einer Verringerung des Reallohns, wodurch resultiere, dass keine freiwillige Arbeitslosigkeit entstehen könne.¹⁸⁰ Im vorliegenden Fall Griechenland führte eine Senkung der Löhne jedoch nicht dazu, dass neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Im Gegenteil erhöhte sich einerseits der Anteil der Langzeitarbeitslosen, andererseits wurde in hohem Maße Massenauswanderung gefördert, was vor allem die junge Generation in Griechenland negativ betraf.¹⁸¹

Generell nimmt das angebotspolitische Paradigma rund um die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit seit den 1980er-Jahren eine dominierende Position im Rahmen

¹⁷⁶ Vgl. Busch (2012), S. 13f.

¹⁷⁷ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 24f.

¹⁷⁸ Vgl. Grunert (2015): online.

¹⁷⁹ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 20.

¹⁸⁰ Vgl. Wagner (2014), S. 48ff.

¹⁸¹ Vgl. Schumann (2015): online.

wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ein.¹⁸² Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und für ein besseres Investitionsklima zu sorgen, müssten insbesondere die Lohnstückkosten in der Produktion gesenkt werden, so das allgemeine Credo.

Das Beispiel Deutschland als starkes Exportland wird mit seiner Niedriglohnpolitik innerhalb der OECD-Staaten immer wieder als Muster zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit herbeigezogen. So bewirkten insbesondere die Hartz-Gesetze der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder seit 1999 eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und allein zwischen 2000 und 2007 sank die Lohnquote in Deutschland um 9%, was im internationalen Vergleich einen der größten Lohnquotenrückgänge bedeutete.¹⁸³ Unter anderem waren es derartige Maßnahmen, die Deutschland den Weg zum vorübergehenden Exportweltmeister ebneten und die nun seitens der Gläubiger auch von Griechenland gefordert werden. Wie jedoch im Abschnitt zur Entwicklung der Leistungsbilanz ersichtlich sein wird, weist die griechische Wirtschaft eine vollkommen andere, kaum exportorientierte Struktur auf. Die Blaupause Lohnquotensenkung als Erfolgskonzept lässt sich somit nicht auf Griechenland übertragen, was nach den massiven Lohneinschnitten bei gleichzeitig ausbleibenden Exporterfolgen klar erkennbar ist.

4.2.3 Privatisierungen

Ein austeritätspolitisches Werkzeug zur Haushaltskonsolidierung ist auch der Verkauf von Unternehmen im Staatsbesitz an die private Hand, da dadurch – zumindest kurzfristig – Gelder lukriert werden können. Langfristig kann daraus jedoch auch das Problem resultieren, dass dem Staat wichtige Einnahmequellen verloren gehen. Schließlich handelt es sich bei jenen ehemals in Staatshand befindlichen Unternehmen, die einen Käufer auf dem Markt finden, um rentable Betriebe, sonst würde das Investment keinen Nutzen erzielen.

¹⁸² Vgl. Ebner (2012), S. 230f.

¹⁸³ Vgl. Elsner (2012), S. 234f.

	Number of objects	Estimated value (in billions)	Time frame
Listed public companies	11	3,4	2012–15
Unlisted public companies	13	2,9	2012–15
Infrastructure	12	6,4	2012–15
Gaming/digital rights	7	2,1	2012–15
Financial sector assets	–	16,0	2012–16
Real estate	49	1,0	2012–20
Real estate land	70 000	18,2	2012–22
Total		50,0	

Quelle: IMF 2012, 30.

Abbildung 4: (Geplante) Privatisierungen in Griechenland

Problematisch gestaltete sich die Privatisierungspolitik auch deshalb, da die Unternehmen zu Preisen an die private Hand verkauft wurden, die deutlich unter dem Marktpreis lagen, der üblicherweise für eine derartige Transaktion erzielt hätte werden können. Da es sich bei diesen Privatisierungen aber um Notverkäufe handelte, bei denen die KäuferInnen von der Zwangslage des griechischen Staats wussten, wurde der Preis stark gedrückt. Das dahingehende griechische Paradebeispiel ereignete sich im Juli 2015, als 14 gewinnbringende griechische Regionalflughäfen als Bedingung für die Auszahlung von Geldern an die deutsche Fraport AG zu einem Minimalpreis von 1,23 Milliarden verkauft wurden.¹⁸⁴ Die entgangenen Gewinne, die für den griechischen Staat aus diesem Geschäft mittel- bis langfristig resultieren, sind wesentlich größer als der kurzfristige und ob der geringen Summe ohnehin magere Nutzen im Rahmen des Verkaufs. Auf der anderen Seite verblieben jene Flughäfen, die nicht gewinnbringend sind und mittels Subventionen gestützt werden müssen, in den Händen des griechischen Staates.

Als Bedingung für weitere Troika-Gelder sollen bis Ende 2015 durch den Verkauf von Staatsbetrieben und –unternehmen insgesamt 50 Mrd. Euro in die griechische Staatskasse gespült werden.¹⁸⁵

¹⁸⁴ Vgl. Zeit Online (2015) I: online.

¹⁸⁵ Vgl. Antonakakis / Collins (2014), S. 42.

Dass derartige Privatisierungen positive Auswirkungen auf den griechischen Staatshaushalt haben, ist klar zu verneinen. Im Gegenteil machen es zunehmend wegbrechende Staatseinnahmen schwerer, Investitionen in den Sozial- und Bildungssektor oder andere Wirtschaftsbereiche zu finanzieren. Darüber hinaus bringt die Zwangsprivatisierung in den allermeisten Fällen Verschlechterungen für die dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen mit sich, sei es in Form von Lohnkürzungen oder gar Verlust des Arbeitsplatzes. Auch die VerbraucherInnen sind in vielen Fällen aufgrund von Preiserhöhungen negativ betroffen, insbesondere nach der Privatisierung ehemals staatlicher Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen.¹⁸⁶

4.2.4 Steuer- und Strukturreformen

Seit Ausbruch der Krise ist die Erhöhung diverser Steuern ein weiteres präferiertes Politikinstrument, um das griechische Haushaltsdefizit zu reduzieren. Die konkrete Betroffenheit von diesen Steuererhöhungen gestaltete sich jedoch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen sehr unterschiedlich.

	Average tax burden per household in E		Aggregate tax burden for each decile group Mn E		% Change 2012/2008
	2008	2012	2008	2012	
Direct taxes					
Lower incomes (Deciles 1-5)	103.3	233.2	269.9	609.6	125.9
Higher incomes (Deciles 6-10)	4,722.0	4,298.5	12,341.1	11,234.1	-9.0
Property taxes					
Deciles 1-5	20.2	307.1	52.8	802.6	1,420.1
Deciles 6-10	80.1	937.9	209.3	2,451.1	1,071.1
Total					
Deciles 1-5	123.5	540.3	322.6	1,412.1	337.7
Deciles 6-10	4,802.1	5,236.3	12,550.4	13,685.2	9.0
Structure %					
Deciles 1-5	2.5	9.4			
Deciles 6-10	97.5	90.6			

Abbildung 5: Steuerbelastung nach Einkommensklassen

Aussagekräftig erscheint die obige Grafik von *Giannitsis & Zografakis* zur Veränderung des Steueraufkommens nach verschiedenen Einkommensklassen. Sahen sich die unteren 50% der Einkommenspyramide im Jahr 2012 mit einer erhöhten Steuerlast von aggregiert 337,7%

¹⁸⁶ Vgl. Busch et al. (2012), S. 28.

(verglichen mit dem Ausgangsjahr 2008) konfrontiert, lag die höhere Belastung der oberen fünf Dezile bei lediglich 9,0%.¹⁸⁷

Generell waren bei den im Zuge der Memoranden beschlossenen Änderungen der Einkommensteuer höhere Einkommen in absoluten Zahlen stärker betroffen, während die unteren Einkommensgruppen sich mit einer deutlich höheren Steuerlast in relativen Begriffen konfrontiert sahen.¹⁸⁸

Einer der Gründe für die Entstehung massiver Staatsverschuldung ist die Tatsache, dass vor allem die reichsten Personen des Landes lange Zeit wenig bis keine Steuern an den Fiskus entrichteten. So verfügt Griechenland zwar über eine Vermögenssteuer, die aber nur auf die Besteuerung des Grundvermögens greift. Ein entscheidendes Problem liegt in diesem Zusammenhang darin, dass Griechenland über kein Katasteramt verfügt, das angibt und regelt, welche Gründe welchen Personen gehören.¹⁸⁹ Somit fand die Einhebung dieser Steuer in der Vergangenheit nur in unzureichendem Maße statt.

Auch im Bereich der Einhebung der Einkommensteuer weist das griechische System erhebliche Mängel auf. Neben zahlreichen freiberuflich Tätigen und, die ihr Einkommen in Steuererklärungen oftmals deutlich niedriger ansetzen und aufgrund der Trägheit des griechischen Steuersystems dafür nicht belangt werden, zählt die Nichtbesteuerung der ReederInnen zu den größten entgangenen Einnahmen des griechischen Fiskus.¹⁹⁰ Neben dem Tourismus ist die Schifffahrt in Griechenland der zweitwichtigste Wirtschaftszweig. Griechische ReederInnen halten mittlerweile die größte Handelsflotte der Welt, ihnen gehört nahezu ein Fünftel der weltweiten Tonnage. Trotzdem müssen ReederInnen nach griechischem Recht weder Einkommen- noch Kapitalertragsteuer an den Fiskus abführen, da zahlreiche der als Unternehmen eingetragenen Reedereien ihren Firmensitz in anderen Ländern, teils in Steueroasen wie den zu Großbritannien gehörenden Virgin Islands haben. 1967 wurde noch unter dem faschistischen Regime die de facto-Steuerbefreiung der griechischen Reedereien in die Verfassung implementiert und auch nach dessen Sturz unter konservativen Regierungen weiterhin beibehalten.¹⁹¹

¹⁸⁷ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 17.

¹⁸⁸ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 68.

¹⁸⁹ Vgl. Höhler (2013): online.

¹⁹⁰ Vgl. Hermann (2015): online.

¹⁹¹ Vgl. Uken (2015): online.

Dass auch die Veröffentlichung zahlreicher mutmaßlicher SteuerhinterzieherInnen die Einkommen und Vermögen dieser Personen weitgehend nicht antastete, zeigte das Auftauchen der Lagarde-Liste im Jahr 2010. Darin waren mehr als 2.000 Namen und Kontodaten griechischer KundInnen der Schweizer Privatbank HSBC enthalten, die Gelder bei dortiger Bank lagerten, um der Besteuerung in Griechenland zu entgehen. Die Liste gelangte durch einen Mitarbeiter der Privatbank an die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde, die den Datensatz an den griechischen Amtskollegen übermittelte. Trotz des eindeutigen Sachverhalts wurden kaum Maßnahmen eingeleitet, um mittels der Lagarde-Liste Steuerflüchtlinge zu belangen und dringend benötigte Einnahmen in die griechische Staatskasse zu spülen.¹⁹² Dass der Fortschritt bei der Bearbeitung der Steuerhinterziehungsfälle derart schleppend vorangeht, ist auch auf die drastischen Kürzungsmaßnahmen im Bereich der griechischen Finanzpolizei, SDOE, zurückzuführen. So sind nur etwa 35 der rund 730 SDOE-Mitarbeiter mit den Ermittlungen im Zusammenhang mit der Lagarde-Liste befasst. Im Rahmen umfangreicher Sparmaßnahmen wurde bei der SDOE etwa die Hälfte der Stellen abgebaut, was die Bekämpfung der Steuerflucht weiter erschweren wird.¹⁹³ Etwa räumte der damalige griechische Finanzminister Varoufakis im Mai 2015 „Mangel an Prüfungspersonal“ ein.¹⁹⁴ Derartige Umstrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der durchgeführten Austeritätspolitik erschweren die Eintreibung von Steuern und Bekämpfung von Steuerkriminalität zweifellos weiterhin.

Zu jenen Steuerreformen, von denen untere Einkommensschichten überproportional negativ betroffen waren, zählte die stetige Erhöhung der Umsatzsteuer. Lag der Regelsatz der Umsatzsteuer 2005 noch bei 19%, wurde dieser bis 2011 auf 23% erhöht. Auch der reduzierte Satz erfuhr eine ähnliche Steigerung von 9 auf 13%.¹⁹⁵ Auch bei den Verhandlungen rund um das dritte Hilfspaket der Troika 2015 waren Steuerreformen im Bereich der indirekten Steuern eine dominante Thematik. Während Vertreter der griechischen Regierung während den Verhandlungen mit der Troika etwa auf die Senkung der Umsatz- sowie Körperschaftsteuer drängte, um den Konsum privater Haushalte anzukurbeln, sahen die Gläubiger hingegen Steuererhöhungen in genau diesen Bereichen

¹⁹² Vgl. Piller (2015): online.

¹⁹³ Vgl. Böcking / Christides (2015): online.

¹⁹⁴ Vgl. Zeit Online (2015) II: online.

¹⁹⁵ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 75.

vor.¹⁹⁶¹⁹⁷ Zahlreiche Grundnahrungsmittel wurden folglich von dem reduzierten Umsatzsteuersatz von 13% ausgenommen und mit dem Regelsatz von 23% belegt.¹⁹⁸ Diese Erhöhung einer regressiv wirkenden Steuer trifft vor allem jene zahlreichen GriechInnen, die bereits ohnehin an oder unter der Armutsgrenze leben.

4.2.5 Pensionsreformen

Ebenfalls in massivem Ausmaß von den Sparmaßnahmen betroffen waren griechische PensionistInnen. Vergleicht man das Haushaltseinkommen der PensionistInnen von 2008 mit jenem von 2012, so lässt sich – alle Einkommensklassen heranziehend – eine durchschnittliche Reduktion von 18,1% feststellen.¹⁹⁹ Nach der Ausverhandlung eines neuen Reformpakets werden die Pensionen der meisten BezieherInnen 2015 um weitere 3-4% sinken. Darüber hinaus sehen die verordneten Maßnahmen eine Anhebung der Krankenkassenbeiträge von 4 auf 6% der Bezüge vor – eine Maßnahme, die auch für während des Arbeitslebens angesparte Zusatzeinkommen gilt und die Armutsgefährdung innerhalb der Gruppe der PensionistInnen weiter ansteigen lässt.²⁰⁰ Dies insbesondere dann, wenn bedacht wird, dass die Durchschnittspensionen in Griechenland 2015 bei nur etwa EUR 720,- lagen und rund drei Viertel der griechischen PensionistInnen weniger als EUR 1.000,- erhalten.²⁰¹

Des Weiteren wurde bereits im Rahmen des ersten Memorandum of Understanding beschlossen, zukünftig als Bemessungsgrundlage für die Höhe der Pensionen nicht wie zuvor das Letztgehalt vor Pensionsantritt heranzuziehen, sondern das im Jahresdurchschnitt zumeist deutlich niedriger liegende Lebenseinkommen. Das Pensionsantrittsalter wurde auf 65 Jahre erhöht bzw. ist die Absolvierung von 40 Arbeitsjahren für eine Pensionierung nötig.²⁰² Zudem wurden im Jahr 2010 das 13. und 14. Monatsgehalt für griechische PensionistInnen durch eine deutlich geringere Flatrate von einmalig EUR 800,- jährlich ersetzt.²⁰³

¹⁹⁶ Vgl. Varoufakis (2015): online.

¹⁹⁷ Vgl. derStandard (2015) I: online.

¹⁹⁸ Vgl. Spiegel Online (2015): online.

¹⁹⁹ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 47.

²⁰⁰ Vgl. derStandard (2015) IV: online.

²⁰¹ Vgl. Mouzakis / Giakoumis (2015): online.

²⁰² Vgl. Sotiropoulos (2012), S. 10.

²⁰³ Vgl. Matsaganis / Leventi (2013), S. 79.

Matsaganis & Leventi kommen in ihrer Studie zu dem Schluss, dass jene Personen im Alter von 45-64 Jahren sowie 65+ am gravierendsten von den austeritätspolitischen Maßnahmen betroffen waren, was mitunter auf die drastischen Kürzungen im Bereich der Pensionen zurückzuführen ist.²⁰⁴

4.3 Entwicklung sozio- und makroökonomischer Kennzahlen

Um eine möglichst detaillierte Analyse der Wirkungsweise einzelner austeritätspolitischer Maßnahmen erzielen zu können, werden die Auswirkungen auf eine Gruppe sozio-ökonomischer Bereiche und wichtiger Kennzahlen der Wirtschaftsleistung, deren Verbesserung scheinbar im Zentrum der austeritätspolitischen Idee steht, untersucht.

Sozio-ökonomische und makroökonomische Kennzahlen

- Arbeitslosigkeit
- Ungleichheit
- Wirtschaftswachstum
- Inflation
- Staatsverschuldung
- Handels- und Leistungsbilanz

Seitens der BefürworterInnen der Austeritätspolitik wird immer wieder angeführt, dass die Verringerung der Staatsverschuldung und die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit und einhergehend damit die Etablierung von Wirtschaftswachstum die Schlüsselkomponenten für eine wirtschaftliche Re-Stabilisierung Griechenlands darstellen und harte finanzielle Einschnitte in den im vorherigen Kapitel beschriebenen Bereichen nötig seien, um diese Ziele zu erreichen.

4.3.1 Arbeitslosigkeit

Eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennzahlen zeigt die Auswirkungen der austeritätspolitischen Maßnahmen in Griechenland gleichzeitig auch am deutlichsten. Von einem Wert von 7,7% im Jahr 2008 ausgehend stieg die Arbeitslosenrate auf einen

²⁰⁴ Vgl. Matsaganis / Leventi (2013), S. 99f.

Höchstwert von 27,3% im Jahr 2013. Obwohl die Arbeitslosenrate 2014 einen leichten Rückgang verzeichnete, betrug sie immer noch 26,3%.²⁰⁵

Neben dem Anstieg der Arbeitslosenrate ist überdies die Langzeitarbeitslosigkeit ein essentieller Faktor, der noch längerfristige Folgen für die griechische Volkswirtschaft haben wird. Mit einer Langzeitarbeitslosigkeit einher geht nämlich in der Regel der zunehmende Verlust der Arbeitsqualifikation, was die Chancen auf eine zukünftige Wiederanstellung deutlich verringert.²⁰⁶ Obwohl sich die Arbeitslosigkeit in Griechenland zwischen dem 3. Quartal 2013 und dem 3. Quartal 2014 geringfügig verringerte, so stieg die Langzeitarbeitslosigkeit von 18,2 auf 25,1% an.²⁰⁷

Die hohe Arbeitslosigkeit in Griechenland hatte zudem die Folge, dass die Aushöhlung des Flächentarifvertrages, anders ausgedrückt eine Maßnahme zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, viel leichter durchgesetzt werden konnte, da die schlechte Arbeitsmarktsituation einerseits eine Legitimationsbasis für eine Reform bot und andererseits die Position von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften ohnehin geschwächt ist.²⁰⁸

Besonders gravierend für die aktuelle und insbesondere die zukünftige Situation Griechenlands ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit. Ausgehend von einem Wert von knapp 30% (2010) erreichte der Prozentsatz junger Arbeitsloser 2013 eine Spitze von knapp über 60% und lag im ersten Quartal 2015 immer noch bei deutlich über 50%.²⁰⁹ Durch die durchgeführte Austeritätspolitik werden die Qualifikationen junger Personen teils entwertet und sie werden gezwungen, entweder einen schlecht bezahlten Job anzunehmen oder ebenfalls das Land zu verlassen.²¹⁰

²⁰⁵ Vgl. Statista (2015): online.

²⁰⁶ Vgl. Wagner (2014), S. 42.

²⁰⁷ Vgl. Antonopoulos et al. (2015), S. 10.

²⁰⁸ Vgl. Busch et al. (2012), S. 11.

²⁰⁹ Vgl. Trading Economics (2015): online.

²¹⁰ Vgl. Stiglitz (2012): online.

Table 1 Employment Rates by Age and Sex, 2007 and 2013 (per cent)

	25–29 years				40–44 years				55–59 years			
	Males		Females		Males		Females		Males		Females	
	2007	2013	2007	2013	2007	2013	2007	2013	2007	2013	2007	2013
EU-17	81.1	72.0	68.7	64.9	90.2	84.9	72.9	72.2	67.3	72.2	47.6	62.7
Greece	81.3	53.2	62.6	43.4	93.3	78.9	65.1	55.3	73.5	59.7	33.6	53.6
Spain	83.7	57.8	72.0	56.5	89.4	73.6	65.7	62.2	72.8	67.0	38.1	56.2
Italy	73.4	59.7	55.1	45.8	91.3	84.2	61.5	60.5	59.0	70.4	33.8	55.3
Portugal	82.1	69.2	72.3	66.7	89.9	78.2	77.6	75.7	66.6	64.4	52.5	62.5

Source: EUROSTAT, EU-LFS.

Abbildung 6: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach Altersgruppen

Die obige Grafik verdeutlicht, dass sich die Arbeitsmarktsituation aufgrund der Einführung austeritätspolitischer Maßnahmen insbesondere für junge Menschen enorm verschlechtert hat.²¹¹

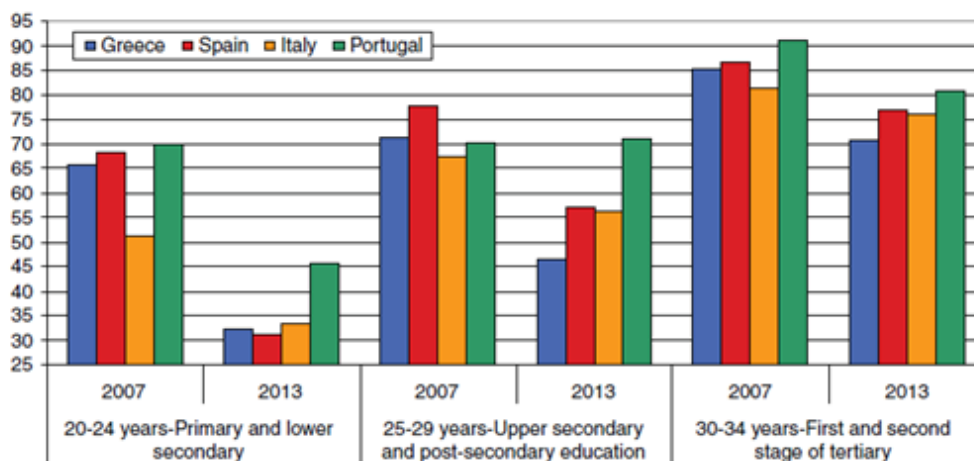


Figure 3 Youth Employment Rates by Age and Educational Level, 2007 and 2013

Source: EUROSTAT, EU-LFS.

Abbildung 7: Beschäftigungsraten nach Ausbildungsgrad

Innerhalb der Gruppe junger Menschen sind es vor allem jene mit geringem Ausbildungslevel, die am negativsten von der Situation betroffen sind und zwischen 2007 und 2013 den größten Verlust von Arbeitsplätzen zu verzeichnen hatten.²¹² Junge Menschen mit Universitätsabschluss hingegen haben aufgrund höherer Arbeitsplatzmobilität den Vorteil, eine Stelle im Ausland in Erwägung ziehen zu können, was Personen mit geringerer Qualifikation oftmals erschwert bleibt.

²¹¹ Vgl. Gutiérrez (2014), S. 378.

²¹² Vgl. Gutiérrez (2014), S. 380.

Eine richtungsweisende Statistik findet sich überdies bei dem Prozentsatz jener Personen, die in einem Haushalt mit „sehr geringer Arbeitsintensität“ leben. Eurostat definiert darunter jene Gruppen von Menschen im Alter bis zu 59 Jahren, die in einem Haushalt leben, in dem die erwachsenen Personen im vergangenen Jahr allesamt weniger als 20% ihres zeitlichen Arbeitspotenzials eine Beschäftigung innehatten. Griechenland wies 2013 mit einer Rate von 18,2% hinter Irland hierbei den zweithöchsten Wert in der Europäischen Union auf. Durchaus bemerkenswerter ist allerdings, dass der griechische Wert im Jahr 2009 mit 6,6% noch deutlich unter dem damaligen EU-Schnitt (9,1%) lag. Seit der Durchsetzung austeritätspolitischer Maßnahmen, in diesem Falle vor allem durch Massenentlassungen, ist der Wert deutlich angestiegen.²¹³

4.3.2 Ungleichheit

In einer Untersuchung betreffend die Auswirkungen von Austeritätsmaßnahmen auf den Gesundheitssektor konstatierten *Ifanti et al.* auch eine Vergrößerung der Ungleichheit zwischen ärmeren und reicheren Schichten, die vordergründig auf die Verringerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen im Sozial- und Gesundheitssektor zurückzuführen ist.²¹⁴

Dies deckt sich überdies weitgehend mit den Forschungen von *Giannitsis & Zografakis*, die zu dem Schluss kommen, dass ökonomisch stärkere Gruppen zwar in absoluten Zahlen in stärkerem Ausmaß von der Sparpolitik betroffen waren, die Auswirkungen auf die unteren Einkommensgruppen jedoch aufgrund der Angewiesenheit auf das Sozialsystem deutlich gravierender waren.²¹⁵ Ein derartiges Beispiel, das gesellschaftliche Ungleichheit fördert, da es ärmere Schichten im Vergleich zu reicheren benachteiligt, stellt die Anhebung der Umsatzsteuer, etwa wie im Rahmen des jüngsten Sparpakets 2015 auf Grundnahrungsmittel, dar.

Zur Messung der Entwicklung von Ungleichheit wird in der Folge – wie schon im Rahmen der SAP-Staaten Lateinamerikas – auf den Gini-Koeffizienten zurückgegriffen, der in dieser Darstellung neben Griechenland auch die Veränderung der Ungleichheit in einigen anderen europäischen Staaten zeigt, die ab dem Jahr 2009 Austeritätspolitik betrieben.

²¹³ Vgl. Eurostat (2015): online.

²¹⁴ Vgl. Ifanti et al. (2013), S. 9.

²¹⁵ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 102.

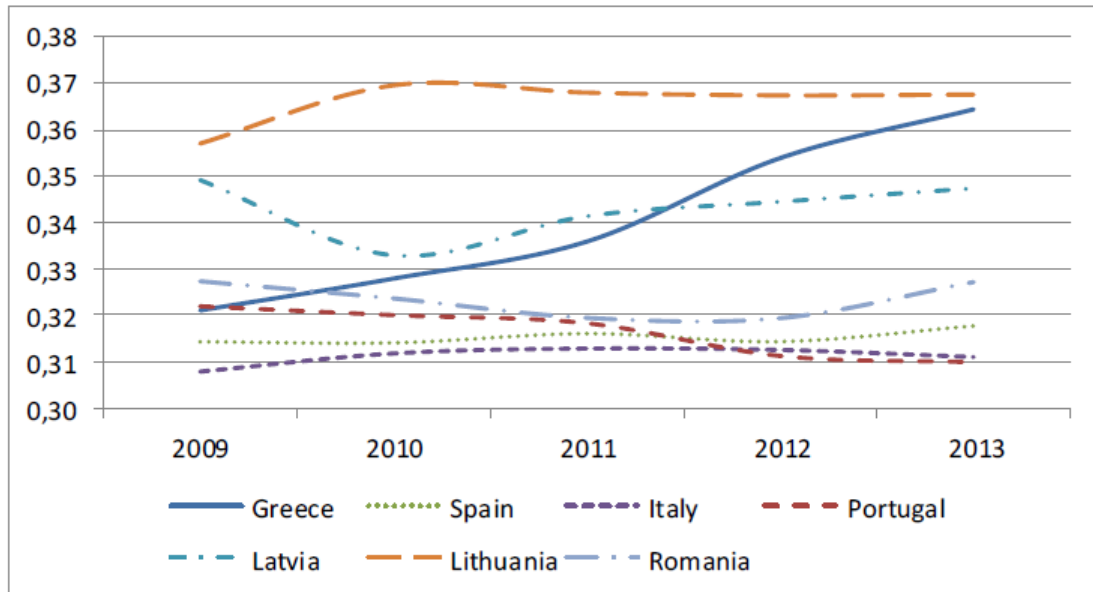


Abbildung 8: Veränderung des Gini-Koeffizienten in europäischen Staaten

Die obige Grafik gibt einen Überblick über die Veränderung der Ungleichheit in sieben EU-Staaten, von denen drei (Lettland, Litauen, Rumänien) sich zumindest in einem Jahr mit einem drastischen Rückgang des realen BIP konfrontiert sahen, dieses jedoch 2013 wieder Wachstumsraten im Bereich zwischen 3,0 und 3,5% erreichte und vier Staaten (Griechenland, Spanien, Italien, Portugal), die nach Implementierung austeritätspolitischer Maßnahmen 2013 weiterhin in einer Krisensituation verharrten. Die Abbildung verdeutlicht eine deutliche Zunahme der Ungleichheit in Griechenland. Der Gini-Koeffizient stieg von einem Wert von 0,32 auf mehr als 0,36. Allerdings lässt sich der Grafik auch entnehmen, dass Staaten wie Spanien, Portugal oder Italien nur mit einem leichten Anstieg konfrontiert waren bzw. gar einen Rückgang der Ungleichheit zu verzeichnen hatten.²¹⁶ Den Rückschluss zu ziehen, dass Austeritätspolitik als Krisenmanagementstrategie zwangsläufig fortschreitende Ungleichheit fördert, ist deshalb unzulässig. Gleichwohl muss an dieser Stelle aber erneut auf die Verschärfung der Ungleichheitssituation Griechenlands hingewiesen werden, die vordergründig auf die enorm starken Einschnitte bei Sozialausgaben und die dadurch massiver als in anderen EU-Krisenstaaten betroffenen mittleren und unteren Einkommensschichten zurückzuführen ist.

²¹⁶ Vgl. Matsaganis / Leventi (2014), S. 21.

4.3.3 Wirtschaftswachstum

Um eine Reduzierung der Staatsverschuldung, das vordergründig ausgegebene Ziel der implementierten Austeritätspolitik zu erreichen, benötige es vor allem wirtschaftliches Wachstum, so das nahezu allgemeine und bereits im Rahmen der SAPs ausgerufene Credo.

Nachdem Griechenland zwischen 2008 und 2013 durchgehend ein negatives reales BIP-Wachstum aufwies, wuchs die Volkswirtschaft laut Eurostat 2014 erstmals wieder um 0,8%.²¹⁷ Hierbei muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass dieses nur geringe Wachstum inmitten einer offenen Deflation erreicht wurde, wie sie in Griechenland gemäß HVPI seit 2013 herrscht.²¹⁸

Zuvor brach die griechische Wirtschaft kumuliert um nahezu ein Viertel ein, mit besonders negativen realen Wachstumsraten in den Jahren 2011 (-8,9%) und 2012 (-6,6%).²¹⁹

Rein formal betrachtet kann argumentiert werden, dass das BIP 2014 erstmals seit 2007 wieder eine positive Jahreswachstumsrate aufwies, wie dies auch von BefürworterInnen der durchgeführten Austeritätspolitik des Öfteren getan wird. Allerdings wird der folgende Abschnitt zur Entwicklung der Inflationsrate aufzeigen, dass selbst ein reales BIP-Wachstum bei gleichzeitiger Deflation nicht zwangsläufig eine Erfolgsmeldung bedeutet.

4.3.4 Inflation

Die Absenkung von Löhnen (und/oder Preisen) birgt die Gefahr der Erzeugung einer Deflationsspirale, wie sie etwa auch Deutschland im Zuge der austeritätspolitischen Maßnahmen in den letzten Jahren der Weimarer Republik erlebte.

Auch im Falle Griechenlands spielten die Lohnkürzungen bei der Herausbildung einer Deflation, die in dem Land seit 2013 durchgehend herrscht, eine Rolle.²²⁰

Lag die Inflationsrate 2006, somit vor Ausbruch der Krise, noch bei 2,2%, einem Wert, der nur knapp über dem von der EZB geforderten 2%-Ziel liegt, so sank der Wert 2011 auf 1,0% und ist seit dem Jahr 2013 negativ, womit sich das Land seither in einer Deflation befindet.²²¹

Selbst das Aufkeimen eines geringen Wirtschaftswachstums um 0,7% im Jahr 2014 muss unter diesen Umständen mit Vorsicht betrachtet werden.

²¹⁷ Vgl. Eurostat (2015): online.

²¹⁸ Vgl. Eurostat (2015): online.

²¹⁹ Vgl. Eurostat (2015): online.

²²⁰ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich (2015): online.

²²¹ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich (2015): online.

Nominell ist das BIP in diesem Zeitraum nämlich um 1,1% gesunken, durch eine Deflationsrate von 1,8% wird aus dem Defizit rein formal betrachtet jedoch ein Wachstum. An gleicher Stelle sei darauf hingewiesen, dass eine Deflationsrate, die höher als die nominelle Wachstumsrate ist, den Schuldenstand im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung weiter steigert.²²² Überdies kann durch die Deflation bei Betrachtung der Kürzung sämtlicher Sozialleistungen freilich nicht von einer Erhöhung der Kaufkraft der KonsumentInnen gesprochen werden.

Weiters birgt eine anhaltende Deflation die Gefahr, dass Unternehmen aufgrund pessimistischer zukünftiger Erwartungen weniger investieren, was im ersten Halbjahr 2015 mit einem Investitionsrückgang von 10,6% auch deutlich zu beobachten war.²²³

Geringere Investitionen gehen im Normalfall mit einer geringeren Anzahl an Beschäftigten einher, was sich wiederum problematisch auf die Arbeitslosigkeit und in weiterer Folge wiederum auf den Konsum auswirkt. Dieses Phänomen wird als Deflationsspirale bezeichnet und stellt eine gegenwärtige Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft dar.

4.3.5 Staatsverschuldung

Belief sich die Verschuldung des griechischen Staatshaushalts im 1. Quartal 2008 noch auf etwa 109% des BIP, so ist die Staatsschuldenquote bis 2014 mittlerweile auf knapp über 177% des BIP angestiegen.²²⁴ Dass die seit dem Jahr 2010 in Griechenland betriebene Austeritätspolitik zu einer Verminderung des Haushaltsdefizits geführt hat, kann somit klar verneint werden. In der Budgetplanung der griechischen Regierung für das Jahr 2016 wird gar mit einem Schuldenanstieg auf 192,4% des BIP kalkuliert. Unterdessen wird zum Ende des Jahres 2015 mit einer Verschuldungsquote von knapp 182% gerechnet.²²⁵ Eine Analyse des IWF geht gar davon aus, der Wert in den nächsten zwei Jahren eine Spitze von etwa 200% erreichen wird und bezeichnet die Verschuldung als "highly unsustainable".²²⁶

Mit ähnlichen Worten bezeichnet auch die Financial Times die griechische Verschuldungssituation. Um die monetären Forderungen der Gläubiger bedienen zu können,

²²² Vgl. Diekmann (2015): online.

²²³ Vgl. derStandard (2015) III: online.

²²⁴ Vgl. Eurostat (2015): online.

²²⁵ Vgl. derStandard (2015) II: online.

²²⁶ Vgl. IWF (2015), S. 1.

müsste Griechenland über viele Jahre hinweg einen Primärüberschuss von etwa 5% erreichen und würde den Status einer "quasi slave economy" einnehmen.²²⁷

"Greece's debt can now only be made sustainable through debt relief measures that go far beyond what Europe has been willing to consider so far."²²⁸

4.3.6 Handels- und Leistungsbilanz

Laut *Worstall* liegt ein wesentlicher Punkt, warum die austeritätspolitischen Maßnahmen in Griechenland in jenem Maße fehlschlagen, an der besonderen Unternehmensstruktur des Landes. Die griechische Volkswirtschaft weist zahlreiche klein- und mittelständische Betriebe, jedoch wenige Großunternehmen auf, die auch das Potenzial hätten, Produkte in großem Ausmaß zu exportieren.

Industrieller Kapitalismus oder andere größere gewerbliche Wirtschaftszweige sind in Griechenland kaum ausgeprägt, die Zahl an EinzelunternehmerInnen und Kleinunternehmen mit weniger als zehn Angestellten ist weitaus höher als in anderen europäischen Ländern. Nur etwa 5% der Angestellten in Griechenland sind in einem Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern beschäftigt.²²⁹ Zum Vergleich: Im EU-Schnitt liegt der Anteil der in Großunternehmen Beschäftigten bei 32,8%.²³⁰

Durch die Senkung der Lohnstückkosten sollte insbesondere der Anteil der Warenexporte Griechenlands steigen, um Einnahmen zu generieren. Trotz eines Rückgangs der Lohnstückkosten zwischen 2009 und 2013 um kumuliert 11,6% konnte keine deutliche Steigerung der Warenexporte erzielt werden. Betrug der Anteil der Warenexporte Griechenlands 2011 11,7% des BIP, konnte dieser Wert im Jahr 2014 auf 17,3% des BIP gesteigert werden, was hinter Zypern und Großbritannien den drittniedrigsten Wert innerhalb der Europäischen Union bedeutet.²³¹ Schätzungen gehen allerdings davon aus, dass der Warenexportanteil am BIP 2015 auf 15,6% sinken wird, womit Griechenland wiederum EU-weit das Schlusslicht dieser Kategorie darstellen würde.²³²

²²⁷ Vgl. Financial Times (2015): online.

²²⁸ Vgl. IWF (2015), S. 1.

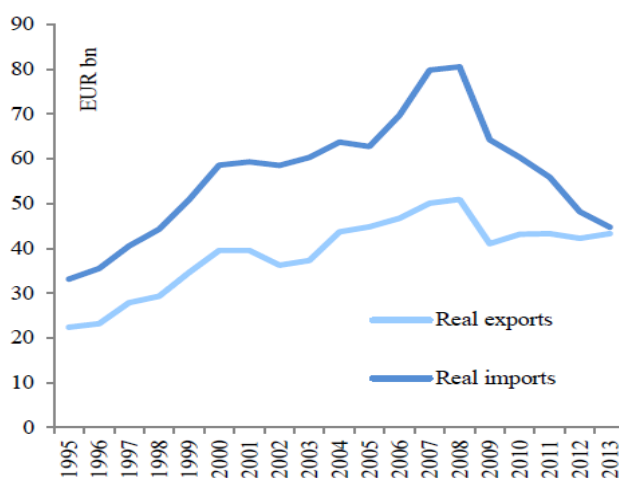
²²⁹ Vgl. Worstall (2015): online.

²³⁰ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich (2015): online.

²³¹ Vgl. AHK (2015), S. 3.

²³² Vgl. Wirtschaftskammer Österreich (2015): online.

Als Teil der Leistungsbilanz stellt die Handelsbilanz jenen Teil dar, der lediglich die grenzüberschreitenden Warenströme misst. Andere Wirtschaftssektoren wie etwa der für Griechenland bedeutsame Tourismus sind hierbei nicht mit eingerechnet, was der Grund dafür ist, dass die gesamte Leistungsbilanz für Griechenland ein deutlich geringeres Defizit aufweist. Seit dem Höhepunkt des Leistungsbilanzdefizits Griechenlands 2008 mit 14,5% begann sich die Lücke sukzessive zu schließen. Die Verringerung des Defizits lag jedoch weniger an einem gestiegenen Anteil der Exporte, sondern vielmehr an einer Kürzung der Importe, wie die folgende Grafik der Europäischen Kommission verdeutlicht.²³³



Source: European Commission.

Abbildung 9: Im- und Exporte Griechenlands 1995-2013

2013 erlebte Griechenland gar erstmals in der Geschichte der seit 1948 erhobenen griechischen Leistungsbilanz einen positiven Saldo. Dies wurde in zahlreichen Medien als scheinbarer Erfolg der in Griechenland betriebenen Austeritätspolitik gewertet, war aber primär eindeutig auf einen Rückgang der Einfuhren um 54 % im Vergleich zu 2008 und sekundär auf eine starke Tourismussaison zurückzuführen.²³⁴ Ein ähnliches Bild ergibt eine Gegenüberstellung mit lateinamerikanischen SAP-Staaten. Auch hier wurde im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen eine Umkehr der Leistungsbilanz von einem Defizit zu einem Überschuss erreicht. Einerseits aufgrund leicht gestiegener Exporte, noch wichtiger jedoch

²³³ Vgl. Böwer et al. (2014), S. 3.

²³⁴ Vgl. Handelsblatt (2014): online.

aufgrund massiv gesunkener Importe. So sanken die lateinamerikanischen Importe zwischen 1981 und 1986 um rund 40 Milliarden Dollar.²³⁵

Länder wie Lettland und Litauen, die ebenfalls austeritätspolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Budgetkonsolidierung durchführten, verfügen im Gegensatz zu Griechenland über einen deutlich stärkeren Exportsektor. Die Handelsbilanz war in Griechenland verglichen mit den baltischen Ländern deutlich defizitärer ausgeprägt. Mit einer Pro-Kopf-Export-Quote gerechnet im Warenwert pro Einwohner lag Griechenland 2014 mit EUR 2.500,- pro Kopf im EU-Vergleich an vorletzter Stelle. Lettland und Litauen hingegen wiesen mit EUR 5.500,- bzw. 8.300,- ein Doppeltes bzw. Dreifaches auf. Obwohl die Handelsbilanz in den beiden baltischen Staaten ebenfalls leicht negativ ausfällt (-2,3 bzw. -2,1%), so ist dieser Wert in keiner Weise mit dem griechischen (-20,6%) zu vergleichen.²³⁶

Die Struktur der griechischen Wirtschaft und die Tatsache, dass diese und andere Volkswirtschaften der europäischen Peripherie nur über einen geringen Exportsektor verfügen, ist einer der Kernpunkte dafür, dass die Lohnsenkungspolitik mitsamt der beabsichtigten Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit in diesen Staaten scheitert.²³⁷

4.4 Betroffene Gruppen

Wie bereits in den aufgezeigten historischen Fallbeispielen zu Austeritätspolitik werden in diesem Abschnitt jene sozialen Gruppen betrachtet, die von den Auswirkungen der Politik am stärksten betroffen sind. Ein auf der Hand liegender Fakt, der bereits in den vorigen Kapiteln zum Ausdruck gebracht werden konnte, ist, dass unterschiedliche Einkommensgruppen in unterschiedlichem Maße von Austeritätsmaßnahmen betroffen sind.

Aufgrund der deutlich höheren Abhängigkeit von Sozialtransfers erscheint es logisch, dass die unteren Gruppen der Einkommenspyramide die Effekte austeritätspolitischer Maßnahmen stärker zu spüren bekommen.

Giannitsis & Zografakis stellen in ihrer umfassenden Studie die Anzahl der Haushalte mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen im Jahr 2014 mit jenen aus dem Jahr 2008 gegenüber. Ist eine der in einem Haushalt lebenden Personen arbeitslos, könnte dies von

²³⁵ Vgl. Edwards / Larraín (1989), S. 9.

²³⁶ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich (2015): online.

²³⁷ Vgl. Bonciu (2013), S. 265.

den übrigen Familienmitgliedern unter Umständen noch finanziell abgedeckt werden. Ist mehr als eine Person in einem Haushalt arbeitslos, so wird die Wahrscheinlichkeit, dass sämtliche Mitglieder dieses Haushalts unter die Armutsgrenze fallen, deutlich erhöht.

Lag die Zahl der Haushalte mit zwei arbeitslosen Mitgliedern 2008 noch bei etwa 31.000, hatte sich der Wert im Jahr 2014 hat nahezu versechsfacht und liegt nun bei zirka 179.000.²³⁸

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, welche die Entwicklung der Haushaltseinkommen in Griechenland zwischen 2008 und 2012 untersucht, kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass ärmere Einkommensgruppen in deutlich höherem Ausmaß von der implementierten Austeritätspolitik betroffen waren.

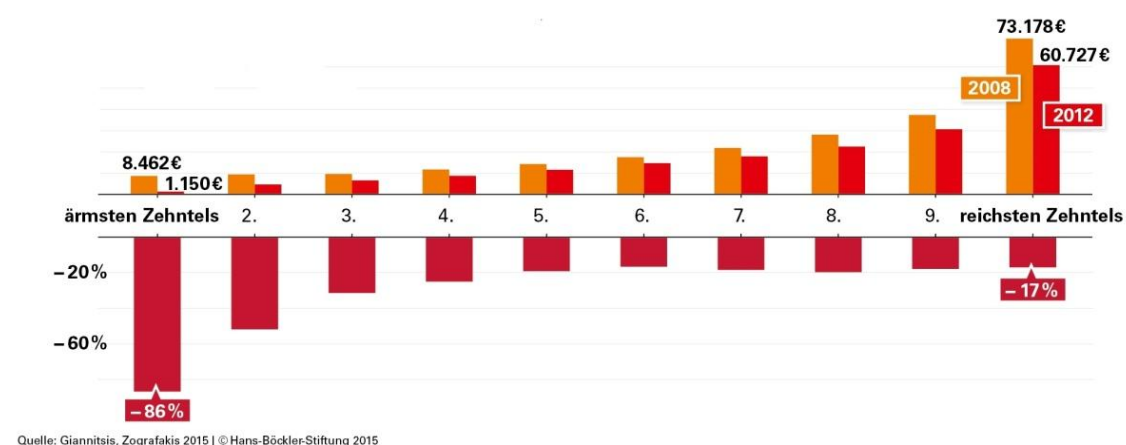


Abbildung 10: Veränderung der Haushaltseinkommen in GRE zwischen 2008 und 2012²³⁹

Die Grafik verdeutlicht, dass das unterste Dezil einen Verlust von 86% des Haushaltseinkommens hinnehmen musste, wohingegen das reichste Zehntel lediglich einen um 17% geringeren Wert aufwies.²⁴⁰ Blyth formuliert die Auswirkungen der Austeritätspolitik mit den eingängigen Worten

"Few of us were invited to the party, but we are all being asked to pay the bill."

²³⁸ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 112.

²³⁹ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015): online.

²⁴⁰ Vgl. Hans Böckler Stiftung (2015): online.

Anders formuliert: Die ärmeren Bevölkerungsschichten, meist diejenigen, die mit der Entstehung der volkswirtschaftlichen Krisensituation am wenigsten zu tun hatten, waren in der Folge umso stärker von den Auswirkungen der Austeritätspolitik betroffen.²⁴¹

4.5 Entwicklung der Armutssituation

Im folgenden Kapitel soll nun untersucht werden, ob eine mögliche Korrelation zwischen Austeritätspolitik als Bekämpfungsmittel der griechischen Wirtschaftskrise und Verarmung existiert. Um diese Analyse vornehmen zu können, muss zunächst klar definiert werden, was im Rahmen der Untersuchung unter Armut verstanden wird.

4.5.1 Verwendete Indikatoren zur Messung von Armut

Was unter dem Begriff Armut subsumiert werden kann, variiert besonders in der sozialwissenschaftlichen Forschung stark. Im Folgenden werden die in Bezug auf Wohlstand und Lebensstandard besonders relevanten Konzepte der absoluten und relativen Armut, der anchored poverty rate sowie die poverty gap herangezogen. Diese zählen zu den anerkanntesten Messungsverfahren zur Bestimmung von Armut in Industriestaaten und unterscheiden sich somit teils von den für Lateinamerika verwendeten Indikatoren, da es sich hierbei um Schwellen- und Entwicklungsländer handelte, wofür seitens der Weltbank fallweise andere Analyseinstrumente zugrunde gelegt wurden.

Absolute Armut

Auf das erste Konzept zur Messung von Armut wurde bereits im Kapitel zu den Fallbeispielen Lateinamerikas zurückgegriffen. Dabei handelt es sich um die Ermittlung der absoluten Armutsrate, bei der das verfügbare Einkommen einer Person in Kaufkraftparitäten herangezogen wird.

Die Weltbank erhöhte 2008 die Grenze für einen in absoluter Armut lebenden Menschen auf \$ 1,25 pro Tag (in Kaufkraftparitäten gerechnet) und im Oktober 2015 nochmals auf \$ 1,90. Bis dahin und somit auch einhergehend bei den Messungen der Fallbeispiele Lateinamerikas war die absolute Armuts Grenze noch mit \$ 1 pro Tag angesetzt.²⁴²

²⁴¹ Vgl. Bonciu (2013), S. 263.

²⁴² Vgl. Immel / Tränkle (2011), S. 10ff.

Während das Konzept der relativen Armut eine Armutsrenzlinie zieht, die sich je nach Ausgestaltung der durchschnittlichen Lebenssituation einer Gesellschaft verändern kann, bleiben die Werte zur Messung der absoluten Armut in realer Kaufkraft in der Regel unverändert.²⁴³

Relative Armut

Das Konzept der relativen Armut setzt den Lebensstandard einer Person ins Verhältnis zu jenem der gesamten Bevölkerung eines Landes. Eine Person wird dann als arm eingestuft, wenn sie aufgrund ihres Einkommens nicht in der Lage ist, einen Lebensstandard zu erreichen, der mit jenem der Gesellschaft kompatibel ist, in der sie lebt.²⁴⁴

In Deutschland etwa gilt eine Person als relativ arm, wenn sie maximal 50% des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Per Definition der Europäischen Union liegt der Wert bei 60% des Medianeinkommens.

Ein Nachteil des Indikators relativer Armut ist die Tatsache, dass in Zeiten wirtschaftlicher Rezession zumeist die Einkommen aller Bevölkerungsteile sinken. Ein Zuwachs der Gruppe jener Menschen, die weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung haben, gibt nicht an, wie viel der „Median-Verdiener“ zur Verfügung hat.²⁴⁵

Anchored poverty rate

Interessanter gestaltet sich der Sachverhalt, wenn die Armutsrenzlinie für einen bestimmten Zeitpunkt fixiert und nur um die Inflationsrate adaptiert wird. Hierdurch kann auch die Entwicklung des realen Medianeinkommens betrachtet werden, was anhand der anchored poverty rate dargestellt wird. Ein sehr ähnliches Konzept ("at-risk-of-poverty rate anchored at a fixed moment in time") wird unter anderem von Eurostat zur Berechnung der Armutsentwicklung herangezogen.²⁴⁶

Poverty gap

Ein weiteres Maß, das zur Messung der Veränderung der Armutsrate zu Rate gezogen wird und insbesondere die Intensität der Armut misst, ist die so genannte poverty gap. Im

²⁴³ Vgl. Mitrakos (2014), S. 7.

²⁴⁴ Vgl. Mitrakos (2014), S. 7.

²⁴⁵ Vgl. Keeley (2014): online.

²⁴⁶ Vgl. Matsaganis / Leventi (2014), S. 19.

Rahmen der Definitionen für die Millenium Development Goals erläutert die UN den Begriff mit den Worten:

“Poverty gap is the mean shortfall of the total population from the poverty line (counting the nonpoor as having zero shortfall), expressed as a percentage of the poverty line.”²⁴⁷

4.5.2 Armutskonzepte angewandt auf den Fall Griechenland

4.5.2.1 *Absolute Armut*

Mitrakos kommt in seiner Studie zu dem Schluss, dass die Rate absoluter Armut kurz vor Umsetzung der austeritätspolitischen Maßnahmen in Griechenland noch einmal deutlich gesunken ist, nämlich von 2005 bei 20,1% bis 2010 auf nur noch 16,0%, somit ein 4,1%iger Rückgang bei Heranziehung der Armutsgrenze aus dem Jahr 2005. Allerdings ist beim Übergang von 2010 zu 2011, somit dem ersten Jahr nach dem ersten Austeritätsprogramm, gleich ein Anstieg auf 22,9% der absoluten Armutsrate zu beobachten. Die absolute Armutsrate hatte sich somit in nur einem Jahr um 6,9% erhöht und fällt damit im Vergleich zur relativen Armutsrate (+3,3% in diesem Zeitraum) deutlich höher aus.²⁴⁸

4.5.2.2 *Relative Armut*

Giannitsis & Zografakis argumentieren, dass die relative Armutsrate in Griechenland zwischen 2008 (20,1%) und 2012/13 (23,1%), zwar angestiegen ist, jedoch nur in vergleichsweise geringem Maß. Dies hängt mit dem bereits erwähnten Umstand zusammen, dass bei der Messung der relativen Armut das Medianeinkommen in wirtschaftlichen Krisen in der Regel ebenfalls sinkt, was auch in Griechenland der Fall war.²⁴⁹

Während sich die relative Armutsrate in den meisten dieser Staaten trotz ihrer unterschiedlichen Entwicklungen zwischen 2009 und 2013 nur leicht veränderte, ist in Griechenland ein vergleichsweise deutlicher Anstieg der Rate zu beobachten.²⁵⁰

Die relativierte Aussagekraft des Maßes relativer Armut wird anhand der entsprechenden Absenkung der Armutsgrenze in Griechenland deutlich, wie dies in einer anderen Studie ersichtlich ist. Lag jene Grenze 2008 noch bei einem Jahreseinkommen von EUR 8.766,9 pro Jahr, erfolgte bis 2012 eine Absenkung auf EUR 7.756,1. Dies ist eine Verringerung um

²⁴⁷ Vgl. UN (2015): online.

²⁴⁸ Vgl. *Mitrakos* (2014), S. 10.

²⁴⁹ Vgl. *Giannitsis / Zografakis* (2015), S. 62.

²⁵⁰ Vgl. *Matsaganis / Leventi* (2014), S. 17.

kumuliert 11,53%. Trotz dieser drastischen Absenkung der Armutsgrenze ist die relative Armut immer noch um insgesamt drei Prozentpunkte angestiegen. Die tatsächliche Anzahl jener Menschen, die de facto in Armut leben, dürfte damit noch weitaus höher als bei diesem Wert liegen.²⁵¹

Während die Rate der Über-65-Jährigen, die von relativer Armut betroffen sind, im Zeitraum 2009 bis 2013 sank, stieg diese für junge Menschen (18-29) und Kinder (0-17) teils klar an, was bei ersterer Gruppe insbesondere auf die Zunahme arbeitsloser Personen in diesem Segment zurückzuführen ist.²⁵²

4.5.2.3 *Anchored poverty rate*

Bei der anchored poverty rate bezieht sich die Betrachtung nicht darauf, welches Einkommen eine Person im Vergleich zum aktuellen Median, sondern im Vergleich zum Vorkrisenniveau erzielt. Bekanntlich sank in Griechenland im Zuge der Umsetzung austeritätspolitischer Maßnahmen auch das Medianeinkommen recht beträchtlich.

Die anchored poverty rate analysiert und vergleicht in diesem Beispiel die Veränderung des Medianeinkommens zwischen 2009, dessen Wert fixiert wird, mit 2013.

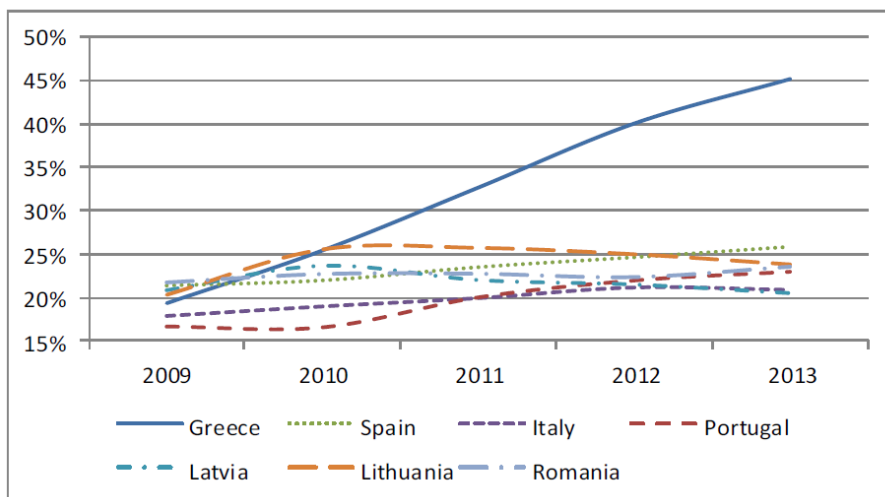


Abbildung 11: Veränderung der "anchored poverty rate" in europäischen Staaten

In einfachen Worten: 2013 lebten in Griechenland knapp über 45% der Bevölkerung unterhalb der fixierten Armutsgrenze von 2009 bei einbezogener Inflationsberechnung.²⁵³

²⁵¹ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 62f.

²⁵² Vgl. Matsaganis / Leventi (2014), S. 18.

²⁵³ Vgl. Matsaganis / Leventi (2014), S. 19.

Die obige Grafik zeigt wiederum den bereits zuvor erläuterten Sieben-Länder-Vergleich und verdeutlicht einen de facto deutlich steileren Anstieg der Armutsrate als bei der Berechnungsmethode der relativen Armut, sowie auch, dass Griechenland in weitaus stärkerem Ausmaß als andere Krisenstaaten betroffen war, bei denen sich die „anchored poverty rate“ zum Teil kaum verändert hat.

4.5.2.4 *Poverty gap*

Zuletzt wird das Fallbeispiel Griechenland noch auf die Veränderung der poverty gap untersucht. Hierbei ergab der Vergleich der Zahlen aus den Jahren 2008 und 2012 folgendes Resultat:

2008 war die Armutsgrenze mit einem Jahreseinkommen von EUR 8.766,9 festgelegt und das Medianeinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Gruppe betrug EUR 6.575,0. Dies ergab eine poverty gap ratio von 25%, was wiederum bedeutet, dass eine von Armut betroffene Person in diesem Jahr durchschnittlich 25% weniger Einkommen zur Verfügung hatte als eine Person, die genau an der Armutsgrenze lebte.

In den Perioden bis zum Jahr 2012 veränderten sich die Werte deutlich: Die Armutsgrenze lag 2012 bei EUR 7.756,1 und das Medianeinkommen einer Person unterhalb der Armutsgrenze bei EUR 3.600,0. Dies bedeutet eine poverty gap ratio von 53,6% und lässt darauf schließen, dass die Armut jener Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sich gravierend verschärft hat, da die Differenz zwischen ihrem Einkommen und der Armutsgrenzlinie deutlich zugenommen hat.²⁵⁴

Konkludierend lässt dies den Schluss zu, dass letztlich nicht nur die absolute Zahl an in Armut lebenden Menschen angestiegen ist, sondern dass sich darüber hinaus insbesondere die Intensität der Armut erhöht hat.

²⁵⁴ Vgl. Giannitsis / Zografakis (2015), S. 63.

4.5.2.5 Weitere Messungen und Indikatoren

Severe material deprivation rate

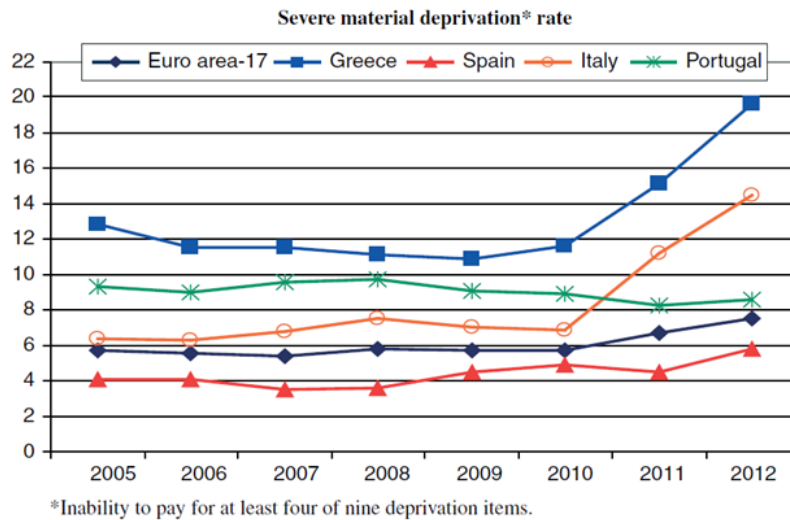


Abbildung 12: Severe material deprivation rate in europäischen Staaten

Die obige Grafik verdeutlicht einen Anstieg der severe material deprivation rate seit 2007.²⁵⁵ Diese gibt die Rate der Bevölkerung an, die aufgrund ihrer finanziellen Situation zumindest vier der unten dargestellten neun Güter nicht erwerben bzw. derartige Zahlungen nicht leisten kann und stellt in hoch bzw. höher entwickelten Ländern wie jenen der Europäischen Union ein anerkanntes Armutsmaß dar.²⁵⁶

- mortgage or rent payments, utility bills, hire purchase instalments or other loan payments;
- one week's holiday away from home;
- a meal with meat, chicken, fish or vegetarian equivalent every second day;
- unexpected financial expenses;
- a telephone (including mobile telephone);
- a colour TV;
- a washing machine;
- a car; and
- heating to keep the home sufficiently warm.

Abbildung 13: Kriterien zur Berechnung von material deprivation²⁵⁷

²⁵⁵ Vgl. Gutiérrez (2014), S. 386.

²⁵⁶ Vgl. Eurostat (2015): online.

²⁵⁷ Konkrete Beispiele, die unter die Kategorie "unexpected financial expenses" fallen, sind aus der Literatur nicht eruierbar. Es ist davon auszugehen, dass es sich in diesem Zusammenhang um größere finanzielle Auslagen wie etwa jene für ein teures Medikament oder eine Therapie handelt, da derartige Punkte nicht in einem der anderen Kriterien enthalten sind. In Griechenland ist die Rate jener Personen, die von "unexpected financial expenses" betroffen waren etwa von 28,2% (2010) auf 51,8% (2014) angestiegen.

At risk of poverty or social exclusion

Allgemein darzustellen ist die Entwicklung der Armutssituation auch anhand der Rate jener Menschen, die akut von Armut oder sozialer Exklusion gefährdet sind. Gemäß Eurostat waren in Griechenland im Jahr 2013 35,7% der Bevölkerung at risk of poverty or social exclusion. Der griechische Wert stellt hinter Bulgarien und Rumänien die dritthöchste Zahl aller EU-Länder dar. Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass zwischen 2009 und 2013 kein anderer EU-Staat einen derartig drastischen Anstieg dieser Quote zu verzeichnen hatte. Seit 2009 erhöhte sich die Rate bis 2013 um insgesamt 8,1%.²⁵⁸

Arbeitslosigkeit und Armut

Eine interessante Veränderung lässt sich im Falle Griechenlands auch betreffend den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung feststellen. Lag die Armutsgefährdung eines/einer griechischen Arbeitslosen zwischen 2007 und 2009 bei 36 bis 38%, so erhöhte sich der Wert zwischen 2010 und 2011 sprunghaft von 38,6% auf 44%. Dies impliziert eine höhere Armutsgefährdung für arbeitslose Personen aufgrund der deutlich geringeren Transferzahlungen infolge der implementierten Politik.²⁵⁹

Die Zahl arbeitsloser Männer, die von Armut gefährdet sind, weist mit 48,4% einen besonders hohen Wert auf.²⁶⁰

Unabhängig vom bisherigen Einkommen wird in Griechenland ein Arbeitslosengeld von 360 Euro gezahlt, dies allerdings nur für ein Jahr. Danach gibt es keine weiteren Absicherungsprogramme, wodurch eine Vielzahl jener Menschen, die innerhalb dieses einen Jahres keinen neuen Arbeitsplatz finden, unter die Armutsgrenze rutscht.²⁶¹

Aufgrund von Massenentlassungen und kaum neuen Arbeitsplätzen stiegen als Folge die Armutsgefährdung der Bevölkerungsgruppen im arbeitsfähigen Alter (18-64 Jahre) und jene der Jüngsten (0-17) deutlich an. Ältere Bevölkerungsgruppen (65+) waren vergleichsweise deutlich weniger betroffen, für diese Gruppe sank die Armutsrate gar von 22,3% (2008) auf 15,1% (2012). Dabei ist allerdings zu bedenken, dass die Armutsgefährdung von

²⁵⁸ Vgl. Eurostat (2015): online.

²⁵⁹ Vgl. Mitrakos (2014), S. 29.

²⁶⁰ Vgl. Mitrakos (2014), S. 12.

²⁶¹ Vgl. Zeit Online (2013): online.

RentnerInnen aufgrund sinkender Lohnersatzraten (bis 2040 nach Berechnungen der EK von 59,3 auf 46,2%) zukünftig durchaus wieder ansteigen dürfte.²⁶²

Obdachlosigkeit und Selbstmordrate

Eine der physisch sichtbarsten Zunahmen der Armut ist die gestiegene Anzahl der obdachlosen Personen, die in Griechenland leben. So hat sich die Zahl von rund 2.800 Obdachlosen im Jahr 2009 bis 2011 auf etwa 11.000 Menschen erhöht, vorwiegend in den großen Städten wie Athen und Piräus.

Unter jenen Menschen, die besonders mit einer Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation konfrontiert waren, erhöhte sich auch die Rate seelischer Erkrankungen wie Depressionen und Angstzuständen drastisch. Als Konsequenz daraus stieg auch die Selbstmordrate rapide an und wies etwa im ersten Halbjahr 2011 einen um 40% höheren Wert auf als in der ersten Hälfte des Vorjahres.²⁶³

4.6 Fazit

Die Reformnotwendigkeit des griechischen Staats- und Wirtschaftsgefüges ist unbestritten, die zudem nicht demokratisch legitimierte Sparpolitik lässt jedoch Schlüsse zu, dass die implementierten Maßnahmen die wirtschaftliche Situation Griechenlands noch verschlechterten und teils einschneidende soziale Konsequenzen mit sich brachten.

Insbesondere ist eine signifikante Korrelation zwischen der Zunahme der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg der Armutsrate zu beobachten. Das Phänomen lateinamerikanischer Fallbeispiele von Austeritätspolitik, nämlich dass aufgrund gekürzter Sozialbudgets bei einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosigkeit das staatliche Sicherungsnetz für bedürftige Menschen nicht mehr greift, war auch in Griechenland zweifelsfrei zu beobachten.

Eine für das Land ökonomisch kritische Besonderheit stellen der starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und einhergehend damit die Verarmung besonders der jüngeren Bevölkerungsteile dar. Die Auswanderung zahlreicher junger, teils höher qualifizierter Personen wird für Griechenland noch in den nächsten Jahrzehnten in Bereichen wie Forschung und Technologie spürbar sein.

²⁶² Vgl. Busch et al. (2012), S. 21.

²⁶³ Vgl. Ifanti et al. (2013), S. 11.

Mehrere Indikatoren zur Messung der Armut, darunter am stärksten die poverty gap, weisen eindeutig auf eine verschärfte Armutssituation Griechenlands infolge der verordneten Austeritätspolitik hin. Auch der Prozentsatz jener Menschen, die zumindest einige der wichtigsten Güter des täglichen Lebens aus finanziellen Gründen nicht mehr erwerben können, nahm zu.

Dabei zeigte die Datenlage, dass es wichtig ist, nicht nur einzelne Armutsindikatoren wie etwa die Entwicklung des relativen Armutswerts in Betracht zu ziehen, da solche Werte nicht die vollständigen Auswirkungen der implementierten Politik wiedergeben können. So konnte etwa erst die Absenkung des Medianeinkommens und damit einhergehend die anchored poverty rate aufschlussreiche Resultate über die Veränderung der Armutssituation geben.

Auch betreffend andere sozio- und makroökonomische Kennzahlen konnte die implementierte Politik keine Erfolge verzeichnen, was anhand der Daten zur Entwicklung des Wirtschaftswachstums und der Staatsverschuldung, aber auch der Verschlechterung der Ungleichheitssituation des Landes ersichtlich ist.

Obwohl alle Teile der griechischen Bevölkerung Einkommenseinbuße zu verbuchen hatten, war das relative Ausmaß der Wirkungsweise für die ärmeren Bevölkerungsschichten des Landes weitaus gravierender, wodurch die Ungleichheit insgesamt deutlich zunahm.

Dass die bereits seit dem ersten Memorandum betriebene Austeritätspolitik im Rahmen der dargelegten Erkenntnisse nun durch die Unterzeichnung weiterer Auflagen fortgesetzt wird, bedeutet, dass eine Erholung der griechischen Volkswirtschaft sowie eine Verbesserung der Armutssituation des Landes mittelfristig nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil kann durch die Verschärfung von Maßnahmen, von denen untere Einkommensgruppen überproportional negativ betroffen sind – wie etwa die Anhebung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel – davon ausgegangen werden, dass sich die Armutssituation in Griechenland in den kommenden Jahren noch weiter verschlechtern wird.

5 Conclusio und Limitationen

5.1 Limitationen der Arbeit

Zweifelsfrei gestaltet es sich schwierig, den genauen Grad der sozio-ökonomischen Konsequenzen und Verarmung festzustellen, der in wirtschaftlichen Krisenzeiten durch die Anwendung von Austeritätspolitik entsteht und der aus dem Ausbruch der Krise selbst resultiert. Die vorliegende Arbeit konnte jedoch in mehreren Fallbeispielen nachweisen, dass austeritätspolitische Maßnahmen Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit und Verarmung noch verstärken. In manchen, jedoch nicht in allen Fällen konnte zudem eine Zunahme der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung festgestellt werden.

Darüber hinaus stellt sich die Problematik, dass Austeritätspolitik eine Vielzahl von wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen erfasst und die Auswirkungen nur auf die wichtigsten Sektoren, jedoch bei weitem nicht auf alle Segmente, beschrieben werden können. Auch aus diesem Grund arbeitete das Kapitel zu den SAPs in Lateinamerika mit Fallbeispielen, deren Auswirkungen exemplarisch und nicht für alle Staaten gültig dargestellt wurden. Noch konkretere wirtschaftspolitische Auswirkungen könnten in einer eventuell anknüpfenden Arbeit noch detaillierter dargestellt werden.

5.2 Conclusio

Die vorliegenden Fallbeispiele, welche die Wirkungsweise von Austeritätspolitik analysieren, lieferten trotz ihrer unterschiedlichen Krisenausgestaltungen, politischen Systeme und sozialen Gegebenheiten teils durchaus ähnliche Resultate.

So lässt sich ein klares Muster an austeritätspolitischen Maßnahmen erkennen, die im einführenden Kapitel 2 erläutert wurden und ähnliche Komponenten umfassen. In ihren individuellen Details zwar unterschiedlich, gestalten sich die Auswirkungen von Austerität als Krisenbekämpfungsmittel auf Kennzahlen wie Arbeitslosigkeit und Armut aber relativ ähnlich.

Sowohl in den SAP-Staaten Lateinamerikas als auch in Griechenland ist im Zuge rigoroser Austeritätspolitik sowohl eine deutliche Zunahme der Armut als auch der Arbeitslosigkeit ersichtlich. Aus der gegebenen Unternehmensstruktur der griechischen Volkswirtschaft

heraus ist mitunter abzuleiten, warum im Falle Griechenlands nur wenige der makroökonomischen Indikatoren infolge der Politik eine Verbesserung erfuhren. Die Leistungsbilanz Griechenlands konnte durch eine deutliche Verminderung der Importe und einen leichten Anstieg der Exporte erreicht werden. Unterschiedliche Segmente wie die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit und Staatsverschuldung erfuhren jedoch eine eindeutige Zunahme. Punktuell konnten – wie die lateinamerikanischen Beispiele zeigen – zumindest vereinzelte Verbesserungen herbeigeführt werden, etwa bei der Dämpfung der Hyperinflation. Im Griechenland stehen mit Ausnahme der Verbesserung der Handelsbilanz, die allerdings wiederum auf eine deutliche Verringerung der Importe und nicht auf eine Exportsteigerung zurückzuführen ist, in sämtlichen Bereichen negative Trends zu Buche. Führt die Beendigung der Hyperinflation zumindest zu einer relativen währungspolitischen Stabilisierung mancher SAP-Länder, sorgte die Etablierung einer Deflationsspirale in Griechenland dafür, dass Konsum und Investitionen noch weiter zurückgedrängt wurden.

Betreffend die Entwicklung der Ungleichheit zeigen sich ebenfalls unterschiedliche Resultate, jedoch mit einem recht eindeutigen Trend, dass Austeritätspolitik diesen Umstand zu verstärken scheint. So zeigt sich sowohl im Falle Argentiniens und Chiles in den 1980er-Jahren als auch in Griechenland eine Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit, was aus dem Vergleich der Gini-Koeffizienten hervorgeht. Die Ergebnisse in Betracht ziehend kann davon ausgegangen werden, dass die SAPs gesamtheitlich betrachtet die Ungleichheit in Lateinamerika noch verstärkt und dazu beigetragen haben, dass der Kontinent zu jener Region mit der größten Ungleichheit weltweit wurde.²⁶⁴ Auch der immense Anstieg der Ungleichheit in Griechenland legt den Schluss nahe, dass Austeritätspolitik bei dieser Entwicklung maßgeblicher Einfluss zukommt.

Eine weitere Parallele, die sich zwischen den SAPs in Lateinamerika und der gegenwärtigen Lage Griechenlands feststellen lässt, ist, dass das angepeilte Ziel der Haushaltskonsolidierung durch Austeritätspolitik gleichermaßen fehlschlug. In einer bereits aufgrund massiver Arbeitslosigkeit und geringer Kaufkraft sich am Boden befindenden Konjunkturlage wirkt die Senkung der staatlichen Nachfrage aufgrund austeritätspolitischer Programme noch weiter krisenverstärkend.

²⁶⁴ Vgl. Kohn (2014): online.

Die Staatsverschuldung Griechenlands stieg im Zuge der Austeritätspolitik deutlich an und soll zum Ende des Jahres 2015 einen neuen Höchststand von knapp 182% des BIP erreichen. In manchen SAP-Ländern Lateinamerikas konnten durch strenge Haushaltspolitik zumindest weitere explosionsartige Schuldenanstiege, wenn auch keine Schuldenreduktionen, erreicht werden.

Austeritätspolitik ging in sämtlichen untersuchten Beispielen mit einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit einher. Unter jenen Gruppen, die am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind, befinden sich in der Mehrheit der Fallbeispiele die jüngeren Bevölkerungsschichten.

Betreffend eine mögliche Korrelation zwischen Austeritätspolitik und der Zunahme von Armut und Ungleichheit konnte insbesondere der SAPRIN-Report, der aus genau jenem Grund vom damaligen Leiter der Weltbank, Jim Wolfensohn, in Auftrag gegeben wurde, aufschlussreiche Ergebnisse bereitstellen. Die Vermutungen seitens NGOs, dass die austeritätspolitisch wirkenden SAPs in Lateinamerika zu einer Verschlechterung der Armutssituation führten, konnte in der für diese Arbeit grundlegenden Studie eindeutig belegt werden.²⁶⁵

Nach der durchgeführten Analyse lässt sich eine Korrelation zwischen Austeritätspolitik als Krisenmanagementstrategie und zunehmender Armut feststellen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn austeritätspolitische Maßnahmen massiv und rasch durchgeführt werden und gleichzeitig mit einer drastischen Minimierung sozialstaatlicher Leistungen einhergehen. Mexiko, Argentinien und Chile im Rahmen der SAPs Mitte der 1980er-Jahre und gegenwärtig Griechenland bieten für diesen Sachverhalt anschauliche Beispiele, stieg die Armutsrate der Bevölkerung in sämtlichen dieser Staaten deutlich an.

Gerade aus dem Beispiel lateinamerikanischer SAPs, die bereits seit Beginn der 1980er-Jahre durchgeführt wurden, lassen sich einige aussagekräftige Schlüsse über die Wirkungsweise von Austeritätspolitik ziehen. Einerseits zeigten sowohl Armut als auch Ungleichheit deutlich ansteigende Tendenzen und andererseits entsprachen die Mutmaßungen der makroökonomischen Vorteile durch zu rasche Exportöffnung und Kürzung des Staatsetats auch nach vielen Jahren der Durchführung einer derartigen Politik nicht der Realität. So lässt sich konkludierend der Schluss fassen, dass auch das oftmals von neoliberalen

²⁶⁵ Vgl. SAPRIN (2002), S. 185.

BefürworterInnen austeritätspolitischer Maßnahmen vorgebrachte Argument, vorübergehend schmerzhaft Kürzungen würden langfristig eine prosperierende Volkswirtschaft begünstigen, empirisch schlichtweg nicht haltbar ist.²⁶⁶ Ebenso zeigt das Beispiel Argentiniens, dessen Armutsrate zwischen 1980 und 1995 um rund 15% wuchs, wohlgernekt primär in den Jahren nach Ende der Militärdiktatur 1983, ein ähnliches Resultat. Auch die bereits zu Beginn des Kapitels 3 kurz angesprochene Austeritätspolitik Deutschlands nach der Weltwirtschaftskrise 1929 und den Sparmaßnahmen der Brüning-Ära führten zu einem markanten Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut.

Um noch einmal die Grundpfeiler von Austeritätspolitik aus Kapitel 2 aufzugreifen, ist eine wichtige Gemeinsamkeit aller austeritätspolitischen Fallbeispiele die Exportaffinität, die mittels Reallohnsenkungen und einer Einschränkung von Flächentarifverträgen erreicht werden soll. Niedrige Löhne und flexibilisierte Arbeitsverhältnisse sollen Investitionen anziehen und die Exporte des jeweiligen Landes steigern. Sowohl in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern als auch in Griechenland konnte dieses Vorhaben kaum in die Tat umgesetzt werden. Der scheinbare leistungsbilanztechnische Erfolg wurde vermehrt als Erfolgsbeweis von Austeritätspolitik ausgewiesen, trägt jedoch bei näherer Betrachtungsweise in sämtlichen dargestellten Ländern.

Konkludierend kommt gar ein Untersuchungsbericht des IWF zu dem Schluss, dass der implementierte Policy Mix und die gravierenden Budgetkonsolidierungsmaßnahmen ein Fehler waren. Gleichzeitig stellt der Bericht fest, dass eine langfristige expansivere Fiskalpolitik in hochentwickelten Volkswirtschaften deutlich vorteilhafter wäre, um der herrschenden Finanzkrise entgegenzuwirken.²⁶⁷

Dieses teilweise Schuldeingeständnis einer Organisation, die ihrerseits lange Zeit Austeritätspolitik als Krisenmanagementstrategie propagierte, ist bemerkenswert, wurde von anderen Gläubigern Griechenlands bislang aber nicht als Grund aufgefasst, eine Trendwende des sparpolitischen Kurses einzuleiten.

Eine solche Trendumkehr wäre – wie sämtliche sozio-ökonomischen Indikatoren und makroökonomischen Kennzahlen zeigen – dringend notwendig, um die Armutssituation in

²⁶⁶ Vgl. SAPRIN (2002), S. 185.

²⁶⁷ Vgl. IEO (2014), S. 33.

Griechenland nicht noch weiter zu verschlechtern, da Austeritätspolitik basierend auf der verfügbaren Datenlage zu einem klaren Anstieg der Armutsraten zu führen scheint.

Literaturverzeichnis

- AHK (2014). *Wirtschaftsdaten kompakt: Griechenland*. URL: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTal/griechenland.pdf.
- Antonakakis, N., & Collins, A. (2014). The impact of fiscal austerity on suicide: On the empirics of a modern Greek tragedy. *Social Science & Medicine* 112, S. 39-50.
- Arbache, J. S. (2006). Has Macroeconomic Policy Been Pro-Poor in Brazil? In G. A. Cornia, *Pro-Poor Macroeconomics: Potential and Limitations* (S. 326-348). Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Arte (2015). *Brasilien: Triumph des Agrobusiness*. URL: <http://info.arte.tv/de/brasilien-triumph-des-agrobusiness>
- Auerbach, S. A. (2009). Chile: Die internationale Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen. *Heinrich Böll Stiftung*. URL: <https://www.boell.de/de/navigation/lateinamerika-6391.html>.
- Bello, W. (2002). Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. In J. Mander, & E. Goldsmith, *Schwarzbuch Globalisierung* (S. 190-201). München: Riemann Verlag.
- Blyth, M. (2013). *Austerity. The history of a dangerous idea*. New York: Oxford United Press.
- Blyth, M. (2013). *The Austerity Delusion*. URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/2013-04-03/austerity-delusion>.
- Böcking, D., & Christides, G. (2015). Pläne der griechischen Regierung: So will Syriza ans Geld der Reichen ran. *Spiegel Online* 12.2.2015. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-warum-syrizas-jagd-auf-die-reichen-schwer-wird-a-1017789.html>.
- Bofinger, P. (2011). *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre – Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten*. München: Pearson Studium.
- Bonciu, F. (2013). *Austerity and Economics: Why Germany and European Union supported austerity and why Europe is lagging behind in its recovery after the crisis*. Book Review zu Mark Blyth: *Austerity - The History of a Dangerous Idea*. Oxford: Oxford University Press.
- Borooah, V. K. (2014). *Europe in an Age of Austerity*. London: Palgrave Macmillan.
- Botchwey, K., Collier, P., Gunning, J., & Hamada, K. (1998). *Report of the Group of Independent Persons Appointed to Conduct an Evaluation of Certain Aspects of the Enhanced Structural Adjustment Facility*. Washington D.C.: International Monetary Fund.
- Böwer, U., Michou, V., & Ungerer, C. (2014). *The Puzzle of the Missing Greek Exports*. European Commission. URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/economic_paper/2014/pdf/ecp518_en.pdf.

- Brunelli, B. (2007). *Structural Adjustment Programs and the Delivery of Health Care in the Third World*. Salve Regina University: Pell Scholars and Senior Theses. Paper 16.
- Busch, K., Hermann, C., Hinrichs, K., & Schulten, T. (2012). *Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- derStandard. (2015) I. *Athens Sparmaßnahmen: Dosengemüse und Luxusyacht*. URL: <http://derstandard.at/2000019203888/Athens-Sparmassnahmen-Dosengemuese-und-Luxusyacht>.
- derStandard. (2015) II. *Griechenland: Höherer Schuldenberg im Budgetentwurf*. URL: <http://derstandard.at/2000023284286/Griechischer-Budgetentwurf-weist-groesseren-Schuldenberg-aus>.
- derStandard. (2015) III. *Griechische Wirtschaft mit kräftigem Wachstum*. URL: <http://derstandard.at/2000021414065/Griechische-Wirtschaft-mit-kraeftigem-Wachstum>.
- derStandard. (2015) IV. *Neue Kürzungen bei griechischen Pensionen beginnen*. URL: <http://derstandard.at/2000021439481/Neue-Kuerzungen-bei-griechischen-Pensionen-beginnen>.
- Diekmann, F. (2015). Tsipras-Zweifel an Rekordwachstum: Ist die griechische Statistik erneut geschönt? *Spiegel Online*. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-tsipras-sieht-schoenung-der-wachstumszahlen-zu-recht-a-1012765.html>.
- Ebner, A. (2012). *Austerität oder Innovation? Perspektiven einer nachhaltigen europäischen Wirtschaftspolitik*. Kiel: ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.
- Economic Report of the President (1973). Washington: US Government Printing Office.
- Edwards, S. (1989). Debt crisis, trade liberalization, structural adjustment, and growth: Some policy considerations. *Contemporary Policy Issues Vol. 7, No. 3*, S. 30-41.
- Edwards, S., & Larraín, F. (1989). Debt, Adjustment, and Recovery in Latin America: an Introduction. In S. Edwards, & F. Larraín, *Debt, Adjustment and Recovery in Latin America* (S. 1-27). Oxford: Basil Blackwell.
- Eisenmann, B. (2014). Das Netz des Geldes. *Der Tagesspiegel*. URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/wirtschaftsbeziehungen-20-jahre-nafta-das-netz-des-geldes/11082792.html>.
- Elsner, W. (2012). *Neoliberale Vereinheitlichung der EU versus Vielfalt und Resilienz, Innovation und Demokratie*. Kiel: ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.
- Europäischer Rat. (2011). *Der Euro-Plus-Pakt. Stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24./25. März 2011, Anlage 1, EUCO 10/1/11 REV 1, Brüssel*.

Eurostat (2015): URL:

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=teina225&plugin=1>. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Material_deprivation_and_low_work_intensity_statistics#Material_deprivation_and_severe_material_deprivation.

http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=t2020_2015).

http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=t2020_51&language=en.

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tec00115&plugin=1>. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=>

Financial Times. (2015). *Syriza's electoral win is a chance to strike a deal*. URL:

<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/8a4c3f54-a55a-11e4-bf11-00144feab7de.html#axzz3sioKp4Ou>.

Fineder, K. (2009). *Strukturanpassungsprogramme des IWF und ihre Auswirkungen auf die Demokratien Lateinamerikas*. Diplomarbeit Universität Wien.

Frankfurter Allgemeine Zeitung. (2012). *Merck liefert Krebsmedikament nicht mehr an griechische Kliniken*. URL:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/ausfuhrstopp-merck-liefert-krebsmedikament-nicht-mehr-an-griechische-kliniken-11948528.html>.

Gabler Wirtschaftslexikon. Austeritätspolitik. (2015). URL:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/austeritaet.html>.

Giannitsis, T., & Zografakis, S. (2015). *Greece: Solidarity and Adjustment in Times of Crisis*. IMK Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Green, R. H., & Faber, M. (1994). Editorial: The Structural Adjustment of Structural Adjustment: SAA 1980-1993. *IDS Bulletin* 25(3), S. 1-8.

Griffith-Jones, S., & Sunkel, O. (1986). *Debt and development crises in Latin America*. Oxford: Clarendon Press.

Grugel, J., & Riggirozzi, M. P. (2007). The Return of the State in Argentina. *International Affairs* Vol. 81, No. 1, S. 87-107.

Grunert, G. (2015). *Die Krise in Griechenland: Kein Mangel an absurden Erklärungsversuchen*. URL: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=26287>.

Guitian, M. (1981). *Fund Conditionality: Evolution of Principles and Practices*. Pamphlet Series No. 38. Washington D.C.: IWF.

Gutiérrez, R. (2014). Welfare Performance in Southern Europe: Employment Crisis and Poverty Risk. *Southern European Society and Politics* Vol. 19, Nr. 3, S. 371-392.

- Hakkert, R., & Goza, F. W. (1987). Demographic Consequences of Austerity. In W. L. Canak, *Lost Promises – Debt, Austerity and Development in Latin America* (S. 69-97). Boulder & London: Westview Press.
- Handelsblatt. (2014). *Griechenland schafft positive Leistungsbilanz*. URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/erstmal-in-der-geschichte-griechenland-schafft-positive-leistungsbilanz/9506420.html>.
- Hans Böckler Stiftung. (2015). *Sparen trifft die Schwächsten*. URL: http://www.boeckler.de/hbs_showpicture.htm?id=53412&chunk=1.
- Haushaltssteuerung.de. (2015). *Lexikon zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft . Austeritätspolitik*. URL: <http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-austeritaetspolitik.html>.
- Havlik, A. (2012). *Strukturanpassung von Weltbank und Internationalem Währungsfond*. Diplomarbeit Universität Wien.
- Heimberger, P. (2014). *Austeritätspolitik als folgenschwerer Fehler: Bemerkenswertes Eingeständnis des Internationalen Währungsfonds*. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/iwf-austeritaetsfehler-eingestaendnis/>.
- Hellman, J. A. (1997). *Structural adjustment in Mexico and the dog that didn't bark*. York University: CERLAC.
- Heredia, C., & Purcell, M. (1995). *Structural Adjustment Programs at the Root of the Global Social Crisis: Case Studies from Latin America*. The Development GAP for the Social Summit in Copenhagen. URL: <http://www.hartford-hwp.com/archives/40/003.html>.
- Hermann, R. (2015). Vermögend und verschont. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/steuern-bei-reichen-die-probleme-in-griechenland-13445378.html>.
- Höhler, G. (2013). Überall ist Niemandland. *Der Tagesspiegel*. URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ueberall-ist-niemandland/8891202.html>.
- IEO (2014). *IMF response to the financial and economic crisis: an IEO assessment*. URL: <http://www.ieo-imf.org/ieo/files/completedevaluations/Full%20Text%20of%20the%20Main%20Report.pdf>
- Ifanti, A., Argyriou, A., Kalofonou, F., & Kalofonos, H. (2013). Financial crisis and austerity measures in Greece: Their impact on health promotion policies and public health care. *Health Policy*, S. 8-12.
- Immel, K.-A., & Tränkle, K. (2011). *Aktenzeichen Armut*. Wuppertal: Peter Hammer Verlag.
- IWF (2015). *IMF Country Report No. 15/186*. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15186.pdf?hootPostID=2cd94f17236d717acd9949448d794045>.

- IWF (2014). *IMF response to the financial and economic crisis: an IEO assessment*. URL: <http://www.imo.org/imo/files/completed evaluations/Full%20Text%20of%20the%20Main%20Report.pdf>.
- IWF (2008). *A Legacy of Model Elegance*. James L. Rowe profiles macroeconomist Jacques Polak. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2008/06/people.htm>
- Jenkins, R. (1997). Structural Adjustment and Bolivian Industry. *The European Journal of Development Research* Vol. 9, No. 2, S. 107-128.
- Jolly, R. (1991). Adjustment with a Human Face: A UNICEF Record and Perspective on the 1980s. *World Development* Vol. 19, No. 12, S. 1807ff.
- Karanikolos, M., Mladovsky, P., Cylus, J., Sarah, T., Basu, S., Stuckler, D. (2013). Financial crisis, austerity, and health in Europe. *The Lancet*. Vol. 381, S. 1323-1331.
- Keeley, B. (2014). The measure of poverty. *OECD Insights*. URL: <http://oecdinsights.org/2014/06/30/the-measure-of-poverty/>.
- Kentikelenis, A., Karanikolos, M., Papanicolas, I., Basu, S., McKee, M., & Stuckler, D. (2011). Health effects of financial crisis: omens of a Greek tragedy. *The Lancet*. Vol. 378, S. 1457-1458.
- Keynes, J. M. (1982). How to avoid a slump. In D. Moggridge, *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Vol. 21: *Activities 1931-1939: World Crises and Policies in Britain and America*. Originalveröffentlichung in The Times 12.-14.1.1937.
- Keynes, J. M. (1949). *The general theory of employment, interest and money*. London: Macmillan and Co.
- Klein, M. (2003). Review: The Human Rights Violations of the Pinochet Regime and Their Legacy. *European Review of Latin American and Caribbean Studies / Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe* No. 74 , S. 107-114.
- Kohn, A. (2014). Oxfam: Höchste soziale Ungleichheit in Lateinamerika. *amerika21*. URL: <https://amerika21.de/2014/12/109807/oxfam-soziale-ungleichheit>.
- Krugman, P. (2015). Macht ohne Kontrolle – die Troika. Regie: H. Schumann.
- Macedo, R. (1984). Brazilian Children and the Economic Crises: Evidence from the State of Sao Paulo. *World Development* Vol. 12, No. 3, S. 2003-2021.
- Mathé, A. (2015). *"Neoliberale wollen, dass wir scheitern"*. Wiener Zeitung, Interview mit Katerina Notopoulou. URL: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/742227_Neoliberal-e-wollen-dass-wir-scheitern.html.
- Matsaganis, M., & Leventi, C. (2014). *Distributive Effects of the Crisis and Austerity in Seven EU Countries*. Antwerp: Herman Deleeck Centre for Social Policy – University of Antwerp.

- Matsaganis, M., & Leventi, C. (2013). *The Distributional Impact of the Greek Crisis in 2010*. Fiscal Studies Vol. 34, No. 1. S. 83-108.
- McCutchan, A. (2010). *Understanding The Inefficacy of Structural Adjustment Programs in Latin America*. Lund: Lund University, School of Economics and Management.
- Mejía, J., & Vos, R. (1997). *Poverty in Latin America and the Caribbean. An Inventory: 1980-95*. Washington D.C.: The Inter-American Development Bank.
- Mesa-Lago, C. (1997). Social Welfare Reform in the Context of Economic-Political Liberalization: Latin American Cases. *World Development* Vol. 25, No. 4, S. 497-517.
- Mitrakos, T. (2014). *Inequality, poverty and social welfare in Greece*. Athen: Bank of Greece.
- Morley, S. (2001). *Distribution and growth in Latin America in an era of structural reform: The impact of globalisation*. Paris: OECD Development Centre.
- Mouzakis, Y., & Giakoumis, M. (2015). Greek pensions laid bare. *Macropolis*. URL: <http://www.macropolis.gr/?i=portal.en.the-agera.2622>.
- Munk, N. (2004). *Insolvenzprophylaxe für Deutschland*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Nissanke, M. (2010). Globalization, Poverty, and Inequality in Latin America: Findings from Case Studies. *World Development* Vol. 38, No. 6, S. 797-802.
- Nohlen, D., & Thibaut, B. (1995). Struktur- und Entwicklungsprobleme Lateinamerikas. In D. Nohlen, & F. Nuscheler, *Handbuch der Dritten Welt. Südamerika*. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Oberdabernig, D. (2012). *The Effects of Structural Adjustment Programs on Poverty and Income Distribution*. URL: <http://www.wiiw.ac.at/the-effects-of-structural-adjustment-programs-on-poverty-and-income-distribution-paper-dlp-2017.html>.
- Oliver, H. (2006). In the Wake of Structural Adjustment Programs. *Canadian Journal of Public Health*. May-June 2006, S. 217-221.
- Piller, T. (2015). Erster Haftbefehl in Athen nach Lagarde-Liste. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/griechenland-erster-haftbefehl-in-athen-nach-lagarde-liste-13555306.html>.
- Pinstrup-Andersen, P., Jaramillo, M., & Stewart, F. (1987). The Impact on Government Expenditure. In G. Cornia, R. Jolly, & F. Stewart, *Adjustment with a human face* (S. 73-89). Oxford: Clarendon Press.
- Polak, J. (1991). The changing nature of IMF conditionality. *Essays in International Finance* No. 184. International Finance Section, Department of Economics, Princeton University, NJ.
- Raffer, K. (1994). 'Structural Adjustment', Liberalisation, and Poverty. *Journal für Entwicklungspolitik*. Vol. 10, No. 4, S. 431-441.
- Robertson, J. M. (1892). *The Fallacy of Saving*. New York: Charles Scribner's Sons.

- Rodrik, D. (1997). *Has Globalization Gone Too Far?* Institute for International Economics.
- Rodrik, D. (1996). Understanding Policy Reform. *Journal of Economic Literature* Vol.34, No.1, S. 9-41.
- SAPRIN (2002). *The policy roots of economic crisis and poverty*. Washington D.C.: SAPRIN.
- Schedler, A. (1991). *Zahlen oder Nichtzahlen? Zur politischen Ökonomie der mexikanischen Schuldenkrise in den 80er Jahren*. Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Schelkle, W. (2012). *Germany has prescribed austerity and restraint for Europe, while at the same time undertaking extensive fiscal stimulus packages at home*. URL: <http://blogs.lse.ac.uk/euoppblog/2012/11/26/germany-policy-making-hard-times/>.
- Schrader, K. (2015). Bilanz der Austeritätspolitik und Blick in die Zukunft: Sparen alleine reicht nicht. *ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, Wirtschaftsdienst 2015*, S. 242-245.
- Schui, F. (2014). *Austerity. The Great Failure*. New Haven: Yale University Press.
- Sotiropoulos, D. A. (2012). *The social situation of Greece under the crisis*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Spiegel Online. (2015). *Mehrwertsteuer in Griechenland: Wenn der Schokoriegel plötzlich 20 Cent teurer ist*. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-neue-mehrwertsteuer-verteuert-produkte-a-1044493.html>.
- Spiegel Online. (1986). *Brutaler Aderlaß*. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518643.html>.
- Statista. (2015). URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15615/umfrage/handelsbilanz-von-griechenland/>.
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/>.
- Stewart, F. (1994). Education and adjustment: The experience of the 1980s and lessons for the 1990s. In R. Prendergast, & F. Stewart, *Market forces and world development* (S. 128-159). New York: St. Martin's Press.
- Stiglitz, J. (2012). After Austerity. *Policy Innovations*. URL: <http://www.policyinnovations.org/ideas/commentary/data/000235>.
- Tausch, C. (2006). *Ursachen und Folgen der Schuldenkrise der 1980er-Jahre in Lateinamerika*. München: Grin Verlag.
- Taylor, L. (1988). *Varieties of Stabilization Experience*. Oxford: Clarendon Press.

- Toye, J. (1994). The Appraisal and Evaluation of Structural Adjustment Lending: Some Questions of Method. In R. Prendergast, & F. Stewart, *Market Forces and Development* (S. 107-127). New York: St. Martin's Press.
- Trading Economics. (2015). *Griechenland – Jugendarbeitslosigkeit*. URL: <http://de.tradingeconomics.com/greece/youth-unemployment-rate>.
- Uken, M. (2015). Wenigstens den Reedern geht es gut. *Zeit Online*. URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/griechenland-reeder/komplettansicht>.
- UN (2015). *Millenium Development Goals Indicators*. URL: <http://unstats.un.org/unsd/mdg/Metadata.aspx?IndicatorId=2> .
- Varoufakis, Y. (2015). Democratizing the Eurozone. *Project Syndicate*. URL: <http://www.project-syndicate.org/commentary/eurozone-democratic-deficit-by-yanis-varoufakis-2015-09>.
- Wagner, H. (2014). *Stabilitätspolitik*. München: Oldenbourg Wirtschaftsverlag GmbH.
- Walton, M. (2004). Neoliberalism in Latin America: Good, Bad or Incomplete? *Latin American Research Review Vol. 39, No. 3*, S. 165-183.
- Welch, C. (2005). Structural Adjustment Programs & Poverty Reduction Strategy. *Foreign Policy in Focus*. URL: http://fpif.org/structural_adjustment_programs_poverty_reduction_strategy/.
- Wirtschaftskammer Österreich. (2015). *Statistik*. URL: http://wko.at/Statistik/KMU/SBS_EU-Vergleich.pdf; <http://wko.at/statistik/eu/europa-exportquoten.pdf>. <http://wko.at/statistik/eu/europa-exporteimporte.pdf>. <http://wko.at/statistik/eu/europa-inflationsraten.pdf>.
- Wodon, Q. (2000). *Poverty and Policy in Latin America and the Carribean*. Washington D.C.: The International Bank for Reconstruction.
- World Bank. (2015). URL: <http://data.worldbank.org/>.
- World Bank. (1993). *World Debt Tables 1993-94*. Washington D.C.: The World Bank.
- Worstell, T. (2015). The Reason Austerity In Greece Didn't Work. *Forbes*. URL: <http://www.forbes.com/sites/timworstell/2015/02/26/the-reason-austerity-in-greece-didnt-work/>.
- Zeit Online. (2015) I. *Griechische Regierung kritisiert Privatisierungsdeal mit Fraport*. URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/griechenland-privatisierung-fraport-kritik>.
- Zeit Online. (2015) II. Griechenland verschleppt Kampf gegen Steuerbetrüger. URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-05/griechenland-steuersuender-lagarde-liste> .
- Zeit Online. (2013). Ein Land spart sich arm. URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-07/griechenland-sparen-krise/seite-2>.

